



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Schule in der Diktatur: Nationalsozialismus und
Kommunismus im Vergleich“

verfasst von

Judith Vrećun

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 406

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg. UF
Mathematik

Betreut von:

Univ.-Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich in den letzten Jahren während meines Studiums unterstützt haben.

Im Speziellen danke ich meinen Eltern für die Geduld, die sie mir entgegengebracht haben und auch für die finanzielle Unterstützung. Ein besonderer Dank geht an meine Mama für das bemühte Korrekturlesen meiner Arbeit.

Für den moralischen Beistand und das Schweigen über mir unbeliebte Themen bedanke ich mich bei meinen Freunden und ganz besonders bei Thomas Ganglmair, der nicht davor zurückscheute, mir noch mehr Stoff zum Nachdenken zu geben.

Für die gute Betreuung meiner Diplomarbeit möchte ich mich bei Frau Univ.-Prof. Dr. Sybille Steinbacher sehr herzlich bedanken.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	6
2. Ideologie und Erziehungsziel.....	16
2.1. Erziehung nach Adolf Hitler	16
2.2. Weitere Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie	24
2.3. Erziehung in der Deutschen Demokratischen Republik	27
2.4. Die Entwicklung des Schulwesens in der DDR.....	28
2.5. Die Charakteristika der Erziehung in beiden Diktaturen.....	34
3. Die Organisation des Schulsystems	41
3.1. Bildungspolitische Akteure.....	41
3.2. Das Schulsystem	50
3.3. Außerschulische Organisationen	58
4. Der Schulalltag und seine Akteure.....	71
4.1. Der Schulalltag.....	71
4.2. Die Situation der Lehrpersonen	80
4.3. Die Situation der Schüler und Schülerinnen	93
5. Schlussbetrachtung.....	109
6. Literatur	117
7. Internetquellen.....	121

1. Einleitung

Die Schule ist heute vor allem ein Ort des Lernens. Es ist der eigentliche Sinn dieser Institution, Kindern und Jugendlichen fachliches Wissen zu vermitteln, um sie auf das spätere Leben bzw. die Berufswelt vorzubereiten. Die Heranwachsenden verbringen viel Zeit in der Schule und leben dort in einem eigenen sozialen Umfeld, was sich sehr prägend auf das Denken und die Ansichten der Schüler und Schülerinnen auswirkt. Neben der Familie und dem Freundeskreis stellt die Schule mit den am Schulbetrieb beteiligten Personen eine der entscheidendsten Erziehungsinstanzen dar.

Im alltäglichen Schulbetrieb spielen hauptsächlich Lehrpersonen und Lernende eine Rolle. Lehrer und Lehrerinnen vermitteln in der Schule Inhalte, die zu lernen die Aufgabe der Schüler und Schülerinnen ist. Doch hinter diesem Vorgang steht der jeweilige Staat, von dessen Regierung die Inhalte abhängen, die an der Schule behandelt werden sollten.

Verschiedene Regierungsformen und so auch die dahinterstehenden Ideologien stellen unterschiedliche Anforderungen an die Bevölkerung bezüglich deren Denk- und Handlungsweise. In der Schule sollen Menschen herangebildet werden, welche die durch den Staat vermittelte Weltanschauung teilen und somit zum weiteren Bestehen der Denkweise beitragen. So sind die Forderungen verschiedener politischer Systeme an die Schule stets andere und dienen jeweils einem anderen Zweck. Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu „mündigen Staatsbürgern“ in Demokratien und jener zu völlig unterwürfigen Anhängern der Führung, wie es in diktatorischen Systemen der Fall ist. Die Schulen, die vom Staat geleitet werden, stehen hier vor gänzlich unterschiedlichen Aufgaben in ihrer Erziehungsarbeit.

Interessant ist aber, bedingt durch die Funktion der Schule als eine entscheidende Erziehungsstelle, die Betrachtung des Schulwesens in den beiden großen deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Zu untersuchen, wie die Ideologien von Nationalsozialismus und Kommunismus im Bildungswesen des 20. Jahrhunderts zum Tragen kamen, soll das Ziel dieser Arbeit sein. Dazu werden das Schulwesen im Dritten Reich von 1933 bis 1945 und jenes in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1945 bis 1989 als Vertreter für den Kommunismus verglichen.

Bei der genauen Betrachtung des Schulwesens in den beiden Regimen sollen die Unterschiede oder auch Gemeinsamkeiten der Schulsysteme aufgezeigt werden. Es handelte sich in beiden Fällen um diktatorische Systeme, weswegen sich Ähnlichkeiten in der Art und Weise der Erziehung vermuten lassen. Jedoch erhob man nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Anti-Faschismus zum höchsten Grundsatz in der Sowjetischen Besatzungszone und ab 1949 auch in der DDR. Darum stellt sich die Frage, inwieweit man im kommunistischen Deutschland den faschistischen Erziehungsweisen folgte und in welchen Bereichen man versuchte, sich deutlich davon abzugrenzen. Daraus ergeben sich folgende Fragestellungen für die vorliegende Arbeit:

Wie wirkten sich unterschiedliche ideologische Werte auf das Schulwesen eines Staates aus? Nationalsozialisten und Kommunisten vertraten eine völlig gegensätzliche Weltanschauung, die jeweils unterschiedliche Auswirkungen auf das Schulwesen im Staat hatten. Der Aufbau und die Organisation des Schulwesens mussten somit anders gestaltet werden, um das jeweilige ideologische Erziehungsziel zu erreichen.

Welche Unterschiede lassen sich bei der Betrachtung der Schulsysteme und der Erziehung in den Schulen im nationalsozialistischen Deutschland und in der DDR festmachen? Betrachtet man die grundsätzlich völlig unterschiedlichen Anschauungen der beiden Diktaturen, so muss man davon ausgehen, dass die Kluft in der Umsetzung dieser Ideologien in den beiden Erziehungssystemen enorm gewesen sein musste. Die Schüler und Schülerinnen wurden in den nationalsozialistischen und den kommunistischen Schulen auf das Leben in scheinbar gegensätzlichen Gesellschaften vorbereitet. Die Erwartungen an die Heranwachsenden waren völlig unterschiedlich. Damit die jungen Leute zu Trägern der jeweiligen politischen Weltanschauung wurden, musste das System Schule ebenfalls in diesem Sinne gestaltet werden.

Gibt es Gemeinsamkeiten im Schulwesen der beiden Diktaturen, wo doch die DDR den Antifaschismus als höchsten Leitsatz ansah? Die Ideologien, die hinter den jeweiligen Systemen steckten, standen im völligen Gegensatz zueinander. Trotzdem handelte es sich in beiden Fällen um Diktaturen, denen der Totalitarismus zu Grunde lag. Dieser wirkte sich auf alle Lebensbereiche der Heranwachsenden aus und zeigte auch in der Schule seine Wirkung.

Die Gemeinsamkeiten ergaben sich somit aus den Maßnahmen, die beide totalitären Systeme ergriffen, um Einfluss auf die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu nehmen.

Der Umfang der Analyse beschränkt sich ausschließlich auf das Schulwesen der beiden Diktaturen. Das heißt, die Betrachtung der Erziehung beschränkt sich auf die Schulzeit eines Kindes bzw. Jugendlichen, beginnend mit dem ersten Schuljahr bis hin zur Ablegung der Reifeprüfung. Die Erziehung und Ausbildung von jungen Erwachsenen an Hochschulen und Universitäten wird somit keine Beachtung in der vorliegenden Arbeit finden. Die Schüler und Schülerinnen, die im Mittelpunkt der Analyse stehen, befinden sich im Alter von ca. sechs bis 18 Jahren. Diese Jahre sind besonders entscheidend für die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen, was der politischen Indoktrination, die in beiden Schulsystemen stattfand, sehr zugutekam.

Das Dritte Reich sowie die DDR waren Staaten, die eine Bevölkerung mit hauptsächlich deutscher Nationalität, im heutigen Sinn, umschlossen. Im Folgenden werden die Länder, die die Nationalsozialisten im Zuge des Krieges an das Dritte Reich anschlossen, keine Beachtung finden. Das Augenmerk wird ausschließlich auf die deutsche Bevölkerung gelegt. Dies sollte gewährleisten, dass von einer gemeinsamen Mentalität, im Sinne einer durch die größtenteils gemeinsame Geschichte entstandenen Lebenseinstellung, ausgegangen werden kann und somit der Vergleich der zwei Schulmodelle vereinfacht und nicht durch Unterschiede in der Mentalität verschiedener Nationen komplizierter wird.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich beim nationalsozialistischen Regime um eine, im Vergleich zum langjährigen Bestehen der DDR, kurze diktatorische Herrschaft handelte. Das Dritte Reich bestand zwölf Jahre lang, die Kommunisten herrschten jedoch für 44 Jahre über Ostdeutschland, wenn man die Zeit der Sowjetischen Besatzungszone hinzunimmt. Dadurch konnten in der DDR viel mehr Veränderungen im Bildungsbereich vorgenommen werden, was durch die Entwicklungen im Bereich der Pädagogik zusätzlich noch vorangetrieben wurde. Das sehr unterschiedlich lange zeitliche Bestehen der beiden Regime soll Berücksichtigung finden und bedarf teilweise genauerer Ausführungen bezüglich der Entwicklungen, stellt jedoch keine Schwierigkeit im Vergleich der beiden diktatorischen Schulsysteme dar.

Weiters muss ins Bewusstsein des Lesers bzw. der Leserin gerückt werden, dass die schulgeschichtliche Entwicklung in der DDR stark durch den Antifaschismus geprägt war, da dieser als einer der höchsten Leitsätze im kommunistischen Ostdeutschland propagiert wurde. Die Nationalsozialisten beendeten mit ihrer Machtübernahme 1933 das Bestehen der Weimarer Republik und verhängten ein Verbot über die Verbreitung der Ideale, wie sie in dieser Zeit formuliert wurden. Die Kommunisten praktizierten nach Ende des Zweiten Weltkriegs genau dasselbe bezüglich der nationalsozialistischen Weltanschauung und versuchten diese aus den Köpfen der Bevölkerung zu verdrängen. Dass die Zeit des Dritten Reichs Auswirkungen auf die ideologischen Vorstellungen in der DDR hatte, wird in der vorliegenden Arbeit immer wieder Erwähnung finden.

Einen weiteren Faktor, der Einfluss auf das Schulwesen der Diktaturen und somit auf die Bearbeitung dieses Themas nimmt, stellen der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg dar. Der Ausbruch des Krieges im Jahr 1939 stellte plötzlich andere Anforderungen an die gesamte Bevölkerung des Dritten Reichs und somit auch an die Arbeit der Schüler und Schülerinnen in der Schule. Das System Schule, wie es während des Zweiten Weltkriegs geführt wurde, findet zwar Berücksichtigung in der Arbeit, kann jedoch nicht mit dem Schulwesen der DDR verglichen werden. Der Vergleich erfolgt prinzipiell nur zwischen dem Schulsystem Ostdeutschlands und jenem der Nationalsozialisten, wie es bis 1939 geführt wurde, da sich der Krieg zu stark auf den Schulbetrieb auswirkte. Der Kalte Krieg spielte deswegen eine Rolle in der DDR und insbesondere auch im Schulwesen, da eine sehr enge Verbindung zur Sowjetunion bestand und auch die Jugendlichen in Ostdeutschland auf einen möglichen Krieg durch eine militärische Ausbildung vorbereitet werden mussten. Was aber entscheidender war, war die Tatsache, dass der Ost-West-Konflikt auf viele Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen Auswirkungen hatte, da der Westen neben dem Faschismus das große Feindbild der Kommunisten in der DDR darstellte.

Neben diesen Punkten, die in der Ausarbeitung berücksichtigt werden sollten, sollte nun auch erklärt werden, warum es sich lohnt, das Schulwesen der beiden deutschen Diktaturen miteinander zu vergleichen. Dazu muss näher auf den Begriff „Totalitarismus“ eingegangen werden. Der Totalitarismus als eine Form von Herrschaft soll durch Carl Joachim Friedrichs Ausführungen näher erklärt werden. Dieser war Politikwissenschaftler und lieferte mit seiner Totalitarismus-

Theorie einen wichtigen Beitrag in diesem Forschungsgebiet. Er zählt sechs Charakteristiken auf, die ein totalitäres System ausmachen:

1. Eine Weltanschauung, die andere Klassen oder „Rassen“ zum Feindbild macht
2. Eine Massenpartei mit einem Führer, deren Mitglieder die Ideologie aus tiefster Überzeugung vertreten
3. Eine terroristische Geheimpolizei, die Gegner des Regimes verfolgt und zu modernen psychologischen Mitteln in ihrer Arbeit greift
4. Eine völlige Überwachung der öffentlichen Kommunikationsmittel
5. Ein Monopol über alle Waffen, um gegen bewaffneten Widerstand vorzubeugen
6. Eine zentrale Lenkung und Beherrschung der Wirtschaft durch das Gleichschalten der Bürokratie für alle wirtschaftlichen Vorgänge¹

All diese Punkte trafen auf das nationalsozialistische Dritte Reich und die stalinistische DDR zu, was beide Diktaturen als totalitäre Systemen definierte² Die Staatssysteme wiesen demnach die gleichen Wesenszüge auf, die sich wohl auch in anderen Teilgebieten der diktatorischen Systeme finden ließen. Deswegen ist es naheliegend, nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten im Bereich des Schulwesens zu suchen.

Als Methode wird in dieser Arbeit der „Historische Vergleich“ herangezogen, womit Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen den ausgewählten Bildungswesen dargelegt werden sollen.

„Geschichtswissenschaftliche Vergleiche sind dadurch gekennzeichnet, daß sie zwei oder mehrere historische Phänomene systematisch nach Ähnlichkeiten und Unterschieden untersuchen, um auf dieser Grundlage zu ihrer möglichst zuverlässigen Beschreibung und Erklärung wie zu weiterreichenden Aussagen über geschichtliche Handlungen, Erfahrungen, Prozesse und Strukturen zu gelangen.“³

¹ vgl. Carl Joachim *Friedrich*, Totalitäre Diktatur (Stuttgart 1957), 19f.

² vgl. Hannah *Arendt*, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (München 1986), 640.

³ Heinz-Gerhard *Haupt*, Jürgen *Kocka* (Hg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung (Frankfurt am Main 1996), 9.

Durch den Vergleich mit dem Schulwesen der jeweils anderen Diktatur sollen der Aufbau und die Funktionen beider Systeme besser verständlich gemacht werden. Vor allem muss auch der Einfluss, welchen das vorangegangene nationalsozialistische Deutschland auf die kommunistische DDR ausübte, Beachtung in der Gegenüberstellung finden. Vor der vergleichenden Arbeit soll eine Beschreibung der jeweiligen Ideologie mit dem zugehörigen Bildungsziel erfolgen. Hierbei wird aufgezeigt, welche Rolle die ideologischen Werte im Schulwesen spielten und wie die Schule zur Vermittlung dieser beitragen sollte. Dabei wird vor allem die Theorie der Erziehungsziele erläutert werden, das heißt die ideellen Vorstellungen von Bildung und Erziehung, die von der jeweiligen Partei vorgegeben wurden.

Im Anschluss daran sollen die höheren Instanzen und deren genaue Funktion analysiert werden, da diese für die Zielsetzungen der Schule und die Entwicklung des Schulsystems verantwortlich waren. Eine genaue Betrachtung der Planung und Organisation des Schulwesens soll außerdem erfolgen. Nach einer genauen Beschreibung der beiden diktatorischen Schulsysteme, sollen die beiden schließlich miteinander verglichen werden. Auch die schulpolitischen Akteure sollten dabei Beachtung finden.

In weiterer Folge werden die Hauptakteure im Bildungswesen, die Lehrenden und Lernenden, in Augenschein genommen. Die Rolle der Lernenden wird insofern große Beachtung finden, da als Hauptziel des jeweiligen Schulwesens die entsprechende Persönlichkeitsbildung des Heranwachsenden galt und das Hauptaugenmerk stets auf der Entwicklung der politischen Einstellung der Schüler und Schülerinnen lag. Was zwar nicht unmittelbar mit der Schule, aber doch mit der Erziehung der Jugendlichen durch den Staat im Zusammenhang stand, sind außerschulische Organisationen, welche in beiden Diktaturen zwar auf unterschiedlich intensive Weise, aber doch einflussnehmend, zum Tragen kamen.

Als Quellen werden zu dieser Arbeit pädagogische Schriften von Vertretern der jeweiligen Ideologie, Gesetzestexte und Sekundärliteratur herangezogen. Um die Frage nach den weltanschaulichen Ansichten der jeweiligen Diktatur klären zu können, ist es wichtig, die Arbeit der Pädagogen im Dritten Reich und in der DDR zu analysieren. Die Schriften Adolf Hitlers für den Nationalsozialismus und jene von Karl Marx und Friedrich Engels für den Kommunismus heranzuziehen, ist naheliegend, da diese als die Begründer der jeweiligen Erziehungsziele galten.

Somit werden Hitlers „Mein Kampf“ und verschiedene pädagogische Ausführungen von Marx und Engels, die in P.N. Grusdews Werk „Marx/Engels über Erziehung und Bildung“ zusammengefasst wurden, in Betracht gezogen werden. Da die pädagogischen Beiträge verschiedener Persönlichkeiten im Nationalsozialismus sehr zahlreich waren, wird auch Hans-Jochen Gamms Buch „Führung und Verführung“, in welchem er erziehungstheoretische Aussagen und Schriften von verschiedenen Nationalsozialisten zitiert, Beachtung in der Arbeit finden.

Um die Planung und den Aufbau der beiden Schulsysteme nachvollziehen zu können, ist es notwendig, auf Gesetzestexte zurückzugreifen. Besonders bedeutend erscheinen in diesem Zusammenhang die Neuordnungen, die das untere, mittlere und höhere Schulwesen im Nationalsozialismus betrafen und im Fall der DDR das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“. Außerdem sollen auch Schulordnungen und Richtlinien zur Behandlung verschiedener schulischer Thematiken herangezogen werden.

Die Erkenntnisse, die durch die Quellen gewonnen werden können, sollen schließlich noch durch kritische Analysen aus der Sekundärliteratur abgerundet werden. Wichtig erscheinen im Fall des Nationalsozialismus die Ausarbeitungen von Arno Klönne, der sich intensiv mit der Jugend im Dritten Reich auseinandersetzte. In das Leben der Jugendlichen in der DDR geben die Arbeiten im Sammelwerk „Aufwachsen hüben und drüben“ von Peter Büchner einen guten Einblick.

Nach der politischen Wende 1989 gab es immer mehr den Forschungstrend, das Dritte Reich mit der DDR als diktatorische Systeme zu vergleichen. Viele Jahre danach zeigten sich Menschen noch empört darüber, dass man das Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit dem menschenverachtenden Regime des Nationalsozialismus in Verbindung brachte. Im März des Jahres 2010 sollte eine Ausstellung zur LehrerInnenfortbildung mit dem Namen „Diktaturvergleich als Methode der Extremismusforschung“ in der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle eröffnet werden. In dieser sollte die nationalsozialistische Diktatur mit der SED-Diktatur verglichen werden, wodurch sich Politiker der linken Seite und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) entrüstet zeigten, darunter auch der Innenstaatssekretär Rüdiger Erben. Die Ausstellung durfte erst nach Änderungen in manchen Formulierungen eröffnet werden und unter der Garantie der Forschungsgruppe, die Diktaturen nicht

gleichzusetzen, sondern lediglich vergleichen zu wollen.⁴ Die vergleichende Arbeit zwischen den beiden Regimen ist demnach nicht unumstritten.

Im Jahr 1992 erschien das Buch „Faschistisches Bildungssystem in Deutschland zwischen 1933 und 1989. Kontinuität zwischen Drittem Reich und DDR“ von Hermann Ottensmeier. In seiner Arbeit versucht er, die wesentlichen Merkmale totalitärer Herrschaft zu erfassen. Außerdem sucht er nach Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Regime und der Diktatur der SED. Er stellt dabei den Geschichtsunterricht ins Zentrum seiner Betrachtungen und will die Ausprägung der Ideologie in diesem analysieren.

Achim Leschinsky, ein deutscher Erziehungswissenschaftler, verfasste einen Artikel, welcher im Jahr 2000 in der Reihe „Zeitschrift für Pädagogik“ mit dem Titel „Schule in der Diktatur. Die Umformung der Schule im Sowjetkommunismus und im Nationalsozialismus“, erschien. Er versucht schultheoretisch das Eingreifen vom Staat in das Schulwesen der Diktatur zu beschreiben und befasst sich schlussendlich mit dem Begriff des „Erziehungsstaates“. Dieser Begriff wird in der Bildungsgeschichte oft für beide Diktaturen verwendet und ist deshalb für ihn von großer Bedeutung. Dabei geht es, seiner Meinung nach, nicht um Erziehung, die vom Staat gegeben wird, sondern die für den Staat erfolgt.⁵

Zur LehrerInnenrolle in Nationalsozialismus und DDR stellt das Buch „From Nazism to Communism. German schoolteachers under two dictatorships“ von Charles B. Lansing aus dem Jahr 2010 einen wichtigen Beitrag dar. Dieser historische Beitrag zur Rolle der Lehrpersonen behandelt die Zeit von 1933 bis 1953 und stellt die Erziehung der Jugendlichen in den beiden Regimen in Relation. Dazu behandelt er die Schicksale der Lehrkräfte, die in der deutschen Stadt Brandenburg an der Havel in dieser Zeit unterrichteten. Vorwiegend beschäftigt er sich mit dem Einfluss der nationalsozialistischen Diktatur auf die des Kommunismus und trägt somit auch zum Vergleich der beiden deutschen Diktaturen bei. Lansing stellt die Behauptung auf, dass die Bemühungen der Nationalsozialisten, die Lehrpersonen von Brandenburg in Lagern ideologisch

⁴ vgl. Johannes *Dörries*, Vergleich der Diktaturen löst Streit aus. In: Mitteldeutsche Zeitung, online unter < <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/lehrerfortbildung-vergleich-der-diktaturen-loest-streit-aus,20641266,17825026.html> > (02.10.2013).

⁵ vgl. Achim *Leschinsky*, Schule in der Diktatur. Die Umformung der Schule im Sowjetkommunismus und im Nationalsozialismus, In: Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 42 (Weinheim 2000), 132f.

umzuerziehen, gescheitert wären und die Lehrkräfte die nationalsozialistische Weltanschauung nie übernommen hätten. Die neuen Erkenntnisse, die dieses Werk liefert, werden von HistorikerInnen und BildungswissenschaftlerInnen geschätzt, jedoch wird kritisiert, dass der Autor den aktuellen Forschungsstand und Diskussionen weitgehend ausklammert.⁶

Weitere vergleichende Arbeiten zwischen den Schulwesen der beiden Diktaturen liegen nicht vor, womit sich ein breites noch unbehandeltes Sachgebiet ergibt.

Um den historischen Vergleich in übersichtlicher Form durchführen zu können, beschäftigt sich die Arbeit im Groben mit drei Teilbereichen des Schulwesens in den Diktaturen.

Zuerst sollte an der höchsten Stelle des politischen Systems begonnen werden. Die Erziehungsziele in Verbindung mit der Weltanschauung der jeweiligen politischen Führung, das heißt Adolf Hitler im Fall des Nationalsozialismus und die SED im Fall des Kommunismus, sollten analysiert werden. In beiden Regimen wurden Zielsetzungen formuliert, welche die Schule durch ihre Erziehungsarbeit erreichen sollte. Wie der ideale Absolvent bzw. die ideale Absolventin der Schule im jeweiligen Regime aussah, sollte am Beginn der Arbeit geklärt werden.

Der zweite Teil behandelt den Aufbau des Schulsystems gemeinsam mit den politischen Akteuren, die für die Umsetzung der ideologischen Vorstellungen des Regimes verantwortlich waren. Welche Instanzen für die Planung und Organisation des Schulwesens zuständig waren und wie sich die Aufteilung der verschiedenen Bereiche im Laufe der Zeit entwickelte, sollte hier Beachtung finden. Außerdem sollte auf außerschulische Organisationen, die in beiden Diktaturen von entscheidender Größe waren, eingegangen werden. Wie sich die beiden Erziehungsinstanzen Schule und Jugendorganisationen im Dritten Reich und in der DDR miteinander arrangierten, sollte aufgezeigt werden.

Im dritten Teilbereich der Arbeit wird schließlich das Augenmerk auf den schulischen Betrieb mit den dortigen Akteuren gelegt, der den entscheidenden Schauplatz im schulischen Erziehungssystem der Diktaturen darstellte. Die Besonderheiten in einem Schuljahr bzw. im Schulalltag, welche es in den Regimen

⁶ vgl. Veronika *Wabnitz*, Rezension zu: Lansing, Charles B.: *From Nazism to Communism. German Schoolteachers under Two Dictatorships* (Cambridge 2010), in: *H-Soz-u-Kult*, online unter <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-1-133>> (02.10.2013).

gab, sollten der Frage nach politischer Indoktrination unterworfen werden. Die Mittel, die außerhalb des stofflichen Inhalts an Schulen ergriffen wurden, um Schüler und Schülerinnen im Bewusstsein der jeweiligen Ideologie zu erziehen, soll thematisiert werden. Abschließend sollten die Lehrenden und Lernenden in der Schule unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte betrachtet werden. Bei den Lehrkräften wird im Besonderen auf die Rolle in der Gesellschaft eingegangen. Die großen Entlassungsaktionen zu Beginn jeder Diktatur und die anschließenden Änderungen im Ausbildungswesen der Lehrer und Lehrerinnen sollen verglichen werden. Weiters sollte auch oppositionelles Verhalten von Lehrpersonen Beachtung in dieser Arbeit finden. Bei den Schülern und Schülerinnen wird auf Geschlechterrollen, Elitenbildung, Exklusion und widerständische Gruppierungen eingegangen. Mit der Untersuchung der Situation der Lernenden in den Schulen ist die unterste Ebene im gesamten Schulwesen erreicht und der letzte Punkt des Vergleichs abgeschlossen.

2. Ideologie und Erziehungsziel

Die Jugendarbeit nahm für Nationalsozialisten und später auch für die Kommunisten in der DDR eine zentrale Stellung ein. Die politische Gesinnung der Kinder und Jugendlichen, sowie deren Mithilfe am Aufbau eines neuen Staates waren für die Überlebensfähigkeit des neu geschaffenen Staates entscheidend. Schon von Kindesalter an sollten die Heranwachsenden im staatlichen System integriert und zu Menschen erzogen werden, die die Ideologie des jeweiligen Regimes vertraten. Es wurden Bildungsideale formuliert, die zu erreichen es für jeden Staatsangehörigen galt. Es sollten Menschen geformt werden, die den perfekten Nationalsozialisten bzw. Kommunisten verkörperten, die vorgegebenen politischen Einstellungen übernahmen und ebenso wieder weitergaben.

Der Zusammenhang zwischen Ideologie und Erziehungszielen in der jeweiligen Diktatur soll im Folgenden erläutert werden. Dass die tatsächliche Umsetzung nicht deckungsgleich mit den ideologischen Zielen war, muss betont werden, wird aber in den folgenden Erklärungen keine Beachtung finden, da es in dieser Darstellung lediglich um die Ideale gehen wird, die die Diktaturen zu erreichen versuchten. Es steht dabei die Frage nach dem staatlichen Einfluss auf das Schulwesen im Zentrum.

2.1. Erziehung nach Adolf Hitler

Die Ideologie des Nationalsozialismus basierte zum Großteil auf Adolf Hitlers Werk „Mein Kampf“. Als politische Propagandaschrift bildete es die Grundlage für die Verbreitung des faschistischen Gedankenguts. Hitler befasste sich damit ab den frühen 20er-Jahren. Seine Worte standen stets in engem Zusammenhang mit der damaligen politischen Lage und nahmen auch immer wieder Bezug auf seine persönlichen Erlebnisse. Auf den Seiten, die während seiner Haft in Landsberg entstanden, ist der Hass auf seine politischen Gegner besonders spürbar. Im ersten Band, welcher im Jahr 1925 erschien, schrieb er zwar über seine Kindheit und Jugendzeit, doch an zentraler Stelle standen seine politischen Ziele. Nach vierjähriger Arbeit an seinem zweiteiligen Buch wurde der zweite Band 1927 publiziert. Den größten Umfang nahm darin das Kapitel „Der Staat“ ein, in welchem er seine Ideen über die Erziehung der Kinder und Jugendlichen darlegte. Zunächst

schilderte er seine Ansichten über „Staat“ und „Volkheit“, wobei er den Staat als „ein Mittel zum Zweck“ ansah, welcher dazu diene, ein Volk in einem gemeinsamen Apparat zu vereinigen. Des Weiteren teilte er seine Überlegungen zum Begriff „Rasse“ mit und erhob darin die Arier zur überlegenen Rasse, die es zu erhalten galt. In diesem Zusammenhang legte Adolf Hitler seine Erziehungsgrundsätze dar und widmete seinen Ansichten diesbezüglich etwa 25 Seiten in seinem Werk. Die Propagandaschrift ihres „Führers“ stellte die Richtlinie oder im strengeren Sinn Vorschrift für sämtliche Pädagogen im Dritten Reich dar.⁷ Es spiegelt sich darin das Weltbild Hitlers wider, welches vor allem durch seine Feindbilder geprägt war. Der Judenhass, den der spätere Diktator in seiner Zeit in Wien von 1908 bis 1913 entwickelte, stellte einen wichtigen Punkt seiner Ideologie dar. Der Antisemitismus war in Wien keine Neuheit mehr gewesen und Hitler wurde durch verschiedene Schriften dazu angeregt, die judenfeindlichen Ansichten zu teilen und schließlich auch weiterzuverbreiten. Außerdem entwickelte er in dieser Zeit seine feindliche Einstellung gegenüber dem Marxismus, dem Parlamentarismus und dem Pazifismus. Die Vertreter dieser Linien sah er als seine Gegner an. Einen weiteren zentralen Punkt seiner Weltanschauung stellte der deutsche Nationalismus dar. Dabei beschäftigte er sich mit Ansichten von Georg Heinrich Ritter von Schönerer, welcher einen extremen völkischen Nationalismus vertrat. Außerdem interessierte sich Hitler für Karl Lueger und dessen Wirken in Wien, wobei ihn dabei am meisten begeisterte, dass es diesem gelang, mit seinen Ansichten eine sehr breite Bevölkerungsschicht anzusprechen.⁸

Seine ideologischen Vorstellungen entwickelte Hitler vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und davon zu einem großen Teil während seiner Zeit in der österreichischen Hauptstadt. Seine Ansichten von Schule wurden jedoch maßgeblich durch seine Kindheit und die persönlichen Erfahrungen damit geprägt. Für Hitler war die Schule mitsamt ihrer Lehrpersonen immer sehr negativ besetzt, weswegen er entscheidende Veränderungen verlangte.⁹ Seine Vorstellungen von

⁷ vgl. Günther *Böhme*, Christine *Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Erinnerungen an die Schulzeit im Nationalsozialismus und ihr historischer Hintergrund (Idstein 2001), 24f.

⁸ vgl. Hans-Günther *Assel*, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus (München 1969), 27ff.

⁹ vgl. Hans-Jochen *Gamm*, Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus (München 1964), 46.

Schule und Erziehung, die über Jahre hinweg entstanden, fanden schließlich Raum in seiner Schrift.

Das Buch „Mein Kampf“ gab die ideologischen Zielsetzungen für die Erziehung der Jugendlichen im Dritten Reich vor, doch auch die Schüler und Schülerinnen selbst sollten das Buch gelesen haben. Trotzdem wurde es nie eine Pflichtlektüre in der Schule, obwohl dies mehrere Male von verschiedenen Seiten gefordert wurde. Jedoch wurde die Schrift Hitlers auf andere Wege den Kindern und Jugendlichen nähergebracht. So wurde ihnen beispielsweise daraus vorgelesen oder man verwendete andere Schulbücher, die Zitate aus „Mein Kampf“ beinhalteten. Vor allem in Lesebüchern konnte man viele Textstellen aus Hitlers Schrift finden. So wurde auch die junge Bevölkerung im Dritten Reich mit der nationalsozialistischen Ideologie vertraut gemacht.¹⁰

Folglich sollen Adolf Hitlers Erläuterungen in „Mein Kampf“ zur Erziehung genauer betrachtet werden:

In seinen Erziehungsgrundsätzen ist klar erkennbar, dass Hitler den einzelnen Menschen nicht als Individuum wahrnahm, sondern das ganze Volk mit seinen einzelnen Gliedern nach seinen Vorstellungen formen wollte. Deutlich wird diese Ansicht durch die Begriffe, die er in seiner Schrift verwendete. Dabei stößt man zum Beispiel auf den Ausdruck „Menschenmaterial“, welcher deutlich macht, dass er das Volk als Ganzes sah und der Einzelne nur als Teil dessen wahrgenommen wurde. Außerdem wirkt dieser stark erniedrigend in Bezug auf den einzelnen Menschen. Adolf Hitler schrieb der Erziehung der Heranwachsenden eine äußerst bedeutende Rolle zu und für ihn war klar, dass diese Aufgabe in den Händen des Staates zu liegen hatte. Der Diktator wollte sich dadurch den Einfluss auf die heranwachsende Generation sichern und somit das Bestehen seiner ideologischen Werte im Staat gewährleisten.

Die Schule war für Hitler kein Ort der bloßen Wissensvermittlung, ja diese stand für ihn sogar an letzter Stelle. Vielmehr legte er Wert auf die „Ertüchtigung und Gesundheit des Körpers“. Außerdem erachtete er auch eine entsprechende Charakterbildung im Sinne des Nationalsozialismus als notwendig. Wissenserwerb war für ihn nicht entscheidend und keineswegs die zentrale Aufgabe der Schüler

¹⁰ vgl. Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“. 1922-1945 (München 2011), 411ff.

und Schülerinnen in der Schule. Der „Führer“ schrieb in „Mein Kampf“ folgende Sätze, die seinen Erziehungsgrundsatz auf den Punkt bringen:

„Der völkische Staat hat [...] seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber wieder an der Spitze die Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit, und erst als letztes die wissenschaftliche Schulung.“¹¹

Auch hier wird klar ersichtlich, dass Adolf Hitler dem Willen und den Anlagen eines Individuums kaum Beachtung schenkte. Somit schrieb er von „Heranzüchten“, was in der Erziehung von Menschen als gänzlich verfehlt erscheint. Zudem tat er „Genies“, womit er wohl überdurchschnittlich begabte Kinder bzw. Menschen meinte, die seiner Ansicht nach körperlich womöglich rückständig sein mochten, als „Ausnahmen der Regel“ ab. Solche Menschen würden geduldet, aber der größte Teil des Volkes müsste seine Ansichten über den Wert der körperlichen Verfassung teilen und so auch den körperlich tüchtigen und gesunden Menschen darstellen.

„Körperliche Schulung“, „Charakterbildung“ und „Wissenschaftliche Schulbildung“ waren die drei grundsätzlichen Aufgaben der Erziehung nach Adolf Hitlers Aufzeichnungen. In „Mein Kampf“ machte er deutlich, was das entscheidende Ziel bei jedem dieser Punkte war, was im Folgenden näher ausgeführt werden soll.

Hitler sah es für jeden Jugendlichen als dringend erforderlich an, sich jeden Tag mindestens zweimal körperlich zu betätigen und wollte aufgrund dessen auch den Sportunterricht in der Schule ausweiten. Nach seiner Meinung war es außerdem die Angelegenheit des Staates, dafür Sorge zu tragen, dass auch nach der Schulzeit die sportliche Betätigung der Volksgenossen nicht ausblieb, wobei der Militärdienst „als die höchste Schule vaterländischer Entwicklung zu gelten“¹² hatte. Für außerordentlich wichtig hielt Hitler das Boxen. Diese Sportart sollte die Angriffslust der Jugendlichen wecken und sie somit auch charakterlich erziehen.

¹¹ Adolf *Hitler*, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band (München 1943), 452.

¹² *Hitler*, *Mein Kampf*, 459.

Dabei meinte er, würden sich die Jungen Mut aneignen und so gegen Feigheit gewappnet sein. „Selbstvertrauen“ war ein wichtiges Schlagwort in diesem Kontext, welches Hitler als äußerst wichtige Charaktereigenschaft erachtete. In seiner Schrift bezog er sich dabei auf den Ersten Weltkrieg, aus welchem das deutsche Volk in der eigenen Wahrnehmung geschwächt hervorging, obwohl Hitler auch betonte, wie unerschrocken das deutsche Heer am Beginn des Krieges in die Schlacht gezogen war. Dennoch gingen Mut und Selbstsicherheit verloren und somit sollte das Selbstvertrauen, wobei auch „Angriffsgeist“ und „Angriffslust“ Begriffe waren, die immer wieder fielen, gefördert werden, um einer Niederlage vorzubeugen.

Der Diktator betonte, dass jeder Junge unterschiedliche Grundvoraussetzungen mitbringe, jedoch durch Schulung stets zu einem körperlich tüchtigen Menschen erzogen werden könne. Durch eine geeignete Ausbildung könne jeder die wichtigsten Eigenschaften erlernen, wobei Hitler betreffend der körperlichen Schulung zusätzlich zu Selbstvertrauen und Mut auch „Gehorsam“ als wichtige Grundlage erwähnte. Dabei hielt er es für besonders wichtig, Befehlen während der Heereszeit Folge zu leisten und sich nicht gegen empfundene Ungerechtigkeiten aufzubäumen.

Ein weiteres Faktum, welches Hitler als unentbehrlich für einen deutschen Volksgenossen ansah, war das äußerliche Auftreten eines jungen Mannes. Dabei wies er darauf hin, dass Eitelkeit keineswegs eine negative Eigenschaft sei, da das Aussehen dem Zweck diene, ein Mädchen für sich zu gewinnen und im größeren Sinn dem Volkstum zu Schönheit zu verhelfen. Durch die eigene Eitelkeit würde auch einer „Verführung von Hunderttausenden von Mädchen durch krummbeinige, widerwärtige Judenbankerte“¹³ vorgebeugt werden.

Für Hitler kam nach der körperlichen Ausbildung die Charakterbildung als zweitwichtigstes Erziehungsziel an die Reihe. Er war davon überzeugt, dass jeder Mensch Eigenschaften besäße, die, wenn sie noch nicht zu sehr ausgeprägt waren, verändert werden könnten. Doch er schränkte dies mit folgenden Worten ein: „der egoistisch Veranlagte ist und bleibt dies einmal für immer, genauso wie der Idealist im Grunde seines Wesens stets Idealist sein wird.“¹⁴ Diese Aussage setzte den

¹³ *Hitler, Mein Kampf*, 458.

¹⁴ *Hitler, Mein Kampf*, 460.

Stellenwert der Erziehung herab, obwohl Hitler annahm, dass bis zu einem gewissen Grad die Charakterbildung durchaus von außen beeinflusst werden könnte. Somit könnten seiner Meinung nach entscheidende Eigenschaften verstärkt oder falls nötig, reduziert werden.

Vor allem Schwäche, ob nun körperlich oder eben auch charakterlich, war bei Hitler verpönt. Deshalb sollten schon die Kinder dazu erzogen werden, Dinge zu ertragen und Selbstbeherrschung zu zeigen. Somit könnten dann auch „Jammer- und Winselbriefe“ während des Wehrdienstes vermieden werden. Hitler meinte, dass bei entsprechender Erziehung auch die Lage der Deutschen im Ersten Weltkrieg besser ausgesehen hätte.

Zwei Eigenschaften hob Hitler in seinen Vorstellungen über Charakterbildung besonders hervor: „Entschlusskraft“ und „Verantwortungsfreudigkeit“. Durch erstere wären wichtige Entscheidungen im Krieg nicht ausgeblieben und durch letztere meinte er, hätte man der Feigheit entgegenwirken können. Diese übergeordnete Rolle, die Hitler diesen beiden Wesenszügen zukommen ließ, zeigt erneut, wie sehr er Schwäche und Sensibilität ablehnte. Mut galt folglich als ein unentbehrliches Charakteristikum.

Was Hitler für eine florierende Wirtschaft als bedeutend ansah, war eine „verzichtsfreudige Opferbereitschaft“. Ein Volk, das nach seinen Ansichten, nach seinen Grundsätzen, nach der Ideologie des Nationalsozialismus erzogen war, konnte gemeinsam zur guten Entwicklung der Wirtschaft beitragen, wohingegen ein egoistisch veranlagter Mensch dieses Vorhaben verhindert hätte. Nicht die persönliche Ausbildung sollte im Vordergrund stehen, sondern eine Schulung, die dem Volk den größtmöglichen Nutzen brachte. So wurde egoistisches Verhalten von Hitler abgelehnt und Zusammengehörigkeitsgefühl und Nationalbewusstsein in großem Maß gefordert:

„Wer sein Volk liebt, beweist es einzig durch die Opfer, die er für dieses zu bringen bereit ist... Die innige Vermählung von Nationalsozialismus und sozialem Gerechtigkeitssinn ist schon in das junge Herz hineinzupflanzen. Dann wird dereinst ein Volk von Staatsbürgern erstehen, miteinander verbunden und

zusammengeschmiedet durch eine gemeinsame Liebe und einen gemeinsamen Stolz, unerschütterlich und unbesiegbar für immer.“¹⁵

Schließlich nahm Hitler auch zum Chauvinismus Stellung, welchen er in keinem Fall ablehnte. Vielmehr sah er diese Einstellung als nötig an, um schlussendlich die Deutschen als vorherrschendes Volk auf der Welt zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, musste Zurückhaltung eingestellt und die Leidenschaft für das eigene Volkstum geweckt werden, die jeder Jugendliche in sich tragen musste. Hitler meinte, dass die Welt vor einer „großen Umwälzung“ stünde und jenes Volk, das als erstes diese Gefahr, aber auch die Bedeutung der eigenen Nation erkennen würde, schlussendlich als Sieger hervorginge.

Der Teilbereich der schulischen Erziehung, der von Hitler als völlig unbedeutend und in vielen Bereichen als überflüssig erachtet wurde, war die Wissensvermittlung oder wie er sie bezeichnete, die „wissenschaftliche Schulbildung“. Er kritisierte, dass die Schule vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten vorrangig auf diese ausgerichtet gewesen wäre und die tatsächlich wichtigen Erziehungsziele, die sportliche Ertüchtigung und die Charakterbildung, zu sehr außer Acht gelassen worden wären. So verlangte er vor allem eine Stoffkürzung: „Erstens soll das jugendliche Gehirn im allgemeinen nicht mit Dingen belastet werden, die es zu fünfundneunzig Prozent nicht braucht und daher auch wieder vergißt...“¹⁶ Besonders der Stoff im Geschichtsunterricht sollte seiner Meinung nach eine Kürzung erfahren. Allerdings sollte allen Schülerinnen und Schülern die geschichtliche Entwicklung verschiedener Völker und Kulturen näher gebracht werden. Dies empfand er deswegen als lehrreich, weil dadurch Erkenntnisse gewonnen würden, die die Zukunft beeinflussen könnten. Hitler zielte dabei auf den „Fortbestand des eigenen Volkstums“ ab. Die vertiefende Beschäftigung mit Geschichte sollte lediglich die Arbeit der Professoren sein. Der durchschnittliche Reichsbürger sollte aber nur so viel vermittelt bekommen, wie für ein grundlegendes Geschichtswissen vonnöten war. Letztlich wollte Hitler die Menschen dazu motivieren, sich in politischen Dingen zu engagieren und zur Entwicklung der Geschichte beizutragen, um damit die Bedeutung von „Rasse“ in den Vordergrund des Weltgeschehens zu rücken. So formulierte er: „Es ist im übrigen die Aufgabe eines völkischen Staates, dafür zu sorgen, daß endlich eine

¹⁵ Hitler, Mein Kampf, 474f.

¹⁶ Hitler, Mein Kampf, 464.

Weltgeschichte geschrieben wird, in der die Rassenfrage zur dominierenden Stellung erhoben wird.“¹⁷

Die Stoffkürzung sollte vor allem bei der Ausbildung der Grundlagen erfolgen und zwar so, dass jeder und jede das gleiche Wissen als Basis zur Verfügung hätte. Weiter gäbe es dann Fach- und Einzelausbildungen auf dem Gebiet, mit welchem sich der/die Lernende in seiner/ihrer weiteren Arbeit beschäftigte. Durch die Reduktion im Bereich der Wissensvermittlung konnte schließlich mehr Zeit für die körperliche Betätigung und die Wesensformung eingeräumt werden. Hitler dachte, dass die Vermittlung der ideologischen Werte in ihrer Wichtigkeit noch vor der Ausbildung im Bereich der wissenschaftlichen Fächer Mathematik, Physik und Chemie läge. Zwar wollte er deren Relevanz zur damaligen Zeit nicht abstreiten, trotzdem erachtete er eine idealistische Erziehung als bedeutender.

In seinen zusammenfassenden Worten über die Ziele von Erziehung in seinem Idealstaat wies der Diktator schließlich auf die Bedeutung der Blutreinheit in der alles überragenden „arischen Rasse“ hin und unterstrich deren Vorrangstellung. Für Hitler war es besonders wichtig, dass bereits Kinder und Jugendliche seine Einstellung zur Blutreinheit teilten und ihnen ihre überlegene Rolle im Vergleich zu anderen Völkern bewusst war. Er wies auf die Gefahr hin, sich mit anderen Völkern zu „vermischen“, weil dies den „Wert des Blutes“ senken würde. Somit rief er dazu auf, lediglich mit der eigenen Rasse eine Partnerschaft einzugehen und fremde Völker zu meiden. Auf den weiteren Seiten beschäftigte sich Hitler schlussendlich mit der Erziehung von Rassen, die in seinen Augen als minderwertig galten, wobei er hier Juden und „Neger“ explizit anführte. Bei diesen Völkern sah er eine Ausbildung als unnötig an und setzte deren Schulung einer Tierdressur gleich. Da in beiden Fällen nach seiner Einschätzung keine Anlagen vorlagen, sondern Fähigkeiten nur unzureichend angelernt werden konnten, erachtete er jegliche Ausbildung als wertlos. Für Hitler war das angeborene Talent außerordentlich wichtig, er bestritt aber dessen Existenz bei Juden und „Negern“ und unterstrich so die Nutzlosigkeit dieser beiden Völker.

Bezüglich der für Hitler großen Bedeutung des „arischen“ Blutes, welches das gesamte deutsche Volk in sich trug, beschrieb er die Notwendigkeit, dass dieses in jeder Gesellschaftsschicht zu finden sein müsste und auch wieder mit neuem,

¹⁷ Hitler, Mein Kampf, 468.

jungem Blut vermischt werden sollte. Hier brachte er Kritik an den oberen Schichten an, indem er ihnen vorwarf, volksfremd zu sein, da sie sich nicht mit anderen Klassen vermischten. Die Kraft eines Volkes läge jedoch in der Masse, was Hitler in seinem Kapitel über Erziehung mehrmals betonte.

„Es wird die Aufgabe eines völkischen Staates sein, in seinem Unterrichtswesen dafür Sorge zu tragen, daß eine dauernde Erneuerung der bestehenden geistigen Schichten durch frische Blutzufuhr von unten stattfindet.“¹⁸

Er zog dabei einen Vergleich mit der Kirche als Institution: Dass sich diese schon über eine derart lange Zeit gehalten hatte und in der Gesellschaft noch immer eine wichtige Rolle spielte, sah Hitler im Zölibat begründet. Dadurch, dass Kirchenträger sich nicht weitervermehren konnten und somit immer Menschen aus dem Volk ein Amt in der Kirche übernahmen, wurde ständig neues Blut zugeführt. Hitler meinte, dass dieser Sinngehalt des Zölibats von vielen nicht gesehen würde, obwohl gerade darin die Macht der Kirche läge und damit auch „eine Summe von Energie und Tatkraft, die in solcher Form nur in der breiten Masse des Volkes vorhanden sein wird.“¹⁹

2.2. Weitere Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie

Adolf Hitlers Erziehungsgrundsätze waren allgemein gültig und durften keineswegs angezweifelt werden. Parteimitglieder, die sich mit der Erziehung von Kindern und Jugendlichen beschäftigten, übernahmen diese und führten sie weiter aus. An dieser Stelle sollen einige davon genannt werden, die ihre Gedanken in die Pädagogik des Nationalsozialismus einfließen ließen.

So sei zunächst Wilhelm Frick, welcher bis 1943 Reichsinnenminister war, genannt. In der Rede auf einer Konferenz für die Länderminister am 9. Mai 1933 sprach er über die „neue Erziehung“ im nationalsozialistischen Deutschland. Er sah größte Notwendigkeit darin, das Erziehungssystem, so wie es in der Weimarer Republik ausgesehen hatte, völlig umzugestalten. Er erachtete die Erziehung der Heranwachsenden als Basis für den neuen Staat, der die Verfehlungen der

¹⁸ Hitler, Mein Kampf, 481.

¹⁹ Hitler, Mein Kampf, 481.

Vergangenheit nicht wiederholen sollte. Auch er setzte genau wie Hitler das Volk an oberste Stelle vor dem Einzelnen und kritisierte die „liberalistische“ Bildung in den vergangenen Jahren, die mehr den Individuen diene als dem gesamten deutschen Volk. Nach Frick sollte es ein gemeinsames Bildungsziel geben, das von allen Schulen übernommen werden sollte. Von einer zentralen Steuerung durch das Reich sah er jedoch ab, da er gerade in der Vielfalt der deutschen Landschaften die Stärke des Volkes sah. Wichtig waren lediglich der „Gemeinschaftsgedanke“, den jede/r Deutsche in sich tragen sollte und eine Verbundenheit zum eigenen Vaterland, die hergestellt bzw. vertieft werden sollte. Im Konkreten sah er den Geschichteunterricht als besonders bedeutend an und forderte von diesem hauptsächlich, den Heranwachsenden die Geschichte der vorigen zwei Jahrhunderte zu vermitteln. Dabei hob Frick den Friedensvertrag von Versailles als dem Volk widerfahrene Ungerechtigkeit besonders hervor und erläuterte in diesem Zusammenhang die räumliche Zerrissenheit des deutschen Volkes, welche es zu beseitigen galt. Schließlich kam auch der Reichsinnenminister in seiner Rede zur Rassenfrage und sprach konkret vom Unterrichtsfach „Rassenkunde“, in welchem der Jugend klargemacht werden sollte, dass eine Vermischung mit Juden und Farbigen zur Wertsenkung der deutschen Rasse führen würde. Genau wie Hitler hob auch Frick den Wehrdienst als große Leistung für das deutsche Volk äußerst hervor. Er erachtete diesen als „die höchste vaterländische Pflicht und Ehrensache“²⁰. Folglich betonte er auch die Wichtigkeit der körperlichen Tätigkeit und erwähnte die Ernennung eines Reichssportkommissars, dessen Aufgabe „die einheitliche Zusammenfassung der verschiedenen Sportverbände [...] im Dienste des Volksganzen“²¹ sein sollte.

Zur Erziehung unter besonderer Berücksichtigung der Charakterbildung äußerte sich außerdem auch Alfred Rosenberg in seinem Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, welches 1930 veröffentlicht wurde. Im Jahr 1934 ernannte Hitler ihn zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“²². Für diesen Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie stand die Charakterbildung an vorderster Stelle. Die Situation Anfang der Dreißigerjahre wurde von den Nationalsozialisten stets als „Aufräumphase“ angesehen, in welcher die Misstände

²⁰ *Gamm*, Führung und Verführung, 78.

²¹ *Gamm*, Führung und Verführung, 78.

²² *Gamm*, Führung und Verführung, 62.

der vorigen Jahre aus dem Weg geräumt werden mussten. Für Rosenberg gründete diese Unordnung in verschiedenen „Gedankensystemen“, die jeweils unterschiedliche Werte als vorrangig ansahen und somit zu anderen Bildungszielen führten. Dazu zählte er an vorderster Front die kirchlichen Vertreter, die ihre Anschauung im Volk durchsetzen wollten, wobei er deren verleugnende Einstellung zur Forschung und die Erhebung der Offenbarungslehre zum Lehrgrundsatz kritisierte. In einer Rede im Jahr 1934 in Bernau auf Grund eines Sonderlehrgangs der Reichsführer-Schule sprach Rosenberg außerdem über die Bedeutung der Natur für die Erziehung. Dabei lehnte er die Grundsätze der Gelehrten des 19. Jahrhunderts ab, die Bildung und Erziehung für jeden Menschen zugänglich machen wollten und als sinnvoll erachteten. Rosenberg sah darin jedoch ein Verbrechen an der Natur und bezog sich somit auch stark auf die Rassenlehre. Seiner Meinung nach, erfolgte die Rache der Natur im 19. Jahrhundert in Form von Revolten.

Ebenfalls soll in diesem Zusammenhang Hans F. K. Günther erwähnt werden, der im Bereich der Rassenlehre zahlreiche Schriften veröffentlichte und somit zu einem wichtigen Verfechter der nationalsozialistischen Ideologie zählte. Für ihn nahm die Vererbung den entscheidenden Platz ein. Er behauptete, dass „Erziehung [...] am Anlagebestand eines Volkes nichts ändern“²³ konnte. Alles hing von den Erbanlagen ab und somit war für den Wert eines Volkes die Auslese von zentraler Bedeutung. Folgender Satz verdeutlicht die Kernaussage von Günthers Beitrag: „Ein Volk kann auf die Dauer nur gehoben werden durch Kinderreichtum der Erblich-Besten in allen seinen Ständen, durch Kinderarmut und Kinderlosigkeit der Erblich-Minderwertigen in allen seinen Ständen.“²⁴

Einen wichtigen Grundsatz vertrat auch der Volksschullehrer Hans Schemm, der außerdem der Gründer des Nationalsozialistischen Lehrerbundes war. Dieser setzte sich intensiv mit Vaterlandsliebe und Todesbereitschaft auseinander, worin er die einzige und entscheidende Möglichkeit sah, die Kraft des deutschen Volkes zu stärken. Für ihn war „Nationalsozialismus [...] marschierende, kämpfende, opfernde Vaterlandsliebe“²⁵. Wesentlich war für ihn die Bedeutung des deutschen Bodens, welcher es wert sei, sein Leben dafür zu opfern. Somit sei auch die

²³ Gamm, Führung und Verführung, 86.

²⁴ Gamm, Führung und Verführung, 86.

²⁵ Gamm, Führung und Verführung, 79.

Wehrmacht von großer Wichtigkeit und stand in enger Verbindung zur Vaterlandsliebe.

Schlussendlich soll an dieser Stelle auch noch Dr. Rudolf Benze Erwähnung finden, welcher im NS-Staat als Ministerialrat, Gesamtleiter des Deutschen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht und SS-Sturmbannführer diente. Er nahm Stellung zum Erziehungsanspruch und formulierte deutlich, dass diesbezüglich der Staat und die Partei an erster Stelle stünden. So würden die Weltanschauungen, Erziehungsziele und der Weg dorthin von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) vorgegeben und der Staat habe die Aufgabe, die öffentliche Erziehungsarbeit zu leisten und die private Erziehung zu bewachen. Die Rolle der Familie sei wenig entscheidend. Lediglich in den ersten Lebensjahren obliege dieser die Verantwortung über die Heranbildung der Kinder. Doch das Eingreifen von Vater und Mutter nehme mit dem Alter der Heranwachsenden und unter dem Einfluss der Partei auf deren Leben immer mehr ab.²⁶ Somit wird abermals erkennbar, welche wichtige Funktion die Jugendorganisationen im Erziehungsbereich des Staates innehatten.

2.3. Erziehung in der Deutschen Demokratischen Republik

Entscheidend für die Entwicklung der Erziehungsziele in der DDR war die Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und auch in späterer Folge der Einfluss der Sowjetunion auf die Politik Ostdeutschlands. Die ideologischen Werte in der DDR standen stets in engem Zusammenhang mit jenen der Sowjets. Starke Auswirkungen auf das Schulwesen der DDR hatten überdies die unmittelbare Kriegserfahrung und die Ereignisse in der Zeit des Nationalsozialismus.

Die Ideologie, welche die Vertreter des Kommunismus in der DDR verfolgten, war über die 40 Jahre des Bestehens der Republik hinweg stets die gleiche und somit waren auch die Erziehungsziele, die man durch die Schule zu erreichen versuchte, dieselben. Das Schulsystem in Ostdeutschland blieb jedoch nicht völlig unverändert. Eine Wende im Schulsystem der DDR ergab sich am Anfang der 70er-Jahre, um den vermehrten Forderungen zur Änderung Rechnung zu tragen. Dabei wurden jedoch keineswegs Zweifel an den Idealen geäußert, sondern die Mittel,

²⁶ vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 83f.

um diese zu erreichen, wurden bemängelt. Starke Kritik kam von Seiten der Wirtschaft und davon betroffen war vor allem die Einheitlichkeit des Schulsystems, deren Zweckdienlichkeit angezweifelt wurde.²⁷ Außerdem kritisierten Betriebe die zu theoretische Ausbildung an den Berufsschulen und forderten einen größeren Bezug zur Praxis. Dieser Anspruch an die Lehrinhalte wurde durch eine Kürzung der theoretischen und eine Ausweitung der praktischen Fächer schließlich auch erfüllt.²⁸ Die Wirtschaft war ein wichtiger Faktor, der in entscheidendem Maß auf das Schulwesen einwirkte. Die ökonomischen Zielsetzungen der DDR konnten nur durch geeignetes Personal erreicht werden. Die Ideologie, deren Vermittlung hinter der Erziehungsarbeit der Kinder und Jugendlichen steckte, wurde durch diese Änderungen in der Schule jedoch nicht aus den Augen gelassen.

2.4. Die Entwicklung des Schulwesens in der DDR

In der Zeit nach 1945 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone Vorkehrungen getroffen, um das faschistische Gedankengut aus dem damaligen Deutschland zu vertreiben. Es sollen im Folgenden kurz die wichtigsten Beschlüsse während der Zeit von 1945 bis 1949 ausgeführt werden.

Im „Gemeinsamen Aufruf der KPD und SPD zur demokratischen Schulreform“ vom 18. Oktober 1945 wurden die Forderungen der Parteien an das neue Schulsystem wie folgt zusammengefasst:

„Die Beseitigung aller dieser äußeren und inneren Schäden, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus mit ihren reaktionären Wurzeln, die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die demokratische Erneuerung Deutschlands ist undenkbar ohne eine grundlegende Reform der deutschen Schule, ohne eine allseitige Demokratisierung des gesamten Schulwesens.“²⁹

Durch den Zweiten Weltkrieg wurde ein Großteil der Schulgebäude in Deutschland zerstört, deren Wiederaufbau neben den ideologischen Zielen ebenfalls angestrebt

²⁷ vgl. Dietmar *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR (Berlin 1987), 60f.

²⁸ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 60.

²⁹ Siegfried *Baske*, Martha *Engelbert* (Hg.), Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. 1. Teil. 1945-1958 (Berlin 1966), 5.

wurde. An erster Stelle stand jedoch, den Nationalsozialismus auszulöschen, womit im schulischen Bereich gemeint war, die Lehrerschaft von ehemaligen Parteimitgliedern der NSDAP zu säubern und die Erziehungsziele grundlegend zu ändern. Diese Beschlüsse versuchte man auch sofort in die Tat umzusetzen: Die Formulierung der neuen Erziehungsziele war schnell abgeschlossen und auch die Lehrerschaft wurde umgehend auf die Parteizugehörigkeit geprüft. So kam es zu zahlreichen Ausschlüssen.³⁰

Im April 1946 schlossen sich die beiden Arbeiterparteien, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die SPD, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen und im Mai darauf wurde das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ verabschiedet. In diesem waren wichtige Punkte bereits festgeschrieben, die auch in späteren Gesetzen der DDR erwähnt wurden. Darum sollen die Entwicklungen in der Übergangszeit vom Kriegsende bis hin zur Gründung der DDR das Schulwesen betreffend erläutert werden.

Das Gesetz von 1946 beinhaltete zunächst, welche Einstellungen im neuen Deutschland auf jeden Fall kein Auftreten mehr finden durften. Dazu zählten in erster Linie Militarismus, Imperialismus, Völkerverhetzung und Rassenhass. Weiters wurde das Recht auf Bildung für jeden Staatsbürger/jede Staatsbürgerin betont. Es gäbe keinen Unterschied zwischen Mädchen und Jungen, zwischen Lernenden aus der Stadt oder vom Land und auch nicht zwischen arm und reich. So wurde im weiteren Gesetzestext niedergeschrieben, dass „jedem Kind und Jugendlichen ohne Unterschied des Besitzes, des Glaubens oder seiner Abstammung die seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende vollwertige Ausbildung [ge]geben“³¹ werden sollte.

Ähnlich wie die Ideologen des Nationalsozialismus es forderten, wurde auch in der SBZ und später in der DDR das Volk als Gemeinschaft ins Zentrum gerückt, für welches man als Einzelperson sein Wissen und Können geben soll. Dabei wurden auch Verantwortungsfreudigkeit und das selbstständige Denken angestrebt, wobei Letzteres in beiden Diktaturen nur in begrenztem Maß erwünscht war.

³⁰ vgl. Befehl Nr. 40 der Sowjetischen Militärverwaltung vom 25. August 1945, In: Siegfried *Baske*, Martha *Engelbert*, *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands*. Dokumente. 1. Teil, 4.

³¹ *Baske, Engelbert*, *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands*. 1. Teil, 25.

Die Kommunisten grenzten sich durch ihre Forderung nach Humanität stark von den Nationalsozialisten ab, welche mit der „Rassenlehre“ eine völlig gegensätzliche Meinung vertraten. So schrieben die Vertreter des Kommunismus auch nieder, dass die Erziehung „im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie“³² stattfinden sollte. Diese Ansicht stand im völligen Gegensatz zu den Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung der Nationalsozialisten. Dass dies lediglich ideologische Ziele waren, die in der Realität nicht umgesetzt wurden, ist uns heute durchaus bekannt. Auch wenn es nie zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit anderen Völkern gekommen war, so war die Zeit des Kalten Krieges doch geprägt durch ein Wettrüsten, weswegen man in Bezug auf Ostdeutschland als Verbündeter der Sowjetunion keineswegs von einem „friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben“ sprechen kann.

Das Schulsystem während der Sowjetischen Besatzungszeit wurde im „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ als „demokratisches Schulsystem“ bezeichnet und es wurde festgelegt, dass Schüler und Schülerinnen beginnend mit dem Kindergarten bis hin zur Hochschule eine „demokratische Einheitsschule“ besuchen sollten. Um diesen Gemeinschaftssinn der Bevölkerung zu vermitteln, wurde im Schulwesen auf eine einheitliche Bildung für alle geachtet. Auch dieses Vorhaben lässt erkennen, dass die Gesamtheit des Volkes ohne Eliten große Bedeutung für die Kommunisten hatte.

Während der Besatzungszeit wurde der Grundstein gelegt, um das kommunistische Gedankengut in Ostdeutschland durchzusetzen und die ideologischen Entwicklungen auch in der Schule voranzutreiben.

Nach der Gründung der DDR im Mai 1949 wurden im August desselben Jahres die „Schulpolitischen Richtlinien für die deutsche demokratische Schule“ durch die SED erlassen. Dieser Beschluss wurde durch den Parteivorstand der Partei am 24. August gefasst. Am darauffolgenden Tag wurde die Resolution der schulpolitischen Kommission des 4. Pädagogischen Kongresses festgelegt. Die beiden Dokumente unterscheiden sich kaum voneinander und werden im Folgenden zusammengefasst betrachtet.

³² Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. 1. Teil, 25.

Zunächst wurde darin erklärt, dass man weiterhin an der „demokratischen Schulreform“ festhalten und diese weiterführen wollte. Aus den vier Jahren nach Kriegsende konnte man bereits Schlüsse aus der schulpolitischen Entwicklung ziehen und entscheidende Dinge im Gesetz festhalten. Dabei werden fünf Punkte abgehandelt:

- „I. Die politischen Grundaufgaben der deutschen demokratischen Schule“
- „II. Aufgaben und Charakter der deutschen demokratischen Schule in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung“
- „III. Die neuen Organisationsformen der deutschen demokratischen Schule“
- „IV. Rolle und Bedeutung des Lehrers in der demokratischen Schule als Lehrer des Volkes“
- „V. Wesen und Aufgaben der demokratischen Volksbildungsorgane und der demokratischen Organisationen beim Aufbau des demokratischen Schulwesens“³³

Die Grundaufgaben der Schule waren stark von der politischen Situation der Nachkriegszeit geprägt. Durch die unmittelbare Kriegserfahrung wurde der Erhaltung des Friedens besondere Beachtung geschenkt. Vor allem auf ein freundschaftliches Verhältnis mit der Sowjetunion wurde großer Wert gelegt. Aber auch die Etablierung der deutschen Nation als Einheit und die Festigung von demokratischen Werten wurden von der Partei als außerordentlich wichtig angesehen. Um diese Ziele zu erreichen und dauerhaft zu sichern, mussten sich Kinder und Jugendliche in der Schule die dafür nötigen Eigenschaften aneignen. Durch die genaue Aufzählung der Erziehungsaufgaben erkennt man abermals die große Bedeutung der Jugend für die Diktatur. Die Heranwachsenden sollten nach der Ausbildung dem neuen System gegenüber nicht nur positiv gestimmt sein, sondern sich auch für dessen Weiterbestehen einsetzen. So wurden folgende Worte in den Richtlinien niedergeschrieben:

„Der deutschen demokratischen Schule erwächst daraus die Aufgabe, in entscheidendem Maße die Jugend zu Kämpfern für die Einheit Deutschlands, einen gerechten Frieden und für ein

³³ Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. 1. Teil, 139ff.

*friedliches und freundschaftliches Zusammenleben der Völker, insbesondere mit der Sowjetunion, zu erziehen.*³⁴

Somit stachen bei den Grundaufgaben des Bildungswesens die enge Beziehung zur Sowjetunion, der Wunsch nach Frieden und das Nationalbewusstsein klar hervor.

Der zweite Punkt betraf Wirtschaft und Kultur, deren Florieren für die Sicherung der demokratischen Ordnung notwendig war. Dabei wurde angesprochen, was dafür vonnöten war: Der Zweijahresplan konnte nur erfüllt werden, wenn die Arbeitsproduktivität vermehrt wurde, was wiederum durch qualifiziertes Personal erreicht werden konnte, das in berufs-, aber auch allgemeinbildenden Schulen ausgebildet wurde. Somit hing das Bestehen des Systems schlussendlich von der Leistung der Ausbildungsstätten ab, von welchen vier Punkte gefordert wurden. Zum Ersten sollte das Leistungsniveau gehoben werden, wobei besonders auf eine antifaschistisch-demokratische Erziehung zu achten war und die Bildung möglichst allseitig sein sollte. Der zweite Punkt betraf den Nutzen für die Gesellschaft, indem von den Schülern und Schülerinnen eine „neue Sittlichkeit“ und „Arbeitsdisziplin“ gefordert wurde. Dazu wurde drittens von den Heranwachsenden erwartet, dass diese sich eine „neue Intelligenz“ aneigneten, damit sie sich in die neue demokratische Gesellschaftsordnung integrieren und diese aufrechterhalten konnten. Der letzte Aspekt richtete sich an das Erziehungspersonal, von welchem eine hohe fachliche Kompetenz und zudem ein politisches Bewusstsein verlangt wurde. Es wird deutlich, dass der Anspruch an die Jugendlichen hierbei vor allem auf die Entwicklung der Wirtschaft abzielte. Die Heranwachsenden sollten zu kompetenten Arbeitern ausgebildet werden, die für den neuen Staat einen ökonomischen Aufschwung und somit die Bewährung der DDR als eigenen, selbstständigen Staat in Europa gewährleisten sollten.

Der nächste Punkt im Beschluss beinhaltete die Organisation und den Aufbau der Schule, beginnend mit dem Kindergarten. Dieser sollte als Vorstufe zur Grundschule und eingegliedert in das gesamte Erziehungswesen zwei Funktionen haben: Unterschiede in der Entwicklung bedingt durch die soziale Herkunft sollten ausgeglichen und jedes Kind für die Schule vorbereitet werden. Des Weiteren sollte das Kindergartennetz ausgebaut werden, da vermehrt auch Frauen im Berufsleben tätig wurden.

³⁴ Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. 1. Teil, 139.

Die neuerdings achtjährige Grundschule sollte eine grundlegende Allgemeinbildung vermitteln und stand vor der Aufgabe, das Bildungsniveau zu heben. Vor allem die Landschulen sollten dabei eine Aufwertung erfahren.

In den Berufsschulen sollten Theorie und Praxis miteinander verbunden werden, wobei die Erfahrungen in Betrieben eine besonders wichtige Rolle spielten. Diese Schulen waren von da an eingegliedert in das System der demokratischen Einheitsschule und waren daher auch dafür zuständig, die Schüler und Schülerinnen allseitig auszubilden. Sie waren deswegen von besonderer Bedeutung, weil sie die Arbeitsproduktivität förderten und so zum Gelingen der Wirtschaftspläne beitragen sollten. Weiters wurden fünf Aufgaben der Berufsschulen aufgezählt: Erstens sollten alle Jugendlichen durch den Ausbau des Berufsschulnetzes erfasst werden. Zweitens sollte gewährleistet werden, dass alle eine Berufsausbildung erhielten. Weiters sollten vor allem Schulen mit industriellem und landwirtschaftlichem Schwerpunkt ausgebaut werden. Eine weitere Aufgabe stellte die Ausbildung des Lehrpersonals dar, welches seiner gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Arbeit gerecht werden sollte. Der fünfte Punkt beinhaltete schließlich, dass alle Schulen mit verschiedenen Ausbildungsschwerpunkten durch gemeinsame Lehrpläne miteinander verbunden werden sollten. So erfuhren die Jugendlichen eine allgemeine Berufsausbildung und konnten dann durch ergänzende Kurse ihren Schwerpunkt wählen.

Die letzte Schulstufe, die von den neuen Richtlinien betroffen war, war die Oberschule. Diese sollte von da an, unabhängig von der Klasse, jedem Jugendlichen zugänglich sein. Sie sollte die Allgemeinbildung intensivieren und für das Studium vorbereiten.

Im vierten Punkt wurde schließlich die Rolle der Lehrperson angesprochen. Diese musste fachliche Kompetenz besitzen und was noch entscheidender scheint, die Ideologie des Marxismus-Leninismus und die Interessen der Partei vertreten. Dabei sollte der Lehrer/ die Lehrerin zum „Freund der Sowjetunion“ werden, was abermals die enge Verbindung zwischen den kommunistischen Ländern unterstrich.

Der letzte Punkt der Schulpolitischen Richtlinien beschäftigte sich mit den Aufgaben der Organe der Schulverwaltung. Es wurde zunächst klargestellt, dass es sich bei der demokratischen Einheitsschule nicht mehr um eine staatliche

Institution, sondern um eine Schule des Volkes handelte, die nur den Interessen der Öffentlichkeit diene. Dabei wurde die Wichtigkeit der außerschulischen Organisationen betont, die durch ihre Tätigkeiten die Schule in ihrer Arbeit unterstützten.

Dieser Beschluss der Partei, welcher auch von der Kommission aufgenommen wurde, unterstrich ganz klar die Erziehungsziele, die man zu erreichen versuchte. Die Kinder und Jugendlichen sollten die demokratischen Werte aufnehmen und so zu einem Träger des Marxismus-Leninismus werden. Sie sollten im Sinne des Volkes handeln und dazu beitragen, die wirtschaftlichen Ziele des Staates zu erreichen.

2.5. Die Charakteristika der Erziehung in beiden Diktaturen

Die wichtigsten Erziehungsgrundsätze Adolf Hitlers, wie er sie in „Mein Kampf“ beschrieb, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Einzelne war nur als Teil des gesamten deutschen Volkes wichtig, indem er ein Teil der Volksgemeinschaft wurde und bereit war, Opfer für diese zu bringen und seine eigenen Bedürfnisse hinten anzustellen. In der Erziehung waren vor allem die körperliche Ausbildung und die Charakterbildung entscheidend, wobei die Formung eines kräftigen Körpers für den Diktator die zentrale Rolle einnahm. Das bloße Wissen wurde als unwichtig erachtet. Lediglich der Geschichtsunterricht erschien Hitler als notwendig, um das Nationalbewusstsein zu fördern und die politische Aktivität der Jugendlichen anzuregen.

Betrachtet man die Erziehungsgrundsätze Hitlers, wird deutlich, dass diese stark mit der Vorbereitung für den Krieg in Zusammenhang standen. All die Aussagen der Pädagogen zur Erziehung der Jugendlichen stellten Maßnahmen dar, die für den Krieg getroffen werden mussten. So sei zunächst die Bedeutung des Sportunterrichts erwähnt, die Hitler vor alles andere stellte. Ebenso sind die Charakterzüge Opferbereitschaft, Mut und Gehorsam Eigenschaften, die von jungen Soldaten erwartet wurden. Klar erkennbar werden die Absichten der Nationalsozialisten, wenn man die Erziehungsziele von Hans Schemm betrachtet, welcher Todesbereitschaft und Vaterlandsliebe in den Mittelpunkt rückte. In „Mein Kampf“ zählte Hitler außerdem mehrere Missstände aus dem Ersten Weltkrieg auf,

deren Wiederholung verhindert werden mussten. Die Vorbereitung für einen erneuten Krieg konnte nicht abgestritten werden und stand an zentraler Stelle, wenn man sich mit den Bildungsidealen der Protagonisten des Nationalsozialismus auseinandersetzt.

Die Kriegsbereitschaft und die Liebe zum Vaterland waren Erziehungsziele, die bereits vor dem Nationalsozialismus in der Weimarer Republik von großer Bedeutung waren. Die Erziehung im Nationalsozialismus wies jedoch Punkte auf, die nur diese Zeitperiode sich zu eigen machte. Zum ersten sei das neue Herrschaftsverhältnis erwähnt, welches nicht nur die Heranwachsenden, sondern die gesamte Bevölkerung betraf. Adolf Hitler hatte es geschafft, sich selbst zum „Führer“ des Deutschen Reiches zu machen und dabei ein ganzes Volk zum Gehorsam zu erziehen. Durch das „Führerprinzip“ und die entscheidende Rolle der NSDAP kam es zu einem Wandel in der Bedeutung der Erziehungsinstanzen.³⁵ Entscheidende Veränderungen traten vor allem bei der Rolle der Familie auf. Die Erziehung im nationalsozialistischen Staat wurde hauptsächlich von der NSDAP geleitet, wobei die Hitlerjugend und der Bund Deutscher Mädchen vor der Schule und der Familie die entscheidende Erziehungsinstanz darstellten. Die Partei wollte das Zepter nicht aus der Hand geben und selbst die Verantwortung für die Beeinflussung der Heranwachsenden übernehmen.³⁶ Ihr Ziel war es, so stark auf die Kinder einzuwirken, dass sie die ideologischen Werte der Partei ihr Leben lang teilten und auch nach außen hin vertraten, wie Frick in seiner Rede vor dem Kultusministerium betonte.³⁷ Die Nationalsozialisten wussten um die große Bedeutung der Jugend für die Durchsetzung und Weiterverbreitung ihrer Ideale. Das bekannte Zitat Adolf Hitlers aus seiner Rede in Reichenberg im Dezember 1938 zeigt sehr deutlich, wie der Diktator die Rolle der Kinder und Jugendlichen in seinem Reich einstuft:

„Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln und wenn diese Knaben mit zehn Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort zum ersten mal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend, und dort behalten wir sie

³⁵ vgl. Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 36.

³⁶ vgl. Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 35.

³⁷ vgl. Gamm, Führung und Verführung, 73.

wieder vier Jahre. Und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder die SS, in das NSKK und so weiter. Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre, und wenn sie nach zwei oder drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter, und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben.“³⁸

Gerade durch diese vielzitierten Worte wird die Rolle der Partei in der Erziehungsarbeit ersichtlich. Es fand eine starke Beeinflussung zunächst durch Jugendorganisationen und später dann durch die Tätigkeit in der Wehrmacht und anderen parteilichen Institutionen statt. Die Familie und die Schule waren für Hitler gar nicht als Erziehungsinstanzen vorgesehen. Vielmehr betonte er, dass alleine die Partei dafür verantwortlich sei und man die Prägung der Kinder und Jugendlichen nicht den „alten Klassen- und Standeserzeuger[n]“ überlassen sollte. Die geänderte Rolle der Familie und Schule war eines der hervorstechendsten Charakteristika der nationalsozialistischen Erziehung.

Und schließlich war neben dieser Neuerung die Rassenlehre die große Eigenheit der Erziehung im Nationalsozialismus. Hitler wollte für das deutsche Volk einen eigenen Nationalstaat errichten, um das Volk unter dem Führer zu vereinen. In diesem Zusammenhang entwickelte er seine Ansichten zur überlegenen Rolle der „arischen Rasse“.³⁹ Somit sollte den Kindern und Jugendlichen die Bedeutung ihres Blutes bewusst gemacht werden und dadurch einer Vermischung mit anderen Völkern vorgebeugt werden, welche zur Wertsenkung der deutschen Rasse führen würde. Zu den „Volksschädlingen“ zählten vor allem Juden und Zigeuner, welche

³⁸ Böhme, Hamann, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 33.

³⁹ vgl. Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 40.

die Ausgrenzung seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten immer deutlicher zu spüren bekamen und schließlich systematisch vernichtet wurden.⁴⁰

In der Schule kam das rassistische Denken besonders durch das neue Unterrichtsfach „Rassenkunde“ zum Ausdruck. Inwieweit eine Indoktrination des Rasseverständnis erfolgte, hing in erster Linie von den Lehrpersonen ab, da diese die nationalsozialistischen Werte vermitteln sollten. Hitler wusste um die große Bedeutung der Kinder und Jugendlichen im Zusammenhang mit der „Erhaltung des Arischen Blutes“. Es war wichtig für den Staat, dass diese die „Rassenhygiene“ achteten und nach deren Regeln lebten. Deswegen wurde auch für die Schule festgelegt, dass die ideologischen Ziele der Nationalsozialisten im Unterricht verfolgt werden sollten, was außerdem auch Ausdruck im Ausschluss der nichtarischen Schüler und Schülerinnen aus diesem fand.⁴¹

In der DDR war es die Partei, die für die schulische Entwicklung zuständig war und die Vorschriften für Pädagogen und Lehrpersonen vorgab. Diese ideologischen Vorgaben waren eng mit jenen aus der Sowjetunion verbunden und basierten schlussendlich auf den Idealen von Karl Marx und Friedrich Engels. Diese beschäftigten sich mit Erziehungsfragen vor allem vor 1844. Sie erkannten, dass die Gesellschaft in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielte, da die ökonomische Situation, die Arbeitsteilung, die unterschiedlichen Überzeugungen der Klassen und der Stand von Kultur und Wissenschaft Einfluss auf die Erziehung im Staat nahmen. Im Gegenzug sahen Marx und Engels diese als erheblich wichtig für die Entwicklung des Staates an.⁴²

Die Trennung von Schule und Kirche war zudem ein wichtiger Aspekt, den man im Idealstaat der beiden Gesellschaftstheoretiker umsetzen musste. Auch der Staat sollte seine Funktion als Erziehungsorgan lediglich darauf beschränken, Gesetze zur Schulbildung zu entwerfen und deren Umsetzung zu kontrollieren. Für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen und deren Ausbildung sollten schließlich erfahrene Pädagogen zuständig sein.⁴³

Ihre Ansichten von Bildung und Erziehung waren außerdem stark von ihrer Ideologie betreffend den Klassenkampf geprägt. Die Klassengesellschaft hielten sie

⁴⁰ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 34.

⁴¹ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 32.

⁴² vgl. P.N. *Grusdew*, Marx/Engels über Erziehung und Bildung (Berlin 1960), 18.

⁴³ vgl. *Grusdew*, Marx/Engels über Erziehung und Bildung, 38.

für die Erziehung hinderlich. Sie forderten eine gleiche Schulbildung für alle und unterstellten dem Bürgertum, dass dieses dem Proletariat die Bildung vorenthielt, um dieses weiterhin unterdrücken zu können. Marx und Engels sahen darin auch das Scheitern der Revolution 1848 begründet.⁴⁴

Der Unterricht selbst sollte nach Marx und Engels sehr praxisbezogen sein. Für sie spielte eine polytechnische Ausbildung eine große Rolle. Marx forderte, dass der Unterricht mit der Arbeit verbunden werden sollte. Dabei stellte er sich vor, dass in der Schule die Theorie über den Produktionsprozess gelehrt und dieses angeeignete Wissen in der praktischen Ausbildung angewendet werden sollte.⁴⁵

Die Vorstellungen von Marx und Engels bezüglich Bildung und Erziehung spiegelten sich in vielen Aspekten der Schule in der DDR wider, die somit auch die wichtigsten Merkmale der sozialistischen Schule darstellten. So sei vor allem der Schwerpunkt, der auf eine polytechnische Bildung gelegt wurde, genannt. Diese erfuhr auch in Ostdeutschland eine Aufwertung, indem am Anfang der 60er-Jahre die praktische Arbeit in Form einer polytechnischen Ausbildung Teil des Unterrichts wurde. Doch schon 1959 durch die Einführung der „zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“ wurde das Schulsystem in der DDR dem der Sowjetunion immer ähnlicher. Die Berufsausbildung der Schüler und Schülerinnen wurde immer mehr durch die Partei überwacht und gelenkt. Dies passierte weniger aus ideologischen, als aus ökonomischen Gründen. Aufgrund wirtschaftlicher Ursachen erfuhren die technischen Fächer und die mathematische Ausbildung größere Bedeutung, was außerdem durch Wettbewerbe nochmals verstärkt werden sollte.⁴⁶

Entscheidend für den beruflichen Erfolg war die Teilnahme an außerschulischem Unterricht. Durch die Vereinheitlichung des Systems passierte es immer mehr, dass man sich an der Leistung der Schwächeren orientierte und somit der Unterricht in der Schule einen Niveauverlust erfuhr. Um die fachliche Entwicklung wieder voranzutreiben wurden Spezialistenlager, Schüलगemeinschaften, Schülerakademien und Ähnliches gegründet. Die Mängel der Schule sollten so ausgeglichen und Begabungen der Jugendlichen gefördert werden. Die Familie

⁴⁴ vgl. *Grusdew*, Marx/Engels über Erziehung und Bildung, 19.

⁴⁵ vgl. *Grusdew*, Marx/Engels über Erziehung und Bildung, 42.

⁴⁶ Jutta *Chalupsky*, Achim *Hoffmann*, Lernen in der Schule. Zum Verhältnis von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Angeboten in ostdeutschen Schulen, In: Peter *Büchner*, Heinz-Hermann Krüger (Hg.), *Aufwachsen hüben und drüben* (Opladen 1991), 149f.

verlor durch diese Entwicklung immer mehr an Bedeutung, da die Zeit außerhalb der Schule zunehmend vom Staat vorgegeben wurde und die Teilnahme am außerschulischen Lernen für den beruflichen Werdegang notwendig wurde.⁴⁷

In der DDR wollte man von Anfang an Chancengleichheit für alle sozialen Schichten, egal welcher Herkunft, mit welchem Bekenntnis und welchen Geschlechts erreichen. Die Erziehung zum Sozialismus sollte in einer neuen Einheitsschule stattfinden. Es stellte sich jedoch heraus, dass bei dieser vor allem Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt wurden. Genauso hoch wie der Anteil der Arbeiter und Bauern in der Gesamtbevölkerung, sollte auch der prozentuelle Anteil dieser Gesellschaftsschicht an den Hochschulen sein. Durch speziell eingerichtete Arbeiter- und Bauernfakultäten, die der Förderung dieser Kinder dienen sollten, konnte die Zahl der Studierenden unter ihnen schon in den ersten zehn Jahren beträchtlich erhöht werden.⁴⁸

Auch bezüglich der Religion wurden in der DDR die Ansichten von Marx und Engels geteilt. Die Führungspartei mischte sich größtenteils nicht in die Glaubensfrage ein. Bezüglich des Religionsunterrichts wurde festgelegt, dass dieser nicht in der Schule stattfinden sollte, sondern Sache der Religionsgemeinschaften wäre. Im „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 2. Dezember 1959 wurde festgehalten, dass einzig und allein der Staat für die Erziehung in der Schule verantwortlich ist, was ganz im Sinne von Marx und Engels war.⁴⁹

Bei diesen Betrachtungen wird deutlich, dass vor allem die Wirtschaft starken Einfluss auf die Erziehung und Ausbildung der Heranwachsenden nahm. Lehrpersonen wurden dazu aufgefordert, eine Kartei anzulegen, in welcher festgehalten wurde, welchen Beruf die Schüler und Schülerinnen einer Klasse erlernen wollten. Dieser Berufswunsch wurde durch Gespräche umgelenkt, sollte er nicht zu den Bedürfnissen des Staates passen. Es wurden nur jene Lehrstellen besetzt, die für den Staat günstig waren. Die Partei überwachte außerdem, wie viele Jugendliche zum Abitur geführt wurden, um später auf einer Hochschule zu studieren. Die individuellen Leistungen der Schüler und Schülerinnen und vor

⁴⁷ vgl. *Chalupsky, Hoffmann*, Lernen in der Schule, 149ff.

⁴⁸ vgl. Günter *Dresselhaus*, Das deutsche Bildungswesen zwischen Tradition und Fortschritt – Analyse eines Sonderwegs (Münster 1997), 183f.

⁴⁹ vgl. Siegfried *Baske*, Martha *Engelbert* (Hg.), Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. 2. Teil. 1959-1965 (Berlin 1966), 58.

allem deren Interessen spielten dabei kaum eine Rolle. Es wurde lediglich darauf geachtet, welche Arbeiter und Arbeiterinnen der Staat brauchte, um diesen ökonomisch voranzutreiben. Das Individuum erfuhr dabei keine Beachtung. Die frühen Gespräche zwischen Lehrpersonen und Lernenden waren somit von großer Bedeutung, da sie dem Zweck dienten, die Interessen der Schüler und Schülerinnen mit jenen des Staates abzustimmen. Den Jugendlichen wurde eingebläut, dass es wichtig sei, die eigenen Bedürfnisse hinten anzustellen und dem Vaterland zu dienen. Dieses Handeln sollte sie mit Stolz erfüllen.⁵⁰

Die ideologischen Ziele der deutschen demokratischen Schule wurden durch die Sowjetunion beeinflusst und letztendlich von Marx und Engels vorgegeben. Es waren vor allem ihre Vorstellungen, die sich in den Gesetzen für die Schule widerspiegelten. Nach der Verdrängung des Nationalsozialismus aus der Gesellschaft stand ein einheitliches Schulsystem für alle, das Theorie und Praxis miteinander verband, an oberster Stelle. Es wurde jedoch dargelegt, dass nicht allein die Ideologie für die Erziehungsziele entscheidend war, sondern dass das gesamte Schulsystem stark von ökonomischen Faktoren bestimmt wurde.

⁵⁰ vgl. *Dresselhaus*, Das deutsche Bildungswesen zwischen Tradition und Fortschritt, 191f.

3. Die Organisation des Schulsystems

Um das Bildungswesen der beiden großen Diktaturen im 20. Jahrhundert analysieren zu können, müssen deren Aufbau und Organisation genau in Betracht gezogen werden. Dazu gehören zunächst die bildungspolitischen Akteure und der Aufbau des Schulsystems. Die Entwicklung des Schulaufbaus in der jeweiligen Diktatur und die verschiedenen Schulformen, die in dieser Zeit bestanden, sollten dabei Beachtung finden. Außerdem sollten die außerschulischen Organisationen näher beleuchtet werden. Sie hatten als zusätzliche Erziehungsinstanz Einfluss auf das Schulsystem und sollten deswegen nicht außer Acht gelassen werden.

3.1. Bildungspolitische Akteure

Mit den „bildungspolitischen Akteuren“ sind jene Personen gemeint, die für die Umsetzung der ideellen Vorgaben der Diktatur in der Schule und somit für das Schulwesen verantwortlich waren. Das heißt, es sollen die Aufgaben und Funktionen der Instanzen erläutert werden, die aus den Forderungen des Diktators bzw. der Partei konkrete Aufgabenstellungen formulierten, die schließlich die einzelnen Schulen mit ihrem Lehrpersonal erreichten.

Im nationalsozialistischen Deutschland war in jedem Bereich des Staates, sogar in jedem Bereich des Lebens die Meinung des Diktators Adolf Hitler vorherrschend. Er teilte seine Vorstellungen dem Volk mit und hatte schließlich Anhänger, denen er sein Vertrauen schenkte und die seine Ideale in die Tat umsetzten. So war es auch im schulischen Bereich der Fall. In „Mein Kampf“ tat er ganz klar seine Meinung zum Thema „Erziehung“ kund. Die Heranbildung der Jugendlichen zu überzeugten Nationalsozialisten war für ihn von zentraler Bedeutung, weswegen er in seiner Propagandaschrift sehr ins Detail ging, was die Jugendarbeit anbelangte.

Die Schulpolitik musste nun nach den Vorgaben des Diktators geführt werden. Parteimitglieder stützten die Ansichten Adolf Hitlers und führten sie weiter aus, wie der Reichsinnenminister Wilhelm Frick als Politiker, Ernst Kriek und Alfred Baeumler als Pädagogen oder auch der Reichsjugendführer Baldur von Schirach in seiner Jugendarbeit. Sie entwickelten die Ideologie ihres „Führers“ weiter und waren somit mitverantwortlich für die nationalsozialistische Erziehung. Bis 1. Mai

1934 war das Reichsinnenministerium unter Wilhelm Frick für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen zuständig. Mit seiner Rede vor den Kultusministern der Länder im Jahr 1933 unterstützte er Hitlers Ansichten und sorgte für die Wegbereitung der neuen nationalsozialistischen Schule.⁵¹

Ohne diese begeisterten Anhänger wäre die Umsetzung der Bildungsideale Hitlers wohl nicht möglich gewesen. Er selbst ernannte 1934 Alfred Rosenberg zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“, welcher die Erziehung im nationalsozialistischen Sinne durch seine Werke und öffentliche Reden stützte.

Im selben Jahr wurde das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gegründet. Diese Institution sollte ein einheitliches Erziehungs- bzw. Schulwesen im ganzen Reich gewährleisten und somit die Kontrolle über die vermittelte Weltanschauung erleichtern. Als Reichserziehungsminister wurde Bernhard Rust eingesetzt, welcher seit 1925 Mitglied der NSDAP war. Zuvor war er preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und außerdem Gauleiter von Hannover-Süd gewesen.⁵²

Das Reichserziehungsministerium spielte jedoch oftmals eine untergeordnete Rolle in der Erziehungsarbeit im Dritten Reich und es kam immer wieder zu „Kompetenzstreitigkeiten“⁵³ zwischen dem Minister Bernhard Rust und anderen Nazigrößen, die in der Jugendarbeit eine bedeutendere Rolle spielten. Genannt seien Alfred Rosenberg, welcher außerhalb des Ministeriums an seinen Erziehungsgrundsätzen arbeitete, Baldur von Schirach, der als ehrgeiziger Reichsjugendführer mit dem Gedanken spielte, ein eigenes Ministerium aufzubauen, Philipp Bouhler, der die Schulbuchproduktion beaufsichtigte sowie der Reichsminister Martin Bormann.⁵⁴

Zu einer größeren Auseinandersetzung kam es auch mit Robert Ley, dem Führer der Deutschen Arbeitsfront. Dieser verfasste im Jänner 1937 einen Antwortbrief an den Reichserziehungsminister und zeigte sich empört über die Anschuldigungen, die gegen ihn vorgebracht wurden. In seinem Schreiben wies er

⁵¹ vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 73ff.

⁵² vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 125f.

⁵³ vgl. Karl Christoph *Lingelbach*, Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland (Frankfurt am Main 1987), 14.

⁵⁴ vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 125f.

Bernhard Rust ganz klar in seine Schranken. Er gab ihm deutlich zu verstehen, dass die Parteischulen, also die Adolf-Hitler-Schulen und auch die nationalsozialistischen Ordensburgen nicht die Angelegenheit des Reichserziehungsministeriums waren und zum Schluss formulierte er noch ganz allgemein: „Zusammenfassend stelle ich fest, daß dein Brief [...] auch sachlich völlig unverständlich ist, da Dich die ganze, völlig parteieigene Angelegenheit als Reichserziehungsminister absolut nichts angeht.“⁵⁵

Dieser Brief ist ein Beispiel für die Uneinigkeit im Bereich der Erziehung im Nationalsozialismus. Die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Dritten Reich wurde von verschiedenen Seiten betrieben und so waren auch die Theorien, die vertreten wurden, unterschiedlich. Somit entsteht ein völlig neues Bild von der Erziehungswirklichkeit unter Hitler. Es war keineswegs eine geschlossene, homogene Institution, die sich um Bestimmungen, Erlässe und Gesetze zur Erziehung kümmerte. Die Partei hatte ihrerseits die Kontrolle über die Eliteschulen und die Freizeitgestaltung der Jugend in den parteieigenen Organisationen, was das Reichserziehungsministerium in seiner Arbeit einschränkte.

Außerhalb des Ministeriums gab es den oben schon erwähnten Baldur von Schirach, der ab 1933 als Reichsjugendführer fungierte. Dieses Amt behielt er bis 1940 und wurde danach Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien. Er wollte alle Jugendlichen in der Hitlerjugend bzw. im Bund Deutscher Mädel erfassen. Auch von Schirach stand im Konflikt mit dem Reichserziehungsminister. Kinder und Jugendliche konnten an Samstagen dem Unterricht in der Schule fern bleiben, sollte ein Treffen der Hitlerjugend stattfinden. Bernhard Rust wurde dazu gezwungen, Rücksicht auf die Jugendorganisationen zu nehmen.

Diese parteilichen Apparate hatten demnach erheblichen Einfluss auf das Schulwesen und deswegen galten die Leiter dieser Organisationen auch als mitverantwortlich für die Schulentwicklung. Warum der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel so große Beachtung geschenkt wurde, hängt damit zusammen, dass sie unter der Parole „Jugend führt Jugend“ die Heranwachsenden im Reich mehr ansprach. Somit waren diese Organisationen besser zur

⁵⁵ *Gamm*, Führung und Verführung, 134.

Indoktrination geeignet und wurden demnach von Seiten der Partei auch mehr gefördert.⁵⁶

Als „Schulentwickler“ galten auch die Pädagogen, die sich intensiv mit der Erziehung im Sinne des Nationalsozialismus beschäftigten und versuchten, die Gedankengänge Hitlers bestmöglich weiterzuführen. Viele Pädagogen wie Herman Nohl, Theodor Litt oder Eduard Spranger ergaben sich nicht den Leitsätzen der Nationalsozialisten und verfolgten ihre eigenen Ansichten, weswegen sie im Dritten Reich keine Erfolge feiern konnten, sondern sogar in Gefahr gerieten. Aufstrebend waren nur jene, die der nationalsozialistischen Ideologie folgten und folglich als „linientreue“ Pädagogen galten.⁵⁷ Hier seien vor allem Alfred Baeumler und Ernst Kriek erwähnt.

Alfred Baeumler war unter Alfred Rosenberg als „Amtsleiter des Amtes Wissenschaft des Beauftragten des Führers für die Überwachung der geistigen Schulung der NSDAP“ tätig. Er veröffentlichte zahlreiche Schriften, deren Inhalte und Aussagen stets der Weltanschauung der Nationalsozialisten entsprachen. Hans-Jochen Gamm bezeichnete ihn als Opportunisten, welcher das Ziel verfolgte, in die „geistige Führungsschicht der Nation“⁵⁸ aufzusteigen. Ab 1933 lehrte er an der Universität Berlin Philosophie und Politische Pädagogik.⁵⁹

Ernst Kriek galt als der bedeutendste Pädagoge im nationalsozialistischen Deutschland. Er war bereits vor 1933 Mitglied der Partei und unterstützte Hitler mit seinen Schriften zur Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Das Individuum spielte für ihn keine Rolle. Die Gemeinschaft und der Dienst für den Staat erschienen ihm wichtiger, als die Entwicklung unterschiedlicher Persönlichkeiten. So stärkte auch er die Idee des totalen Erziehungsstaates, in welchem das gesamte Leben der Bevölkerung auf die Absichten des Staates ausgerichtet sein sollte. Kriek wirkte ab 1934 an der Universität in Frankfurt und verfasste von 1936-1938 sein zentrales Werk „Völkisch-politische Anthropologie“.⁶⁰

Für die Lehrpersonenausbildung und somit ebenfalls für die Schulentwicklung im Dritten Reich war das Deutsche Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht von

⁵⁶ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 35.

⁵⁷ vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 91.

⁵⁸ *Gamm*, Führung und Verführung, 92.

⁵⁹ vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 92.

⁶⁰ vgl. *Gamm*, Führung und Verführung, 95f.

Bedeutung. Dieses stand unter der Leitung von Rudolf Benze, der ebenfalls seine Erziehungstheorien niederschrieb.⁶¹ Er vertrat eine radikale Ansicht, was die Rolle der Erziehungspersonen anbelangte. Die Familie sei für die Entwicklung der Kinder völlig unbedeutend und nur der Staat und die Partei hatten diese Funktion zu übernehmen.⁶²

Dazu gab es im Dritten Reich auch Länderkultusministerien, Schulaufsichtsbehörden und Schulämter, die auch einen Beitrag zum Bestehen der nationalsozialistischen Schule leisteten. Die Erlasse für Schultypen, Lehrpläne, Lehrer- und Lehrerinnenausbildung und Lehrmittel wurden vom Reichserziehungsministerium herausgegeben. Diese mussten reichsweit eingehalten werden. Die Instanzen in den Ländern waren schließlich für die Umsetzung dieser verantwortlich.⁶³

In der DDR besaß eine Partei die uneingeschränkte politische Macht, wohingegen im Nationalsozialismus der Diktator Adolf Hitler der alleinige Machthaber war. Deshalb gestaltete sich in der DDR die Schulentwicklung grundlegend anders. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war zunächst von Wirren im Bildungswesen bestimmt. Nach Beendigung des Krieges 1945 wurde die „Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone“ auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration gegründet.⁶⁴

Im Jahr 1946 wurde das „Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule“ von einer „Einheitsschul-Kommission“ erlassen, die sich aus Experten zusammensetzte, welche von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung bestimmt wurden. Es wurde darin festgelegt, dass der Präsident des Landes die „Leitung und Aufsicht über alle Arten von Schulen und Erziehungsanstalten“⁶⁵ innehatte. Dabei musste an den Richtlinien, die von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung herausgegeben wurden, festgehalten werden. Unter dem Präsidenten standen die Volksbildungsämter der Kreise, deren Aufgabe es war, alle Erziehungsanstalten in ihrem Gebiet zu kontrollieren. Während dieser

⁶¹ siehe Rudolf Benze, *Erziehung im Großdeutschen Reich. Eine Übersicht über ihre Ziele, Wege und Einrichtungen* (Frankfurt am Main 1939).

⁶² vgl. Gamm, *Führung und Verführung*, 83f.

⁶³ vgl. Böhme, Hamann, *Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit*, 93

⁶⁴ vgl. Dresselhaus, *Das deutsche Bildungswesen zwischen Tradition und Fortschritt*, 182.

⁶⁵ Baske, Engelbert, *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands*. 1. Teil, 26.

Umwälzungsphase sollten diese Institutionen von Vertretern der Parteien unterstützt werden.⁶⁶

Ab der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war diese für die Entwicklung des Schulwesens in der DDR hauptverantwortlich. Die Partei sah die Bildungsarbeit als eine ihrer Hauptaufgaben an und drängte stark zur Vereinheitlichung des Schulsystems. In einem Aufruf des Parteivorstandes vom Anfang des Jahres 1947 wurde dementsprechend Folgendes festgehalten: „Aus allem ergibt sich, daß die Schulungs- und Bildungsarbeit nach wie vor zu den wichtigsten Gebieten unserer Partei gehört.“⁶⁷

Im Jahr 1950 wurde schließlich das Ministerium für Volksbildung in der DDR gegründet. Bis dahin wurde das gesamte Bildungswesen zentral geleitet, zunächst durch die Zentralverwaltung für Volksbildung und anschließend für kurze Zeit noch vom Ministerium. Mit der Gründung der Betriebsberufsschulen, die wirtschaftlichen Zwecken dienten, musste die Leitung dieser jedoch abgetreten werden. Und zwar wurde 1951 das Staatssekretariat für Berufsbildung ins Leben gerufen, das fortan wirtschaftspolitische Ziele verfolgte. Auch für das Hochschulwesen wurde im selben Jahr eine eigene Behörde gegründet.⁶⁸

Eine weitere Institution, die für die allgemeine Schulbildung und die Lehrerausbildung zuständig war, war das 1949 gegründete Deutsche Pädagogische Zentralinstitut. Dieses war dem Ministerium unterstellt und wurde 1970 in Akademie der Pädagogischen Wissenschaften umbenannt. Im Bereich der Berufsbildung wurde 1950 das Deutsche Zentralinstitut für Berufsbildung ins Leben gerufen. Im Jahr 1973 wurde es in das Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR umgewandelt. Dieses unterstand dem Staatssekretariat. Daneben gab es auch noch entsprechende Institutionen für das Hoch- und Fachschulwesen. Die Verwaltung des gesamten Bildungswesens war somit ab 1951 dreigeteilt in das Ministerium für Volksbildung, das Staatssekretariat für Berufsbildung und das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Entscheidend für das Schulwesen war

⁶⁶ vgl. *Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands*. 1. Teil, 26f.

⁶⁷ *Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands*. 1. Teil, 48.

⁶⁸ vgl. *Waterkamp, Handbuch zum Bildungswesen der DDR*, 21f.

vor allem ersteres, aber auch die praxisnahe Ausbildung in den Berufsschulen sollte hier noch Beachtung finden.⁶⁹

Es waren jedoch nicht ausschließlich die staatlichen Organisationen, die Einfluss auf das Schulwesen hatten. Interesse an der Bildungspolitik äußerten auch Betriebe in Bezug auf eine praxisnahe Ausbildung, Gewerkschaften bezüglich der finanziellen Lage der Lernenden und die Freie Deutsche Jugend, welche als eigene Erziehungsinstanz anerkannt werden wollte.⁷⁰

Erwähnt werden sollten außerdem einige Institutsleiter, die sich intensiver mit der Erziehung und Pädagogik in der DDR beschäftigten. So sei zunächst Margot Honecker angeführt, die von 1963 bis 1989 Ministerin für Volksbildung war. Sie leistete einen maßgeblichen Beitrag zum „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“, welches im Februar 1965 in Kraft trat. Margot Honecker war es auch, die 1978 den Wehrunterricht in der 9. und 10. Klasse einführte.⁷¹ Ihr Engagement am Bildungswesen war groß und sie veröffentlichte selbst einige Schriften, in welchen sie sich mit der Schul- bzw. Bildungspolitik der DDR beschäftigte.⁷²

Gerhart Neuner war 19 Jahre lang, von 1970 bis 1989, der Präsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften der DDR. Er publizierte 1989 ein Werk zur Bildungspolitik und Bildungstheorie.⁷³ Durch seine lange Tätigkeit als Pädagoge in der DDR galt auch er als wichtige Persönlichkeit in der Entwicklung der Jugenderziehung. Der Vizepräsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, Karl-Heinz Günther arbeitete ebenfalls als Bildungshistoriker und war Mitherausgeber von einigen pädagogischen Schriften.⁷⁴

In beiden Diktaturen gab es eine Macht, die die Erziehungsideale formulierte und das waren in diesen beiden Fällen der Diktator Adolf Hitler während der Zeit des Nationalsozialismus und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der DDR. Dieser allgemein entscheidende Unterschied zwischen den beiden Diktaturen wirkte sich auch auf das Schulwesen aus.

⁶⁹ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 22.

⁷⁰ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 22f.

⁷¹ vgl. Ed *Stuhler*, Margot Honecker. Eine Biografie (Wien 2003).

⁷² siehe Margot *Honecker*, Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin 1986).

⁷³ siehe Gerhart *Neuner*, Allgemeinbildung (Berlin 1989).

⁷⁴ siehe Karl-Heinz *Günther*, Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin 1989).

Auffällig ist, dass Hitler mehr Pädagogen hinter sich hatte, die seine Vorstellungen von Erziehung weiter ausbauten. In der DDR wurden die Bestimmungen zur Volksbildung von einer Gruppe mehrerer Parteiangehöriger herausgegeben, von welchen jedoch kaum jemand sich intensiv und wissenschaftlich mit den Inhalten der Pädagogik auseinandersetzte. Lediglich Margot Honecker und Institutsvorstehende, wie Gerhart Neuner oder Karl-Heinz Günther, könnten in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Die „linientreuen“ Pädagogen im Nationalsozialismus spielten jedoch tatsächlich eine wichtige Rolle in der Verbreitung des nationalsozialistischen Gedankenguts. Krieck und Baeumler, welche am meisten hervorstachen, hielten ihre eigenen Überlegungen zum Thema Erziehung in ihren Werken fest. Neben ihnen waren jedoch auch noch Wilhelm Frick, Alfred Rosenberg, Baldur von Schirach und Hans Schemm Persönlichkeiten, die später als nationalsozialistische Erziehungstheoretiker galten. In der DDR griff man dagegen auf Karl Marx und Friedrich Engels zurück und übernahm deren Vorstellungen von Erziehung und Schule. Die beiden großen Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts und ihre Theorien beeinflussten die Erziehung in der DDR am stärksten.

Durch die Dreiteilung der Bildungsverwaltung in der DDR waren die Zuständigkeitsbereiche der jeweiligen Institution klar erkennbar. Es wurde an einem Strang gezogen, um ein Bildungssystem zu schaffen, das eine gemeinsame Ideologie zur Basis hatte. Im Nationalsozialismus hingegen kam es durch die unklare Definition der Schule und der Hitlerjugend als Erziehungsinstanzen zu Streitigkeiten, welche die Weiterentwicklung des nationalsozialistischen Schulwesens erschwerte.

Was in beiden Diktaturen betrieben wurde, war der Prozess der „Säuberung“ im Bereich der schulpolitischen Akteure. Diese Überprüfung der Beamten in den schulischen Behörden sowie der Lehrer und Lehrerinnen auf Parteizugehörigkeit, ideologische Einstellung und im Falle des Nationalsozialismus auch auf „Rasse“, erfolgte jeweils in der Phase der Herrschaftsübernahme. Dabei waren Machtsicherung und Machtausdehnung die Ziele, die angestrebt wurden. Jedoch gingen die Nationalsozialisten bei den „Säuberungen“ radikaler vor als die Kommunisten zwölf Jahre später.

Vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten waren in bereits vier Ländern des Deutschen Reiches (Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und

Oldenburg) NSDAP-Mitglieder in den Kultus- und Unterrichtsministerien vertreten. Falls Ämter nicht von Trägern der nationalsozialistischen Ideologie besetzt waren, wurden diese entlassen und die Stellen neu besetzt. Im Dritten Reich wurden jene Personen aus dem schulischen Bereich ausgeschlossen, die einer anderen Partei als der NSDAP angehörten oder lediglich nicht völlig hinter den ideologischen Werten des Nationalsozialismus standen. Weiters wurden Personen ausgeschaltet, die nicht der „arischen Rasse“ angehörten. Das neu eingesetzte Personal setzte sich also vorwiegend aus überzeugten Nationalsozialisten zusammen. Die angestrebte „Homogenisierung der Lehrerschaft und Schulaufsichtsbeamten“ war somit erreicht.⁷⁵

In der DDR war der Antifaschismus sehr stark ausgeprägt und einer der obersten Leitsätze der Sozialen Einheitspartei Deutschlands. Demnach versuchte man, alle ehemaligen Parteimitglieder der NSDAP aus dem Bereich der Bildung zu verdrängen.⁷⁶ Man muss jedoch berücksichtigen, dass die Entnazifizierung nicht in allen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone gleich verlief. In Thüringen zum Beispiel war die Tatsache, Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, nicht sofort ein Grund für eine Entlassung. Dort wurden lediglich die Spitzenposten, wie Rektoren neu besetzt. In Brandenburg und Mecklenburg griff man bei der Entnazifizierung härter durch. Hier reichte es Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, um ausgeschlossen zu werden.⁷⁷ Neben der Entlassung von Mitgliedern der NSDAP gab es noch die Möglichkeit ihrer Integration und gedanklichen Umorientierung. Dies war jedoch abhängig vom jeweiligen Land. Unter Adolf Hitler war nicht nur die politische Einstellung, sondern auch die „Rasse“ ein Entlassungsgrund.

Die Ausschlussverfahren erfolgten jeweils zu Beginn der Herrschaft, aber auch in den folgenden Jahren sollte das Personal, welches im schulischen Bereich tätig war, in beiden Diktaturen überwacht werden. Im Dritten Reich, wie in der DDR gab es Aufsichtsbehörden, die die vermittelten Lehrinhalte und den schulischen Ablauf kontrollieren sollten. Es war beiden Machthabern klar, dass die Schule ein Ort der Indoktrination für Kinder und Jugendliche war, weswegen der dortige Unterricht überwacht werden musste. Im Fall der DDR wurden diese als „Schulinspektionen“ bezeichnet, wobei es Kreis-, Bezirks- und Hauptschulinspektionen gab, die einem

⁷⁵ vgl. *Böhme, Hamann, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit*, 43ff.

⁷⁶ vgl. *Waterkamp, Handbuch zum Bildungswesen der DDR*, 369.

⁷⁷ vgl. *Nicole Dombrowski, Die Entnazifizierung in der SBZ unter besonderer Berücksichtigung des Lehrkörpers an Schulen und Universitäten (Berlin 2005)*, 9f.

Verantwortungsbereich zugeteilt waren.⁷⁸ Im Dritten Reich wurden der Schulablauf und das Personal ebenfalls von den staatlichen Behörden überprüft. Eine große Rolle spielte dabei der Nationalsozialistische Lehrerverband, welcher vor allem die Ausbildung und politische Einstellung der Lehrkräfte beobachtet. Auch unter Hitler wurde die Kontrolle der Schule auf verschiedene Ämter verteilt und es herrschte eine ständige Überwachung der verschiedenen Akteure im Schulwesen.⁷⁹

3.2. Das Schulsystem

In der DDR, aber auch in der vergleichsweise kurzen Zeit des Nationalsozialismus gab es viele Änderungen im Schulwesen. Diese betrafen auch den Schulaufbau, der in beiden Diktaturen am Beginn der jeweiligen Herrschaft völlig umstrukturiert werden sollte.

Als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen, verkündete Reichsinnenminister Wilhelm Frick, dass die deutsche Schule von Grund auf umgestaltet werden sollte. Für ihn war die Einheit des Volkes von großer Bedeutung, was er mehrmals betonte. Es wurde beabsichtigt, das System in Sinne des Nationalsozialismus umzugestalten, doch dieses Unterfangen war ein langwieriger Prozess. 1934 wurde das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eingerichtet, das in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft für Reformen im Schulsystem verantwortlich war.

Ab März 1936 stand die vierjährige Volksschule als Pflichtschule durch das Gesetz zum „Abbau der privaten Vorschulen und Vorklassen“ ohne Konkurrenz da. Diese Vereinheitlichung wollte man für den gesamten Schulablauf erreichen. Das Schulsystem existierte in seiner Form von 1937 an, als die „Richtlinien für den Unterricht in den vier unteren Jahrgängen der Volksschule“ bekanntgegeben wurden. Ab diesem Zeitpunkt bestand ein dreigliedriges Schulsystem mit Volksschulen, Mittelschulen und höheren Schulen. Nach den vier Jahren der

⁷⁸ vgl. Hans *Döbert*, *Das Bildungswesen der DDR in Stichworten. Inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlagen* (Berlin 1995), 16.

⁷⁹ vgl. Nele *Brüggemann*, Susan *Jäkel*, Tabea *Riemer*, *Schulinspektion – ein historischer Vergleich*, In: Matthias von *Saldern*, *Schulinspektion. Fluch und Segen externen Evaluation* (Norderstedt 2011), 57f.

unteren Volksschule hatte man die drei Wahlmöglichkeiten: Man konnte vier Jahre länger in die Volksschule gehen, die sechsklassige Mittelschule besuchen oder in eine achtklassige höhere Schule wechseln, welche es ab 1936 gab.⁸⁰ Im Juli 1938 wurde das Reichsschulpflichtgesetz erlassen, welches festlegte, dass die Schulpflicht mit acht Jahren Volksschule und drei Jahren Berufsschule erfüllt sei.⁸¹

Neben den staatlichen Schulen gab es auch noch die Eliteschulen für Kinder und Jugendliche, die besondere Leistungen erbrachten. Zum einen gab es die „Nationalpolitischen Erziehungsanstalten“ und zum anderen die „Adolf-Hitler-Schulen“. Diese wurden von der Partei unterstützt. Ganz im Gegensatz zu den katholischen Privatschulen, welche als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen galten. Man wollte deren Abbau erreichen oder sie verstaatlichen, doch dieser Prozess dauerte bis 1941. Auch Waldorfschulen waren im Dritten Reich unerwünscht. Sie wurden ebenfalls bis zum Jahr 1941 aufgelöst.⁸²

Die Vereinheitlichung des Schulsystems war das entscheidende Ziel des Reichserziehungsministeriums. Ab dem Jahr 1937 wurden mehrere Richtlinien und Neuordnungen herausgegeben, um dieses zu erreichen. Den Beginn markierte das oben schon erwähnte Gesetz zu den „Richtlinien für den Unterricht in den vier unteren Jahrgängen der Volksschule“. Nach diesem kamen immer mehr reichseinheitliche Richtlinien zu Stande. 1938 trat die „Neuordnung des höheren und des mittleren Schulwesens“ ein. Von 1938 bis 1939 wurden „Einführungserlasse zu den Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in den weiterführenden Schulen“ herausgegeben. Und im Dezember 1939 wurden schließlich die „Richtlinien für die Volksschule“ erlassen, welche die Richtlinien aus 1937 aufhoben und die letzte Maßnahme zur Vereinheitlichung darstellten.⁸³

Trotzdem gab es auch später noch Neuerungen im nationalsozialistischen Schulsystem. So entstanden im Dritten Reich ab Herbst 1940 Hauptschulen nach österreichischem Vorbild. Ab dem Schuljahr 1942/43 wurde dieser Schultyp flächendeckend eingeführt und trat so neben die sechsklassige Mittelschule.⁸⁴ Das

⁸⁰ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 91.

⁸¹ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 179.

⁸² vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 91f.

⁸³ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 93.

⁸⁴ vgl. Heinz *Schreckenberger*, Erziehung, Lebenswelt und Kriegseinsatz der deutschen Jugend unter Hitler. Anmerkungen zur Literatur (Münster 2001), 68.

Aufkommen der Hauptschule hatte keine große Bedeutung, wohingegen der herrschende Krieg das Schulsystem sehr stark beeinflusste und veränderte.

Die Schule stand plötzlich vor völlig anderen Aufgaben in ihrer Erziehungsarbeit. Die Arbeitskraft, die die Jugendlichen mitbrachten sollte anders genutzt werden und den Krieg unterstützen. Somit waren Schüler und Schülerinnen fortan in völlig anderen Bereichen beschäftigt. Die Heranwachsenden erledigten nun Arbeiten wie Altmaterialsammlungen, Erntehilfe oder Befestigungsbau. Die Lage wurde jedoch noch strenger, als ab Jänner 1943 die Jugendlichen nach der 9. Klasse als „Luftwaffenhelfer“ eingesetzt und ab 1944 sogar die Schüler ab der 8. Klasse zum Wehrdienst eingezogen wurden. Diese Tatsachen verschlechterten den Zustand des Schulwesens enorm, was das Reichsministerium wahrnahm und 1943 von der „Sicherung der Schulerziehung als kriegswichtige Aufgabe“ sprach. Durch den Mangel an Lehrpersonal und die häufigen Unterrichtsausfälle war ein normaler Schulbetrieb nahezu ausgeschlossen.⁸⁵

Hinzu kam die „Erweiterte Kinderlandverschickung“, die im September 1940 von Adolf Hitler angeordnet wurde. Kinder, die in durch den Luftkrieg gefährdeten Gebieten lebten, wurden evakuiert. Sie wurden in eigenen Lagern oder bei Gastfamilien untergebracht. Dies ging so weit, dass ab 1943 sogar ganze Schulklassen verschickt wurden und insgesamt ca. fünf Millionen Kinder ihre Heimat während des Zweiten Weltkriegs verlassen mussten. Der Schulbetrieb konnte dadurch nicht geregelt fortgesetzt werden, doch die Schüler und Schülerinnen wurden auch in den Lagern in unterschiedlichen Gegenständen unterrichtet. Jugendliche aus Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel sorgten außerhalb des Unterrichts für die Heranwachsenden.⁸⁶

Im Dritten Reich herrschte nach 1939 ein kriegsbedingtes Chaos im Schulsystem, welches das Reichserziehungsministerium bis Kriegsende nicht in den Griff bekam. Die Aufopferung für das Vaterland wurde in den Erziehungsgrundsätzen von Adolf Hitler bereits festgelegt und forderte nun ihren Tribut.

Dieser Einflussfaktor auf den Schulablauf blieb in der DDR völlig aus. Trotzdem kam es laufend zu Veränderungen im Schulsystem bis zur Wende 1989, wobei sich in den 80er-Jahren vor allem im Hochschulwesen Neuerungen ergaben.

⁸⁵ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 93f.

⁸⁶ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 94.

Als 1946 das „Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule“ beschlossen wurde, wurde festgelegt, dass es eine achtklassige Grundschule als Pflichtschule geben sollte. Die Klassen fünf bis acht galten als Oberschule, in welcher die Schüler und Schülerinnen eine Fremdsprache erlernten und mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht erhielten. Um eine Trennung zwischen den beiden Wahlmöglichkeiten, Berufsausbildung oder Oberschule nach der Grundschule zu erreichen, wurde in den Klassen sieben und acht ein „Kern-Kurs-System“ eingeführt. Dieses wurde jedoch bereits 1949 wieder abgeschafft. Von da an konnte man zur Vorbereitung für die Oberschule ab der 7. Klasse einen zusätzlichen Fremdsprachenunterricht besuchen.⁸⁷

Im Gegensatz zum Schulsystem von 1938 wurde nun die gesamte Schullaufbahn der Schüler und Schülerinnen von 13 auf zwölf Jahre gekürzt. Folglich wurde die Oberschule nur mehr von Klasse 9 bis 12 geführt. Beim Besuch der Oberschule hatte man die Wahlmöglichkeit zwischen drei verschiedenen Zweigen: dem mathematischen-naturwissenschaftlichen, dem neusprachlichen und dem altsprachlichen.⁸⁸

Zur Förderung der Berufsausbildung von Bauern- und Arbeiterkindern an den Schulen wurden 1949 Arbeiter- und Bauernfakultäten gegründet, die neben der Oberschule auch zum Hochschulstudium führen sollten. Da diese der Oberschule schlussendlich zu sehr glichen, wurden sie 1962 wieder geschlossen. Eine weitere Möglichkeit die Berufsausbildung an den Schulen voranzutreiben, waren die sogenannten „Zehnklassenschulen“, welche es nach 1950 gab. Diese sollten auf Fachhochschulen vorbereiten und weiter zum Hochschulstudium führen. Doch da sie dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig der Oberschule zu ähnlich waren, wurden sie wieder aufgelöst. Auch der Plan aus dem Jahr 1955 zur zehnklassigen Mittelschule mit polytechnischer Ausbildung wurde nicht umgesetzt.⁸⁹

Im Jahr 1958 entschied man sich schlussendlich für die „Zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule“. Diese stellte eine Schule bis zur 10. Klasse für alle dar und durch den polytechnischen Unterricht war auch die Berufsausbildung miteingeschlossen. Durch die praktische Ausbildung, die von

⁸⁷ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 98.

⁸⁸ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 99.

⁸⁹ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 99.

nun an in den schulischen Bereich fiel, musste auch im Ministerium für Volksbildung umstrukturiert werden und eine Abteilung für Berufsausbildung wieder einsetzen. Dies wurde jedoch 1966 wieder rückgängig gemacht.⁹⁰

Die bisherige Oberschule wurde von da an zur Erweiterten Oberschule für die Klassen 9 bis 12. Gleichzeitig wurde das Abitur als Voraussetzung für das Hochschulstudium festgelegt. Die Klassen 9 und 10 wurden somit parallel in der Zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule und der Erweiterten Oberschule geführt.⁹¹

Durch diese langjährige Schulzeit ergaben sich jedoch Probleme am Arbeitsmarkt, weswegen man 1962 beschloss, die berufliche Grundausbildung in die Zeit der zehnklassigen Oberschulbildung zu legen, damit die Zeit der Berufsausbildung um ein Jahr gekürzt werden konnte. Diese Entscheidung hatte zur Konsequenz, dass die Schülerzahlen für die Oberschule zurückgingen, da die Berufsausbildung so viel Zeit in Anspruch nahm. So wurde 1966 festgelegt, dass die Zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule die pflichtmäßige Schule für alle Schüler und Schülerinnen sein sollte. Die polytechnische Ausbildung erfolgte in den Klassen 7 und 8 für vier Wochenstunden und in den Klassen 9 und 10 für fünf Wochenstunden. Die Bestimmungen für den polytechnischen Unterricht wurden in den neuen Lehrplänen von 1967 festgelegt und sollte einer technischen Grundausbildung dienen.⁹²

Diese Entwicklung brachte mit sich, dass die Erweiterte Oberschule auf zwei Jahre verkürzt wurde, also auf die Klassen 11 und 12. Die Klassen 9 und 10 wurden zu Vorbereitungsklassen, die gleich wie die 9. und 10. Klasse der Oberschule geführt wurden, jedoch verpflichtend eine zweite Fremdsprache beinhalteten. Der Übergang in die Erweiterte Hochschule erfolgte trotzdem meist über die 9. und 10. Klasse der Oberschule. Darum wurde im Jahr 1969 ein neuer Lehrplan für diese herausgegeben, sodass sie sich nur mehr auf die Schulstufen 11 und 12 beschränkte. Es wurde wissenschaftlich-praktischer und fakultativer Unterricht eingeführt, was die Weiterführung der Ausbildung in einer Hochschule

⁹⁰ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 99f.

⁹¹ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 100.

⁹² vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 100f.

begünstigte. Von da an galt die Erweiterte Oberschule als Vorbereitung für ein Hochschulstudium.⁹³

Die ersten 14 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg kann man als Entwicklungsjahre des Schulsystems bezeichnen. Mit der Einführung der Zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule waren diese größtenteils abgeschlossen. Ab 1969 bestand das Schulsystem schließlich in seiner Form bis ins Jahr 1989.

Es herrschte eine 10-jährige Schulpflicht für alle, wobei die Oberschule in drei Stufen unterteilt war: in eine Unterstufe von Klasse 1 bis 3, eine Mittelstufe von Klasse 4 bis 6 und in eine Oberstufe von Klasse 7 bis 10. Die Erweiterte Oberschule führte schließlich zum Abitur und beinhaltete eine wissenschaftliche praktische Arbeit in Form des polytechnischen Unterrichts. Lediglich 12% der Absolventen der Oberschule durften die Erweiterte Oberschule besuchen. Diese wurden vom Direktor der Schule vorgeschlagen.⁹⁴

Neben diesem Bildungsweg für alle gab es außerdem Spezialschulen und Spezialklassen, die der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen dienten. In diesen Ausbildungsstätten konnte man die Oberschule abschließen oder sie führten auch zum Abschluss mit Hochschulreife.⁹⁵

Weiters gab es auch ein ausgereiftes Sonderschulwesen. Zu diesem zählten Sonderschulen für Kinder mit Behinderung, Vorschuleinrichtungen, Horte, Internate, spezielle Berufsschulen und sonderpädagogische Beratungsstellen. Es waren 2% aller Schüler und Schülerinnen, die eine Einrichtung des Sonderschulwesens besuchten. Diese erhielten dort eine an das Individuum angepasste Bildung. So gab es achtklassige allgemeinbildende polytechnische Hilfsschulen, zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Gehörlosenschulen und zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen. Viele dieser Kinder und Jugendliche genossen dort eine ganztägige Bildung und Erziehung in Internaten.⁹⁶

⁹³ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 100.

⁹⁴ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 25f.

⁹⁵ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 26.

⁹⁶ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 113ff.

In der DDR spielten auch außerschulische Einrichtungen eine wichtige Rolle für die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen. Diese ergänzten den schulischen Unterricht, dessen Niveau sich mit der Zeit immer mehr senkte. Sie wurden ab 1949 schrittweise aufgebaut und waren zunächst der Pionierorganisation oder der Freien Deutschen Jugend unterstellt, bis sie später zu den Abteilungen für Volksbildung zählten. Erst ab dem Jahr 1986 wurde klargestellt, welchem Zweck diese Einrichtungen dienten. Sie sollten über die schulische Bildung hinaus die Kinder und Jugendlichen fördern. Außerdem sorgten sie auch an den Wochenenden für die Freizeitgestaltung. Die Teilnahme an diesem außerunterrichtlichen Geschehen war kostenlos.⁹⁷

Da die praktische Ausbildung in der DDR sehr gefördert wurde, gab es spezielle Einrichtungen der Berufsbildung, die Teil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems waren. Nach der 10. Klasse der Oberschule konnten die Jugendlichen zwei Jahre lang eine Berufsausbildung machen, die sie schließlich mit einer Facharbeiterprüfung abschlossen. Dieses Zeugnis war die Voraussetzung für einen Besuch der Fachschule. Es war auch möglich, neben der Berufsausbildung die Hochschulreife zu erhalten, was jedoch ein weiteres Jahr, also drei Jahre, in Anspruch nahm. Wenn Jugendliche die Oberschule schon nach der 7., 8. oder 9. Klasse abbrachen, konnten sie eine dreijährige Berufsausbildung machen. So wurden sie zum Facharbeiter oder erreichten eine Teilberufsausbildung. Ein Lehrvertrag war für jede Berufsausbildung notwendig. Im Lehrplan der Berufsausbildung wurden der berufspraktische, der berufstheoretische und der allgemeinbildende Unterricht festgelegt. Weiters gab es noch Kommunale Berufsschulen, die von Lehrlingen besucht wurden, die mit Klein- oder Mittelbetrieben einen Vertrag abgeschlossen hatten.⁹⁸

Die Schulsysteme des Dritten Reichs und der DDR waren grundsätzlich sehr unterschiedlich aufgebaut. In beiden legte man zwar das Ziel der Vereinheitlichung fest, doch die Resultate wiesen bedeutende Unterschiede auf.

In beiden Diktaturen konnte ein einheitliches Schulsystem für alle geschaffen werden. Die Umsetzung dauerte in beiden Regimen lange und stellte sich als schwieriger Prozess heraus. Im Nationalsozialismus waren dabei die katholischen Schulen ein entscheidender Störfaktor, die Lücken im System darstellten. Die DDR

⁹⁷ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 16f.

⁹⁸ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 20.

musste nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst wieder Ordnung in den Schulablauf bringen.

Der Schulablauf in seiner dreigliedrigen Form wurde im Nationalsozialismus sehr schnell bestimmt und hatte fast von Anfang an bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Bestand. Anders sah dies im Fall der DDR aus. An dieser Stelle muss jedoch die kurze Zeit des Nationalsozialismus im Gegensatz zum vergleichsweise langen Bestehen der DDR betont werden. Außerdem spielte im Fall der DDR der vorangegangene Krieg ebenfalls eine große Rolle. Generell war der Schulaufbau in den beiden Regimen völlig unterschiedlich. Im Nationalsozialismus war das System dreigliedrig und in der DDR gab es lediglich einen Schultyp, der sich über 10 Schuljahre erstreckte.

Die beiden Schulsysteme hatten gemeinsam, dass sie stark von außerschulischen Einrichtungen beeinflusst wurden. Im Nationalsozialismus war es die Hitlerjugend, die ebenfalls einen Erziehungsauftrag auszuführen hatte und die zudem von der Partei viel mehr unterstützt wurde als die vom Reichserziehungsministerium unterstützte Schule. In der DDR waren es die Pionierorganisation und die Freie Deutsche Jugend, die das Schulsystem insofern beeinflussten, als dass sie den Schulunterricht ergänzten und so die Mängel der Schulausbildung auszugleichen suchten. Im Nationalsozialismus kam es jedoch zu negativen Spannungen zwischen dem Reichserziehungsministerium und der Hitlerjugend, die es in der DDR zwischen dem Ministerium für Volksbildung und der Freien Deutschen Jugend nicht gab.

Den größten Unterschied im Bestehen des Schulsystems markiert der Zweite Weltkrieg. Diese entscheidende Tatsache wird im gesamten Vergleich immer wieder auftauchen und eine große Divergenz zwischen den beiden Regimen darstellen. Dennoch übte ein und derselbe Krieg starken Einfluss auf beide Schulsysteme aus. Im Nationalsozialismus führte dieser zum völligen Chaos im Schulablauf und in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR mussten die Schäden dieses Krieges erst einmal behoben werden, bevor ein neues System aufgebaut werden konnte.

3.3. Außerschulische Organisationen

Die Hitlerjugend im Dritten Reich und die Freie Deutsche Jugend in der DDR waren Organisationen, die unabhängig vom Bildungswesen ins Leben gerufen wurden. Sie wurden sehr stark von der Partei gefördert, weil sie vor allem dazu dienten, die ideologischen Zielsetzungen zu verfolgen. Durch die intensive Arbeit, die im Nationalsozialismus und unter der kommunistischen Herrschaft die außerschulischen Organisationen leisteten, beeinflussten sie auch die Schulsysteme in gewisser Hinsicht und leisteten einen großen Beitrag zur Erziehung der Kinder und Jugendlichen.

Schon vor der Machtübernahme im Jahr 1933 führte die nationalsozialistische Partei eine Jugendbewegung ein. Der erste Versuch wurde bereits 1922 geführt, scheiterte jedoch am allgemeinen Verbot der Partei im Jahr darauf. Als diese neu gegründet wurde, kam es im Jahr 1926 durch die Initiative des Parteimitglieds Kurt Gruber zur Gründung der „Großdeutschen Jugendbewegung“, die später umbenannt wurde in „Hitler-Jugend“.⁹⁹

Die Hitlerjugend wurde 1933 gegründet. Sie umfasste das Jungvolk und die Jungmädels, sowie den Bund Deutscher Mädels. Im Jänner dieses Jahres wurde festgelegt, dass die Hitlerjugend die einzige Jugendorganisation im Dritten Reich sein sollte. Es wurde dabei ein „Totalitätsanspruch“ gestellt, der zwei Bereiche betraf: Man wollte zum einen die gesamte deutsche Jugend erfassen und zum anderen die gesamte Lebenswelt der Heranwachsenden durchdringen und beeinflussen.¹⁰⁰ Im Juni 1933 wurde Baldur von Schirach schließlich zum „Jugendführer des Deutschen Reiches“ ernannt. Die gesamte Situation von Kindern und Jugendlichen wurde von da an von der Institution unter Baldur von Schirach beaufsichtigt. Dadurch konnte die Erziehung und ideologische Beeinflussung durch die NSDAP gewährleistet werden.¹⁰¹

Im Laufe des Jahres 1933 kam es zur Ausschaltung oder Übernahme aller anderen Jugendorganisationen. Offiziell konnten auch die kirchlichen Organisationen

⁹⁹ vgl. Arno Klönne, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner* (Köln 2003), 15.

¹⁰⁰ vgl. Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, 20.

¹⁰¹ vgl. Klönne, *Jugend im Dritten Reich*, 23.

aufgelöst werden, jedoch wehrten sich die katholischen Bewegungen hartnäckig und blieben illegal noch länger bestehen.¹⁰²

Durch die Eingliederung anderer Organisationen, wie die der evangelischen Jugend Deutschlands, und durch den Anspruch als alleinige Jugendbewegung im Deutschen Reich tätig zu sein, erfuhr die Hitlerjugend im Jahr 1934 einen enormen Zuwachs an Mitgliedern. Waren es im Jahr 1933 lediglich 15 000 Mitglieder, so gehörten Ende 1934 bereits über 3,5 Millionen Jugendliche der Hitlerjugend an. Diese Tatsache erforderte jedoch organisatorische Maßnahmen, um die Hitlerjugend als Einheit reichsweit zusammenzuhalten. Dazu gehörte die Einteilung in Gebiete, Gaue und schließlich untere Einheiten und die Schaffung einer zentralen Führerschule. Außerdem wurde eine einheitliche Uniform entworfen, die fortan jeder Angehörige der Hitlerjugend tragen sollte. Das Jahr 1934 war somit ganz dem Aufbau der inneren Organisation der Jugendorganisation gewidmet.¹⁰³

Die Aktivitäten in der Hitlerjugend setzten sich zusammen aus körperlicher Ertüchtigung wie Geländesport, Turnen, Wettkämpfe, Wehrsport, Einsätze und Aufmärsche, aus Schulungsabenden, Feierlichkeiten und zahlreichen anderen Aktionen wie Land- und Erntedienst, Sammlungen und Berufswettkämpfe.¹⁰⁴ Von zentraler Bedeutung war für die Hitlerjugend der Sport, was auch von Schirach betonte, als er aussprach, dass ein Drittel der Aktivitäten ideologische Schulung und zwei Drittel körperliche Erziehung betreffen sollten.¹⁰⁵ Eine große Bedeutung kam außerdem den Wettbewerben zu. So gab es ab 1934 den Reichsberufswettkampf, in welchem die Jugendlichen ihre berufliche Leistung unter Beweis stellen mussten. Die Teilnahme an diesem Wettbewerb wurde schließlich obligatorisch und im Jahr 1939 konkurrierten 1,9 Millionen Heranwachsende. Des Weiteren gab es noch den Reichssportwettkampf, welcher ab 1935 durchgeführt wurde. An diesem partizipierte eine noch größere Anzahl an Jugendlichen, so waren es 7 Millionen im Jahr 1939.¹⁰⁶

Nach 1945 gab es die Auffassung, dass die Hitlerjugend eine unpolitische Organisation gewesen sei und deswegen als harmlos einzustufen war. Arno Klönne

¹⁰² vgl. Klönne, Jugend im Dritten Reich, 23f.

¹⁰³ vgl. Klönne, Jugend im Dritten Reich, 26.

¹⁰⁴ vgl. Hans-Günther Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 96.

¹⁰⁵ vgl. Arno Klönne, Jugend im Dritten Reich, 27.

¹⁰⁶ vgl. Arno Klönne, Jugend im Dritten Reich, 27f.

widerlegte diese Aussage jedoch in seinem Werk über die von der NSDAP unterstützte Jugendorganisation. So schrieb er: „[...] für die nationalsozialistische Durchdringung der deutschen Gesellschaft nach 1933 hatte die Hitler-Jugend große Bedeutung, und die Funktion der Hitler-Jugendsozialisation war alles andere als unpolitisch“.¹⁰⁷ Diese Behauptung kann man durchaus unterstützen, wenn man Funktion und Aufgaben der Organisation näher betrachtet.

Die Jugend vor 1933 konnte für die demokratischen Werte der Weimarer Republik keine Euphorie hervorbringen. Die Jugendlichen sahen vor allem die schlechte Situation, in der sich die Deutschen befanden, welche durch eine schlechte wirtschaftliche Lage und einen täglichen politischen Machtstreit geprägt war. Die Erziehung basierte vor allem auf Wissensvermittlung, was der Tatkraft der Heranwachsenden keine Chance zur freien Entfaltung ließ. Die Hitlerjugend schließlich regte die Jugendlichen an. Sie nutzte Mittel zur Manipulation und spielte ganz stark auf die Gefühlswelt der Heranwachsenden an und gab ihnen eine Richtung vor, der sie folgen konnten. „Faszination war das Zauberwort; die sachliche Argumentation hatte dagegen keine Bedeutung.“¹⁰⁸

Die Nationalsozialisten wussten genau, wie sie die junge Bevölkerung begeistern und manipulieren konnten. Dies spiegelten besonders Organisation und Ablauf von Massenveranstaltungen wider. Die Hitlerjugend setzte Fahnen, Marschmusik und Uniformen geschickt ein. Zusätzlich wurde das euphorische Gefühl der Jugendlichen gegenüber der NSDAP durch das immer wieder kehrende Symbol des Hakenkreuzes gestärkt. Die Ideologie des Nationalsozialismus wurde während der ganzen Zeit seines Bestehens durch diese Art von Manipulation und Indoktrination weitergetragen. Der Erziehung durch die Hitlerjugend wurde große Bedeutung beigemessen, was durch das „Gesetz über die Hitler-Jugend“ vom 1. Dezember 1936 deutlich wird. In diesem stand festgeschrieben, dass die gesamte deutsche Jugend dieser Organisation beitreten musste. An oberster Spitze der Hitlerjugend stand der Reichsjugendführer, der von Hitler bestimmt wurde. Dieses Amt besetzte von 1933 weg Baldur von Schirach. Außerdem wurde im Gesetz geregelt, dass die Hitlerjugend neben Elternhaus und Schule die dritte Erziehungsinstanz darstellen

¹⁰⁷ Arno Klönne, Jugend im Nationalsozialismus – Ansätze und Probleme der Aufbereitung, In: Wolfgang Keim (Hg.), Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft (Frankfurt am Main 1988), 80.

¹⁰⁸ Hans-Günther Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 89.

sollte.¹⁰⁹ Diese Tatsache führte des Öfteren zu Konflikten zwischen dem Reichserziehungsminister und dem Reichsjugendführer. Den Eltern wurde wiederum klargemacht, dass die Kinder und Jugendlichen als Eigentum des Staates galten.¹¹⁰

Die Hauptaufgabe der Hitlerjugend war es, künftige Mitglieder der NSDAP nach ihren Ansichten zu formen. Entscheidend war dabei der Gemeinschaftsgedanke, wobei sich der Einzelne völlig in der Masse auflöste. Es ging um Volksverbundenheit und Volksverantwortlichkeit als wichtige Eigenschaften, die jeder Jugendliche verinnerlicht bekommen sollte. In diesem Zusammenhang spielten Disziplin und die völlige Unterwerfung eine große Rolle und damit verbunden die Anpassung der eigenen Meinung an die Vorschriften der Partei. Gemeinsame Lieder und Sprüche, Fahnen und Trommeln leisteten dazu das manipulative Mittel um die Jugendlichen zu erreichen.¹¹¹ Hans-Günther Assel brachte den Charakter der Hitlerjugend mit folgenden Worten auf den Punkt: „Das Lied, die Trommel, die Fanfare, das Marschieren und eingehämmerte ideologische Sätze ersetzen schließlich das Denken; nicht das Ich, sondern das Wir triumphierte.“¹¹²

Welche Bedeutung der Schule im Nationalsozialismus beigemessen wurde, wird deutlich, wenn man das Verhältnis zwischen der Hitlerjugend und dem Schulwesen näher betrachtet. Die Hitlerjugend war für die ideologische und körperliche Schulung verantwortlich und nutzte der Partei zur Verbreitung ihrer Ansichten somit am meisten. Die Schule stellte sich immer mehr als Ort der bloßen Wissensvermittlung dar, welche bei Hitler und somit bei all seinen Anhängern keinen hohen Stellenwert besaß. Diese Einschätzung wirkte sich auch stark auf die Betrachtungsweise des Lehrpersonals aus. Die Jugendführer waren überzeugte Nationalsozialisten, wohingegen die Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen häufig lediglich aus Opportunismus handelten, was auch Baldur von Schirach kritisierte. Dieser meinte, dass das Lehrpersonal durch die Vermittlung von Wissen keine Chance hatte, die Jugendlichen zu erreichen und in Bann zu ziehen. Demnach musste die Schule Rücksicht auf die Hitlerjugend als zusätzliche Erziehungsinstanz

¹⁰⁹vgl. Gesetz über die Hitlerjugend (1. Dezember 1936). In: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, online unter < http://www.germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=1564&language=german> (02.10.2013).

¹¹⁰ vgl. Hans-Günther Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 90f.

¹¹¹ vgl. Hans-Günther Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 92f.

¹¹² Hans-Günther Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 97.

nehmen. Die Schule wurde dadurch in ihrer Arbeit als Wissensvermittler stark eingeschränkt. Dass dieser Umstand jedoch dem Staat schadete, wurde erst bemerkt, als ausgebildete Fachleute in einigen Bereichen fehlten.¹¹³ Entscheidend für die Nationalsozialisten war vor allem die politische Indoktrination der Jugendlichen in der HJ, die zu einem großen Teil auch gelungen war.

Der Zweite Weltkrieg hinterließ eine vom Glauben an das NS-Regime völlig enttäuschte Jugend. Der bewunderte Diktator Adolf Hitler hatte seinem Volk nicht den Sieg gebracht und das gesamte System woran man festgehalten hatte, zerfiel auf einen Schlag. Für die Jugendlichen in Deutschland, die nicht dem Krieg zum Opfer gefallen waren, bedeutete die Nachkriegszeit Hunger, Trauer über den Verlust von Familienmitgliedern und Freunden und der Kampf ums Überleben.¹¹⁴

In der Sowjetischen Besatzungszone begann die Sowjetische Militäradministration bereits drei Monate nach Kriegsende mit einer intensiven Jugendarbeit. Und zwar wurden Jugendausschüsse gegründet, deren Ziel es zunächst war, die Jugend Deutschlands vom nationalsozialistischen Gedankengut zu befreien und eine innerliche Verbundenheit zur Sowjetunion aufzubauen. Außerdem spielte der Wiederaufbau eine große Rolle, zu der die Jugend einen wichtigen Beitrag leisten konnte. Um die Jugendlichen in ihrer Freizeit zusammenzuführen, wurden Jugendheime eingerichtet und auch ansonsten machte man sich Gedanken über eine attraktive Freizeitgestaltung für die Jugendlichen durch Sport, Tanz, Theater und Kino.¹¹⁵

Die Jugendausschüsse waren der erste Schritt, das eigentliche Ziel der Kommunistischen Partei und der Sowjetischen Militäradministration war jedoch die Bildung einer einheitlichen Jugendorganisation. Die Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der Sowjetischen Besatzungszone wurde schließlich vor Weihnachten 1945 durch die Zustimmung der SPD eingeleitet. Am 26. Februar 1946 wurde beschlossen, dass sie schließlich als eine unparteiliche Jugendorganisation ins Leben gerufen werden sollte.¹¹⁶ Andere Jugendbewegungen waren fortan nicht mehr zugelassen. Katholische und evangelische Vertreter sowie andere Parteien waren dadurch besänftigt, ebenfalls

¹¹³ Assel, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus, 96f.

¹¹⁴ vgl. Ulrich Mählert, Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend (Opladen 1996), 14.

¹¹⁵ vgl. Mählert, Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 20.

¹¹⁶ vgl. Mählert, Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 31f.

ein Mitbestimmungsrecht bei der Arbeit der FDJ zu besitzen und lösten so die eigenen Jugendorganisationen auf.¹¹⁷

Anfang März 1946 lizenzierte die Sowjetische Militäradministration die FDJ und die Leitsätze der neuen Organisation wurden festgelegt. Die Ziele waren stark beeinflusst von der vorangegangenen Kriegserfahrung. Demnach waren die Unterstützung der Jugend bei der Auslöschung des nazistischen Gedankenguts sowie der Wiederaufbau Deutschlands die vorrangigen Ziele.¹¹⁸ Es wurde die Intention der FDJ jedoch noch genauer ausformuliert. Erstens wollte man für „die Erhaltung der Einheit Deutschlands“¹¹⁹ sorgen. Zweitens sollten die Jugendlichen mit den ideologischen Werten Freiheit, Humanismus, Demokratie, Völkerfriede und Völkerfreundschaft vertraut gemacht werden. Des Weiteren sollte sich die junge Bevölkerung aktiv am Wiederaufbau beteiligen. Als viertes Ziel wurde formuliert, dass die Heranwachsenden ein Mitbestimmungsrecht im neuen Deutschland erhalten sollten und dass jedem der Bevölkerung ein gleiches Recht auf Bildung und Arbeit zustünde. Fünfter und letzter Auftrag der Organisation war, das „jugendliche Zusammengehörigkeitsgefühl“ durch gemeinsame Unternehmungen in sozialer, kultureller und sportlicher Hinsicht zu stärken.¹²⁰

Im April 1946 fand schließlich die erste Hauptversammlung der Freien Deutschen Jugend statt. Dort betonte Erich Honecker, der Begründer und damalige Vorsitzende der FDJ, nochmals die Überparteilichkeit dieser Jugendorganisation und fuhr fort mit den Grundrechten der Jugendlichen in Deutschland. Diese beschränkten sich auf vier Punkte: die politischen Rechte, das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Freude und Frohsinn. Der erste Aspekt gibt an, dass die Arbeit der Jugendlichen in die politischen Organe eingebunden werden sollten und jedem ab dem 18. Lebensjahr das Wahlrecht zustünde. Im Recht auf Arbeit und Erholung wurde sehr detailliert niedergeschrieben, wie viele Stunden ein Jugendlicher/eine Jugendliche arbeiten musste und wie viel Erholung ihm/ihr demnach zustand. Das Recht auf Bildung stand dafür, jedem Kind und jedem Jugendlichen den Schulbesuch, gegebenenfalls durch staatliche finanzielle Unterstützung, zu ermöglichen. Der letzte Punkt betraf

¹¹⁷ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 34.

¹¹⁸ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 35.

¹¹⁹ *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 35.

¹²⁰ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 35.

die Freizeitgestaltung und räumte den Heranwachsenden eine Fahrpreisermäßigung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ein.¹²¹

Die FDJ war für alle 14- bis 25-Jährigen gedacht. Lediglich ehemaligen Führern und Führerinnen der Hitlerjugend oder des Bundes deutscher Mädchen wurde die Partizipation verwehrt. Der Beitritt zur FDJ und der Austritt aus der selbigen blieben für alle anderen Jugendlichen freiwillig.¹²²

Obwohl die FDJ als überparteiliche Jugendorganisation ins Leben gerufen wurde, konnte man von Anfang an erkennen, dass die SED die wichtigste Führungsrolle übernahm. So setzte sich das erste Sekretariat des FDJ-Zentralrats von 1946 aus neun Mitgliedern der SED, zwei Christdemokraten, einem Mitglied der Liberalen und zwei Kirchenvertretern zusammen.¹²³ Die SED versuchte stets, sich die Führung der FDJ zu eigen zu machen. Um die anderen Parteien und die Kirche jedoch nicht vor den Kopf zu stoßen, gewährte man diesen zunächst eine eigene Jugendarbeit. Diese Tatsache verringerte aber den Wert der FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone und so befand sich diese Anfang 1947 in einer schlechten Position.¹²⁴ Die Situation versuchte man durch den „Friedensflug nach Osten“ zu bessern, indem man fünf jugendliche Delegierte in die Sowjetunion fliegen ließ, um diese vom ertragreichen Leben, das der Kommunismus mit sich brächte, zu überzeugen. Doch das durch die Besatzungszeit eingeprägte schlechte Bild der Sowjets ließ sich nicht so leicht aus den Köpfen der Deutschen vertreiben.¹²⁵

Als sich die Lage zuspitzte und eine Teilung Deutschlands unumgänglich wurde, war es besonders entscheidend für den Osten Deutschlands die Wirtschaftspläne durchzusetzen. Dafür wurde die junge Bevölkerung dringend benötigt. Man bemühte sich daher um eine verstärkte Jugendpolitik, welche sich auch völlig auf die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele ausrichtete.¹²⁶ Die FDJ entwickelte sich in Folge immer mehr zu einer SED-Massenorganisation. Trotzdem dauerte es noch, bis die FDJ einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen konnte. Erst im Sommer 1948, als die SED ihr Parteiprogramm änderte, erhielt auch die FDJ mehr Zulauf.

¹²¹ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 37f.

¹²² vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 38.

¹²³ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 42.

¹²⁴ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 51.

¹²⁵ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 53ff.

¹²⁶ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 59ff.

Des Weiteren gründete man im Dezember 1948 die „Jungen Pioniere“. Diese Organisation war für Kinder von sechs bis 14 Jahren gedacht und sollte die junge Bevölkerung schon früh mit der Politik der SED vertraut machen und so den Beitritt zur FDJ nahelegen.¹²⁷

Im Gründungsjahr der DDR, 1949, stieg die Zahl der FDJ-Mitglieder enorm an und erreichte beinahe eine Million.¹²⁸ Die Fünfzigerjahre waren schließlich von Massenveranstaltungen gekennzeichnet, die die FDJ unternahm, um ihren Status halten zu können. Dazu zählten sogenannte Deutschlandtreffen, Weltfestspiele der Jugend, Parlamente der FDJ, Sportfeste und auch Pioniertreffen für die Jüngeren.¹²⁹ Außerdem gab es ab dem Jahr 1950 auch Schuljahre der FDJ mit Abschlussprüfungen, die das politische Wissen der Jugendlichen über die Sowjetunion messbar machen sollten.¹³⁰

Als die Aufrüstung der DDR immer wichtiger wurde, musste auch die FDJ für den Militärdienst werben. So wurde im August 1952 die Gesellschaft für Sport und Technik gegründet. Diese Aufgabe der FDJ fiel jedoch weg, als die Wehrpflicht 1962 eingeführt wurde. Durch die Werbemaßnahmen für das Militär konnten nicht annähernd die Zahlen erreicht werden, die angestrebt wurden.¹³¹

Im Jahr 1953 kam es bedingt durch den Arbeiteraufstand im Juni zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen. Die Sozialistische Einheitspartei konnte die Bevölkerung der DDR mit ihren politischen Zielen nicht erreichen. Und so stand die FDJ vor dem Problem, das Interesse der Jugendlichen für die Politik der SED nicht wecken zu können und die Versuche, sie zu motivieren, sich aktiv politisch zu beteiligen, blieben auch meist erfolglos. Ein zu geringer Teil der Mitglieder der FDJ vertrat auch die Meinung und Ideologie der Organisation.¹³²

Am Ende der 50er-Jahre war die FDJ schließlich in allen Lebensbereichen eines Jugendlichen vertreten. In Schulen und Hochschulen, am Arbeitsmarkt und beim Militär war es nur von Vorteil ein Mitglied der FDJ zu sein. Trotzdem war die Jugendorganisation nicht attraktiv genug und abermals scheiterten jegliche Versuche der SED, die Jugend für ihre Politik zu gewinnen. Im Jahr 1959 waren die

¹²⁷ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 65f.

¹²⁸ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 73.

¹²⁹ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 80ff.

¹³⁰ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 85f.

¹³¹ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 89ff.

¹³² vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 110f.

Mitgliedszahlen der FDJ mit knapp über einer Million wieder auf dem Stand vom Jahr 1950.¹³³ Zudem stieg die Zahl der Republikflüchtlinge, von denen die Jugendlichen unter 25 Jahren ungefähr die Hälfte ausmachten, immer weiter an.¹³⁴

Infolgedessen kam es im August 1961 zur Schließung der Grenze durch den Bau der Berliner Mauer. Diese Aktion betraf viele junge Menschen persönlich, denn dadurch wurden Familien und Freunde voneinander getrennt und die räumliche Freiheit stark eingeschränkt. Die Stimmen gegen die Politik der SED und so auch gegen die FDJ wurden abermals laut und so verabschiedete man im Jahr 1963 ein neues Jugendgesetz, das den jungen Leuten der DDR entgegenkommen sollte. Vor allem im Kultur- und Freizeitbereich wurden den Jugendlichen Freiheiten eingeräumt. Auch das „Deutschlandtreffen“ der deutschen Jugend in Berlin im Jahr 1964 gestaltete sich friedlich. Mitte der 60er-Jahre zählte die FDJ 1,3 Millionen Mitglieder. Jeder zweite Jugendliche zwischen 14 und 26 Jahren gehörte der Organisation an.¹³⁵ Trotzdem gab sich der Großteil der Jugendlichen der politischen Indoktrination nicht hin und wollte sich dem westlichen Einfluss auch nicht entziehen, was die Partei nicht hinnehmen wollte.

In den folgenden Jahren versuchte die FDJ sich wieder verstärkt für die kulturellen Interessen der Jugendlichen einzusetzen. So gab es zum Beispiel ein Literaturfestival und Singbewegungen.¹³⁶

Die Situation in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 und das gewaltsame Eingreifen der Sowjetunion ließ die Jugend in der DDR abermals am Kommunismus und an der Politik der SED zweifeln. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Unruhen niederzuschlagen, schockierten die Jugendlichen.¹³⁷ Als der Blick der Jugend jedoch auf die unterstützende Rolle der Sowjetunion und der DDR im nationalen Befreiungskampf in Asien, Afrika und Lateinamerika fiel, sympathisierte die Jugend wieder mehr mit der Politik der SED. Die Niederlage der USA im Vietnam-Krieg war ebenso entscheidend für die Stärkung der Partei, denn so konnte die DDR einen kleinen Sieg verzeichnen und die Jugend für kurze Zeit auf ihre Seite bringen.¹³⁸

¹³³ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 131.

¹³⁴ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 136.

¹³⁵ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 162.

¹³⁶ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 175.

¹³⁷ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 177ff.

¹³⁸ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 187f.

Als im Juni 1971 Erich Honecker Generalsekretär der DDR wurde, wurde die FDJ gänzlich der Partei unterstellt und hatte keine eigenen Spielräume mehr. Was die Jugendlichen als zweifellos positiv erachteten, war die Aufhebung der Kontaktsperre zu den Bürgern der Bundesrepublik. Es durften diese ab 1972 wieder in die DDR einreisen.¹³⁹ Auch die Weltjugendfestspiele 1973, bei welchen 25 000 Jugendliche aus 140 verschiedenen Ländern teilnahmen, fanden großen Gefallen bei der Jugend der DDR, ließ sie auf weitere internationale Kontakte hoffen und stärkte außerdem den Zusammenhalt zwischen FDJ und SED.¹⁴⁰

Anfang der 80er-Jahre bildeten sich vermehrt Randgruppen, wie zum Beispiel Punks. Besonders kirchliche Jugendorganisationen erhielten wieder mehr Zulauf, weil die Jugendlichen dort offen diskutieren konnten und die kirchlichen Friedensparolen den Jugendlichen zusagten. Die FDJ ging zunächst dagegen vor und versuchte später durch ähnliche Aussprüche, die Jugend zurück zu gewinnen.¹⁴¹

Dass die politische und ökonomische Situation der DDR Ende der 80er-Jahre aussichtslos war, konnte nicht mehr bestritten werden. Die FDJ setzte sich dennoch für das Verständnis der Jugendlichen ein, stand dem Problem jedoch hilflos gegenüber. Das Auftreten von Skinheads als neonazistische Gruppierungen im Oktober 1987 stand völlig im Gegensatz zu den ideologischen Forderungen der SED.¹⁴²

Die FDJ-Führung kämpfte im Jahr 1989 noch vergeblich um die Loyalität der Jugend. Es wurde im Mai ein Pfingsttreffen in Berlin veranstaltet, an welchem Hunderttausende von Jugendlichen der DDR teilnahmen, doch schon wenige Tage später machten sich viele von ihnen nach Ungarn auf, um über die Grenze zu gelangen.¹⁴³ Gemeinsam mit dem Niedergang der DDR verlor auch die FDJ ihre Bedeutung. Im Jänner 1990 fand nochmals ein Treffen von Delegierten statt. Man benannte die FDJ um in fdj um und schloss sich mit anderen Organisationen zusammen. Die neue Namensgebung in Kleinbuchstaben sollte zeigen, dass sich die neue Organisation von der ursprünglichen Freien Deutschen Jugend distanzierte.

¹³⁹ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 193ff.

¹⁴⁰ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 195ff.

¹⁴¹ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 230ff.

¹⁴² vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 242.

¹⁴³ vgl. *Mählert, Stephan*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 254.

Im März 1990 löste sich die Pionierorganisation auf und die ehemalige FDJ wurde zu einem unbedeutenden Verband im heutigen Deutschland.¹⁴⁴

Die Hitlerjugend und die Freie Deutsche Jugend waren Organisationen, die von der Führungspartei ins Leben gerufen wurden und zum Ziel hatten, die junge Bevölkerung im jeweiligen Regime auf ihre Seite zu ziehen. Die FDJ galt zwar zunächst als überparteilich, doch war es von Anfang an die Kommunistische Partei und später die SED, die den größten Einfluss darauf ausübten. Nach und nach wurden die anderen Parteien und die Kirche verdrängt, bis die FDJ schließlich nur mehr von der SED geleitet wurde.

Die Jugendverbände der beiden Regime waren beide Massenorganisationen. Die Hitlerjugend zählte Anfang 1939 8,7 Millionen Mitglieder, das waren rund 98% aller Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren im Dritten Reich.¹⁴⁵ Der FDJ gehörten im Jahr 1981 rund 80% aller 6- bis 25-Jährigen in der DDR an. Dazu zählten 2,3 Millionen 14- bis 25-Jährige und 1,6 Millionen der 6- bis 13-Jährigen.¹⁴⁶ Somit erfassten die beiden Organisationen jeweils den Großteil der jugendlichen Bevölkerung, doch gab es einen Unterschied: Im Nationalsozialismus mussten die Jugendlichen der Hitlerjugend beitreten. Ein Weg daran vorbei war schier unmöglich. In der DDR war der Beitritt jedoch freiwillig, wobei man durchaus beachten muss, dass es in der beruflichen Laufbahn große Nachteile mit sich zog, wenn man nicht der FDJ angehörte. So war zum Beispiel die Mitgliedschaft in der FDJ die Voraussetzung für die Zulassung zum Abitur und demzufolge auch für den Besuch der Universität.¹⁴⁷ Die Mitgliedschaft in der FDJ brachte enorme Vorteile für die schulische Laufbahn in der DDR. Die Verweigerung einer Mitgliedschaft in der Hitlerjugend war jedoch gesetzlich verboten und zog Haft- und Geldstrafen mit sich.¹⁴⁸

Der Aufbau der Hitlerjugend war streng hierarchisch gegliedert mit dem Reichsjugendführer an oberster Stelle. Ganz unten standen die einzelnen Mitglieder, die sich schon früh der Organisation anschließen mussten. Die 10-jährigen Jungen wurden Mitglied im „Deutschen Jungvolk“ und die Mädchen im

¹⁴⁴ vgl. *Mählert, Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen*, 273f.

¹⁴⁵ vgl. *Klönne*, *Jugend im Dritten Reich*, 33.

¹⁴⁶ vgl. *Mergim Bytyci*, *FDJ – Freizeitorganisation oder politische Waffe?* (Norderstedt 2007), 3.

¹⁴⁷ vgl. *Karl-Heinz Füssl*, *Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945-1955* (Paderborn 1995), 349.

¹⁴⁸ vgl. *Klönne*, *Jugend im Dritten Reich*, 38.

selben Alter kamen zu den „Jungmädel“. Eine Gruppe bestand auf der Basis eines Schuljahrgangs.¹⁴⁹ Auch in der DDR wurden die FDJ-Gruppen in Einheiten zusammengefasst, die einer Schulklasse entsprachen. Jedoch war die Organisation nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Es gab Grundorganisationen (Schule, Betriebe, Universität), welche für die Bildung von Gruppen und Abteilungsorganisationen verantwortlich waren und demzufolge eine wichtige Aufgabe erfüllten. An oberster Stelle stand der Zentralrat der FDJ mit dem Ersten Sekretär an der Spitze.¹⁵⁰ Der Aufbau der beiden Organisationen war von unten gesehen sehr ähnlich. Hitlerjugend und FDJ teilten ihre Jugendgruppen nach Schulklassen bzw. Schuljahrgängen ein. Jedoch waren die Organisation und der Aufbau in der FDJ, auch bedingt durch die zunächst festgelegte Überparteilichkeit, viel weitgestreuter und konnte nicht auf eine Stelle zurückgeführt werden, wie es bei der Hitlerjugend der Fall war. Die Hitlerjugend wurde ganz streng geführt und von oberster Stelle wurden die Aktivitäten der Jugendlichen überwacht.

Die Unternehmungen, die den Jugendlichen durch die Verbände geboten wurden, waren von ähnlicher Natur. Gemeinsames Singen, gemeinsame sportliche Betätigungen und die Teilnahme an Massenveranstaltungen zählten zu den Aktivitäten der Hitlerjugend und der FDJ. In beiden Jugendorganisationen stand der Sport an oberster Stelle. Die Hitlerjugend legte großen Wert auf Sportwettkämpfe und auch in der DDR war die körperliche Tätigkeit von großer Bedeutung, da die Rekrutierung von jungen Männern für das Militär einen wichtigen Punkt in der Politik der SED darstellte. Hier blieb es jedoch bei der bloßen Rekrutierung, hingegen im Dritten Reich mussten die Jugendlichen tatsächlich in den Krieg ziehen. Auch diejenigen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in der Heimat blieben, mussten Dienste verrichten, wie zum Beispiel Schützengräben bauen, um das Heimatland im Krieg zu unterstützen. Das Leben der Jugendlichen wurde nach dem Krieg ausgerichtet und er nahm großen Einfluss auf die gesamte Freizeitgestaltung in- und außerhalb der Hitlerjugend. Für die FDJ hingegen war der Wiederaufbau in den ersten Jahren nach dem Krieg das zentrale Projekt, für dessen schnelle Umsetzung die Unterstützung der jungen Bevölkerung vonnöten war und sehr stark von der Sowjetischen Militäradministration beworben wurde. Daher spielte der Zweite Weltkrieg auch

¹⁴⁹ vgl. Klönne, Jugend im Dritten Reich, 43f.

¹⁵⁰ vgl. Hans Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 37.

in den Jugendorganisationen der beiden Regime jeweils eine wichtige Rolle und beeinflusste deren Aktivitäten.

Sehr erfolgreich waren Hitlerjugend und FDJ im Bereich der Manipulation von Jugendlichen. Beide Organisationen konnten durch Massenveranstaltungen Begeisterung bei der Jugend hervorrufen und somit die Macht der Partei demonstrieren. Die Mittel mit welchen man die junge Bevölkerung gewinnen wollte, waren demnach sehr ähnlich.

Der größte Unterschied zwischen den beiden Jugendorganisationen liegt bei ihrer Stellung im jeweiligen Regime. Die Beziehung zur Institution Schule war in den beiden Fällen völlig unterschiedlich. Im Nationalsozialismus stand die Hitlerjugend im Rang viel höher als die Schule. Adolf Hitler selbst sah die Schule in ihrer Funktion als Wissensvermittler nicht so wichtig an, wie die vom Reichsjugendführer Baldur von Schirach geführte Hitlerjugend mit dem Bund Deutscher Mädel. Es kam zu Streitigkeiten zwischen der Schule und der Hitlerjugend, was die Rolle in der Erziehung der Jugendlichen anbelangte. Diese verlor jedoch die Schule, die auch für den Diktator Adolf Hitler nur sekundär war. Die Hitlerjugend war die entscheidende Erziehungsinstanz im Dritten Reich. In der DDR hingegen war die Schule von großer Bedeutung für das langjährige Bestehen der FDJ. Dadurch, dass man für das Abitur und das anschließende Studium Mitglied der FDJ sein musste, erhielt die Jugendorganisation Zuwachs. Diese bekannten sich zwar oftmals nicht zu den politischen Denkweisen der FDJ, doch wurden sie Mitglied, um die Vorteile eines solchen genießen zu können.

Das Verhältnis zwischen Schule und Jugendorganisation war in beiden Regimen von sehr unterschiedlicher Natur. Im Dritten Reich stellte die Schule eine dritte Erziehungsinstanz neben Hitlerjugend und Elternhaus dar, jedoch bei weitem nicht die wichtigste. Die Teilnahme an Unternehmungen der Hitlerjugend hatte Priorität und stand so vor der Teilnahme am Schulunterricht. In der DDR gewann die Schule wieder an Stellenwert und die FDJ gliederte sich an das Schulsystem an und war schließlich auch von jenem abhängig. Zieht man also die Beziehung der Schule zu außerschulischen Organisationen in Betracht, so stellt man große Unterschiede zwischen den beiden diktatorischen Regimen fest.

4. Der Schulalltag und seine Akteure

Nachdem nun das jeweilige ideologische Ziel, das hinter der Erziehung stand und die Organisation der beiden Schulsysteme mit seinen Instanzen erläutert wurden, soll nun der Blick auf den Alltag in der Schule gerichtet werden. Die Regeln und Haus- bzw. Schulordnungen, wie auch besondere Rituale spielten eine wichtige Rolle während eines Schultages. Es wurde durchwegs Erziehung im Sinne des Staates betrieben und die verschiedenen Mittel, die man heranzog, um die Schüler und Schülerinnen im Sinne des Regimes zu formen, sollen an dieser Stelle näher ausgeführt werden.

Die ideologischen Zielsetzungen durch Adolf Hitler im Dritten Reich und durch die SED in der DDR, welche an der Spitze der jeweiligen Diktatur standen, wurden bereits dargelegt. Nun werden die kleinsten Glieder in beiden Schulsystemen Beachtung finden: das Lehrpersonal und die Schüler und Schülerinnen. Insbesondere soll erörtert werden, welche Bedeutung die beiden Gruppen in den Regimen hatten und inwieweit Exklusion im schulischen Bereich eine Rolle spielte.

4.1. Der Schulalltag

Vorerst soll der Blick auf die Zeit zwischen den Unterrichtseinheiten gelegt werden. Das heißt, die Beschäftigung in den Pausen und die Aktivitäten in der Zeit vor und nach dem Unterricht sollen erläutert werden. Die Schüler und Schülerinnen wurden in diesen Momenten nicht fachlich geschult, sondern ideologisch beeinflusst, um sie zu Trägern der nationalsozialistischen bzw. kommunistischen Weltanschauung zu machen. In den Diktaturen gab es besondere Rituale und Unternehmungen, die durchgeführt wurden, um den Alltag der Kinder und Jugendlichen im Sinn des Nationalsozialismus bzw. Kommunismus zu gestalten. Der Blick soll vor allem auf die Vorkommnisse im Schulalltag gelegt werden, die für die Indoktrination der Schüler und Schülerinnen von großer Bedeutung waren.

Das gesamte Schulwesen im Dritten Reich sollte ab 1933 „im Geiste des Nationalsozialismus“ umgeformt werden. Dazu wurden auch im Schulalltag Maßnahmen ergriffen, um diesen im Bewusstsein der Kinder und Jugendlichen zu verankern. Es sollte sich jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin mit dem

deutschen Volk und dem Vaterland identifizieren können und um dies zu gewährleisten, mussten bereits in der Schule Vorkehrungen getroffen werden.

Viele Vorgaben einige Rituale betreffend, die Einzug im Schulalltag finden sollten, wurden zunächst lediglich von Kultusministerien der Länder angeordnet. Diese wurden aber später vom Reichserziehungsministerium übernommen und reichsweit eingesetzt. Im Oktober 1934 wurde in Hessen angeordnet, jeden Tag vor dem Unterricht eine „Morgenfeier“ durchzuführen. In dieser Viertelstunde wurden Lieder gesungen und gemeinsame Sprüche gelesen, die das völkische Bewusstsein der Schüler und Schülerinnen stärken sollten. Außerdem fand man auch Zeit für körperliche Ertüchtigung, welche bei den Erziehungszielen im Nationalsozialismus an oberster Stelle stand.¹⁵¹

Als großer Vorreiter der Ordnungsrituale in der Schule ist Preußen zu sehen, wo Bernhard Rust 1933 noch preußischer Erziehungsminister war. Fürs Erste wurde dort der Hitlergruß eingeführt, was später ebenfalls reichsweit übernommen wurde. Der Hitlergruß war fortan ein starkes Symbol für die Zeit des Nationalsozialismus, da er im öffentlichen Leben tagtäglich, zu jeder Uhrzeit und an jedem Ort ausgeübt wurde. Im Erlass stand geschrieben:

„Nachdem der Parteienstaat in Deutschland überwunden ist und die gesamte Verwaltung im Deutschen Reiche unter der Leitung des Reichskanzlers Adolf Hitler steht, erscheint es angebracht, den von ihm eingeführten Gruß allgemein als deutschen Gruß anzuwenden. Damit wird die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Führer auch nach außen hin klar in Erscheinung treten. Die Beamtenschaft muß auch hier dem deutschen Volke vorangehen...“¹⁵²

Der Hitlergruß war etwas, das verinnerlicht und automatisiert wurde, dessen Bedeutung den Schülern und Schülerinnen kaum noch bewusst war. Es war jedoch die Intention Hitlers und seiner Partei, ein weiteres gemeinsames Symbol im deutschen Volk einzuführen, wovon auch die Schule ganz stark betroffen war.

¹⁵¹ vgl. Böhme, Hamann, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 51.

¹⁵² Renate Fricke-Finkelburg (Hg.), Nationalsozialismus und Schule. Amtliche Erlasse und Richtlinien. 1933-1945 (Opladen 1989), 226.

Schließlich wurden in Preußen und später reichsweit noch weitere Maßnahmen zur Indoktrination der Kinder und Jugendlichen ergriffen: Ein Bild des „Führers“ musste in jedem Klassenzimmer aufgehängt werden. Es gab feierliche Flaggenappelle und die Nationalhymne wurde zu Ferienbeginn und -ende gesungen.¹⁵³

Ganz verstärkt kam es zu Schulfeiern, die über das ganze Schuljahr verteilt abgehalten wurden. Die Schüler und Schülerinnen wurden zur Teilnahme an diesen Feiern und Gedenktagen verpflichtet. Zunächst wurden diese Festlichkeiten wegen der verstärkten Einflussnahme auf die Lernenden abgehalten, ab 1937 jedoch wurde es gesetzlich niedergeschrieben, dass diese stattfinden mussten. Das Tragen von Uniformen der Hitlerjugend zu solchen Anlässen wurde angeordnet, wodurch Gegner des Regimes für jeden klar erkenntlich gemacht wurden. Dass viele Unterrichtsstunden durch diese Festlichkeiten entfielen, nahm man in Kauf, da die Indoktrination der Kinder und Jugendlichen auf gemeinsamen Veranstaltungen ohnehin als wichtiger erachtet wurde. Zu solchen Feiern zählten zum Beispiel der Geburtstag Hitlers, der Muttertag und der Tag der Machtübernahme durch die NSDAP.¹⁵⁴

Alle diese Maßnahmen dienten der Erziehung zur Gemeinschaft und wurden somit von der Partei begrüßt. Um das Nationalbewusstsein der Kinder und Jugendlichen noch mehr zu stärken, wurden dreiwöchige Schulungslager veranstaltet, welche in Schullandheimen oder Jugendherbergen stattfanden. Dort sollten der Gemeinschaftssinn und die Liebe zum Vaterland durch die ländliche Umgebung weiter gefestigt werden. Dies versuchte man durch sportliche Aktivitäten, durch Wanderungen und praktische Arbeiten in der Natur, durch Schulungsvorträge und durch Heimabende zu erreichen.¹⁵⁵ Trotzdem blieb die Vermittlung der ideologischen Werte hauptsächlich die Aufgabe der Jugendorganisationen. Doch Bernhard Rust entwickelte 1934 ein neues Gesetz, das es ermöglichte, Jugendliche nach der achtjährigen Volksschulzeit zum „Landjahr“ einzuberufen. In diesem Pflichtjahr sollten sie zum Beispiel in der Landwirtschaft arbeiten und den

¹⁵³ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 51.

¹⁵⁴ vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 224ff.

¹⁵⁵ vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 98.

Arbeitsmarkt entlasten. Dabei wurden sie den Eltern und der Kirche völlig entzogen.¹⁵⁶

Außerdem wurden Maßnahmen ergriffen, um Schüler und Schülerinnen von Anschauungen, die nicht mit der Ideologie des Nationalsozialismus konform waren, fernzuhalten. Es wurden die Schülerbüchereien auf „volksfremde“ Literatur überprüft, um diese Werke schlussendlich aus den Sammlungen zu entfernen. Es waren davon Schriften betroffen, deren Inhalt nicht den ideologischen Werten des Nationalsozialismus entsprach. Das heißt, wenn der Autor bzw. die Autorin eine andere politische Meinung vertrat oder Jude bzw. Jüdin war, wurden diese Bücher verboten. Somit wurden die Büchereien völlig umgestaltet und den Kindern und Jugendlichen der Zugriff auf Veröffentlichungen von Regimegegnern verwehrt.¹⁵⁷

Im nationalsozialistischen Sinn wurde viel am Schulalltag geändert, um die Schüler und Schülerinnen während der gesamten Schullaufbahn unter Kontrolle zu haben und intensive Indoktrination zu betreiben. Aber auch in der DDR war es für das Ministerium für Volksbildung von großer Bedeutung, die Lernenden in der Schule, außerhalb des Unterrichts zu überzeugten Kommunisten zu erziehen.

Einen sehr wichtigen Punkt stellte dabei die „Jugendweihe“ dar, welche ab dem Frühjahr 1955 durchgeführt wurde.¹⁵⁸ Betroffen davon waren Schüler und Schülerinnen der 8. Klasse, also Jugendliche im Alter von 14 Jahren, deren Partizipation jedoch nicht verpflichtend war.¹⁵⁹ Die Teilnehmenden sollten sich zum Sozialismus und zur DDR bekennen und im Rahmen einer Feier ein Gelöbnis ablegen. Schon im Jahr vor der ersten Durchführung der Jugendweihe wurde der „Zentralausschuss für Jugendweihe“ gegründet, welcher für die Organisation und Durchführung zuständig war. Zur Vorbereitung für die Weihe gab es einmal im Monat eine Jugendstunde, die die Klassenlehrperson mit den Jugendlichen durchführte.¹⁶⁰ Der Ablauf der Jugendweihe blieb von der Einführung bis zur politischen Wende 1989 stets der gleiche. Kleine Änderungen wurden nur bei den Inhalten der Vorbereitungsstunden, bei der Ausführung des Geschenkbuches und

¹⁵⁶ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 53.

¹⁵⁷ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 54f.

¹⁵⁸ vgl. Heinz-Elmar *Tenorth*, Andreas *Paetz*, Sonja *Kudella*, „Politisierung des Schulalltags in der DDR.“ Skizze und erste Ergebnisse eines Forschungsvorhabens, In: Heinz-Hermann *Krüger*, Winfried *Marotzki* (Hg.), *Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR* (Opladen 1994), 219.

¹⁵⁹ vgl. *Döbert*, *Das Bildungswesen der DDR in Stichworten*, 54.

¹⁶⁰ vgl. *Döbert*, *Das Bildungswesen der DDR in Stichworten*, 54.

bei den Worten des Gelöbnisses vorgenommen. Diese Erneuerungen fielen jedoch nicht ins Gewicht.¹⁶¹

Für die erfolgreiche Verrichtung und eine hohe Teilnehmerzahl setzte sich der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, sehr stark ein. Er setzte Rundschreiben auf, in welchen er an alle Parteimitglieder appellierte, sich aktiv für die Jugendweihe zu engagieren.¹⁶² Walter Ulbricht wollte sich in diesem Zusammenhang gegen die Kirchen durchsetzen, die sich gegen die Jugendweihe aussprachen, da diese eine Art Alternative zur Kommunion und Konfirmation darstellte.¹⁶³

Im Gelöbnis, welches die Jugendlichen am Tag der Jugendweihe aussprachen, bekannten sie sich nicht nur zur DDR und zum Sozialismus, sondern auch zur Freundschaft mit der Sowjetunion. Außerdem sagten sie zu, sich durch ihr „Wissen und Können“ für die Realisierung der „großen humanistischen Ideale einzusetzen“.¹⁶⁴ Vom Gelöbnis gab es insgesamt drei verschiedenen Fassungen. Zum ersten Mal wurde es bereits 1958 abgeändert, wobei die Hinwendung zur DDR und dem Sozialismus immer deutlicher hervortrat. Die letzte Abänderung erfolgte 1968, wodurch die letzte Fassung entstand, die bis zum Ende der DDR so erhalten blieb.¹⁶⁵

Nach dem Gelöbnis sollten die Jugendlichen noch enger mit dem Staat und seinen Idealen verbunden sein, was mit folgenden Worten zum Ausdruck kam:

„Feierlich nehmen wir euch auf in die große Gemeinschaft des werktätigen Volkes, das unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, einig im Willen und im Handeln, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik errichtet.“

¹⁶¹ vgl. Tenorth, Paetz, Kudella, „Politisierung des Schulalltags in der DDR“, 219.

¹⁶² vgl. Tenorth, Paetz, Kudella, „Politisierung des Schulalltags in der DDR“, 218.

¹⁶³ vgl. Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 54.

¹⁶⁴ Manfred Isemeyer, Klaus Sühl (Hg.), Feste der Arbeiterbewegung: 100 Jahre Jugendweihe (Berlin 1989), 124.

¹⁶⁵ vgl. Tenorth, Paetz, Kudella, „Politisierung des Schulalltags in der DDR“, 220f.

Wir übertragen euch eine hohe Verantwortung. Jederzeit werden wir euch mit Rat und Tat helfen, die sozialistische Zukunft schöpferisch zu gestalten.“¹⁶⁶

Betrachtet man die Zahl der Teilnehmenden, so kann man erkennen, dass sich ein zunehmender Erfolg bei der Durchführung der Jugendweihe abzeichnete. Im ersten Jahr nahmen 52 322 Jugendliche daran teil. Das waren 17,7% der Schüler und Schülerinnen, die die 8. Klasse besuchten.¹⁶⁷ Zehn Jahre später waren es fast 90% aller Jugendlichen in diesem Alter, die das Gelöbnis aussprachen und ab Mitte der 70er-Jahre ließ sich erneut ein Anstieg der Teilnehmerzahl vermerken. Von da an waren es stets um die 97% der Jugendlichen, die der Jugendweihe beiwohnten.¹⁶⁸ Nicht zu Unrecht kann man dieses Ritual demnach als „erfolgreiches Experiment der Politisierung der Erziehung im sozialistischen Geiste“ bezeichnen.¹⁶⁹

Disziplin und Ordnung waren Eigenschaften, die von den Schülern und Schülerinnen der DDR in hohem Maß gefordert wurden. Das System war im Allgemeinen auf Ordnungen aufgebaut, wie die Arbeitsordnung, Hausordnung und Schulordnung. Dabei ging es um Verhaltensweisen und das normgerechte Handeln der Schüler und Schülerinnen.

Ab 1951 wurden in der DDR fünf Schulordnungen für die allgemeinbildende Schule bzw. allgemeinbildende polytechnische Oberschule erlassen. Diese enthielten unter den Erziehungsaufgaben, der Funktion des Schulleiters, der Lehrpersonen und anderen Pädagogen, den Regeln zur Zusammenarbeit mit den außerschulischen Organisationen, auch die Vorgaben zu Erziehungsmaßnahmen.¹⁷⁰

Auffällig ist, wie sehr man sich mit Lob und Tadel in der DDR auseinandersetzte. So war es in der Schulordnung verankert, dass Lehrpersonen auf Lob und Tadel als Erziehungsmittel zurückgreifen sollten. Falls es zu solchen Vorfällen kam, mussten diese im Schülerdokument aufgezeichnet werden. In der Schulordnung von 1959 waren folgende erlaubte Strafen festgehalten (diese änderten sich bis 1979 nicht):

¹⁶⁶ Isemeyer, Sühl, Feste der Arbeiterbewegung: 100 Jahre Jugendweihe, 124.

¹⁶⁷ vgl. Tenorth, Paetz, Kudella, „Politisierung des Schulalltags in der DDR“, 219.

¹⁶⁸ vgl. Tenorth, Paetz, Kudella, „Politisierung des Schulalltags in der DDR“, 221.

¹⁶⁹ Tenorth, Paetz, Kudella, „Politisierung des Schulalltags in der DDR“, 218.

¹⁷⁰ vgl. Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 106f.

- die Verwarnung vor der Klasse durch den unterrichtenden Lehrer
- der Tadel vor der Klasse durch den Klassenleiter
- der Verweis vor dem Schulkollektiv durch den Direktor
- die Umschulung in eine andere Schule durch den Schulrat
- der Ausschluß aus der erweiterten Oberschule.¹⁷¹

Die letzten drei Punkte konnten nicht sofort durchgeführt werden. Zuerst mussten der Pädagogische Rat, die Jugendorganisation und die Eltern hinzugezogen werden. Im Allgemeinen mussten die Eltern über jede Strafe, die ihr Kind erhielt, verständigt werden. Strafarbeiten, Nachsitzen und Ähnliches durften nicht über die Schüler und Schülerinnen verhängt werden.¹⁷²

Auch die Art des Lobes wurde in der Verordnung vorgegeben. Dabei gab es die Möglichkeiten, dass das Lob vor der Klasse, vor dem gesamten Schülerkollektiv oder vor der Elternversammlung ausgesprochen wurde. Wobei im ersten Fall das Lob durch den Klassenleiter und in den anderen beiden Fällen durch den Schulleiter erfolgte. Des Weiteren gab es noch den Fall einer Auszeichnung durch eine Medaille oder Urkunde.¹⁷³

Auf Schulappellen wurden schließlich die Auszeichnungen vergeben, aber auch Maßnahmen zum Tadel wurden dort ergriffen. Bei diesen regelmäßigen Appellen mussten alle Lehrpersonen und Schüler bzw. Schülerinnen einer Schule zusammenkommen, da man dort außerdem über Neuerungen oder spezielle Vorkommnisse informiert wurde. An besonderen Tagen fanden „Fest- oder Fahnenappelle“ statt, bei welchen man der Appellordnung der FDJ bzw. Pionierorganisation folgte.¹⁷⁴

Sehr charakteristisch für das Jugendleben in der DDR war die Grußformel „Freundschaft!“, die von der FDJ eingeführt wurde. Ab der 8. Klasse sollte diese für den Beginn jeder Unterrichtsstunde verwendet werden. Mit „Freundschaft“ meinte

¹⁷¹ vgl. *Baske, Engelbert*, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. 2. Teil, 54.

¹⁷² vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 28f.

¹⁷³ vgl. *Baske, Engelbert*, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. 2. Teil, 54.

¹⁷⁴ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 91.

die FDJ den Zusammenhalt, den man mit fortschrittlichen Staaten, vor allem der Sowjetunion, pflegen sollte.¹⁷⁵

Häufig wurden Wettbewerbe initiiert, die von der Schule durchgeführt wurden. Diese sollten eine Art von Begabtenförderung darstellen und wurden für verschiedenste Fächer abgehalten. Es wurden Olympiaden im Fach Mathematik veranstaltet, auf welche besonderer Wert gelegt wurde. So wurde die „Olympiadebewegung der Jungen Mathematiker“ für alle Jugendlichen ab der 5. Klasse gegründet. Gewährt werden sollte dadurch die kontinuierliche Förderung der Schüler und Schülerinnen im Fach der Mathematik. Für den naturwissenschaftlichen Bereich gab es außerdem auch Physik- und Chemiewettbewerbe.¹⁷⁶

Aber auch auf die Förderung der sprachlichen Ausbildung wurde Wert gelegt. Ab dem Jahr 1964 wurden Wettbewerbe für die russische Sprache durchgeführt, bei denen vor allem Lernende aus den Klassen 8, 9 und 10 antraten. Dabei gab es Schulolympiaden, deren Organisator die Schule war, aber im speziellen auch „Russischolympiaden der DDR“, die nicht hauptsächlich von der Schule geleitet wurden.¹⁷⁷

Das Ministerium für Volksbildung engagierte sich außerdem für die Durchführung von Literaturwettbewerben, die junge Schreiber ermutigen sollten, ihr Talent weiter auszubauen. Der Wettbewerb „Galerie der Freundschaft“, der die künstlerischen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen anregen sollte, wurde dazu eingeführt.¹⁷⁸

Während der Sommer- und Winterferien wurden den Schülern und Schülerinnen zur Freizeitgestaltung sogenannte „Ferienspiele“ angeboten. Für die Organisation dieser waren die Leiter der Schulen verantwortlich. Die Kinder der 1. bis 4. Klasse konnten diese pädagogische Betreuung in der unterrichtsfreien Zeit nutzen. Für die Schüler und Schülerinnen der 5. Klassen wurden kulturelle Ausflüge unternommen oder man besuchte sportliche Einrichtungen.¹⁷⁹ Auch Betriebe waren dazu angehalten, die Ferien der Lehrlinge in Form von „Ferienlagern“

¹⁷⁵ vgl. Birgit Wolf, Sprache in der DDR: Ein Wörterbuch (Berlin 2000), 74.

¹⁷⁶ vgl. Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 74f.

¹⁷⁷ vgl. Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 74.

¹⁷⁸ vgl. Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 76.

¹⁷⁹ vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Vom 25. Februar 1965. In: Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, 385.

mitzugestalten, um die Ausbildung der Jugendlichen auch in ihrer Freizeit voranzutreiben.¹⁸⁰

Die Indoktrination der Kinder und Jugendlichen, die von Seiten der Schule während des Schulalltags unternommen wurde, gestaltete sich in beiden Diktaturen sehr ähnlich. Es kristallisiert sich heraus, dass es zwei Wege der Beeinflussung gab, welche beide ihre Wirkung auf die junge Bevölkerung nicht verfehlten.

Zum einen gab es große Feierlichkeiten, die zu den wichtigen Ereignissen im Leben eines Heranwachsenden im Regime zählten und mächtigen Eindruck auf die Schüler und Schülerinnen machten. Im Dritten Reich waren es unzählige Schulfeiern und in der DDR vor allem die Jugendweihe, die durch den hohen Stellenwert, den sie vom jeweiligen Regime verliehen bekamen, auch bei den Kindern und Jugendlichen in erheblichen Maß zelebriert wurden. Diese Festlichkeiten stellten die Macht der Staatsführung zur Schau und waren von großer Bedeutung für die Manipulation der jungen Bevölkerung durch die Schule als Handlanger Adolf Hitlers bzw. der SED.

Neben diesen auffälligen, von der Ideologie durchdrungenen Veranstaltungen gab es jedoch auch noch die kleinen Rituale und Symbole, die den Schulalltag der Lernenden durchzogen. Unter Adolf Hitler hingen die Dinge und Gegebenheiten, welche man in der Schule vorfand, primär mit seiner Person zusammen. Dazu zählten vor allem das Hitlerbild in jedem Klassenraum und der Hitlergruß. Wie zuvor im Nationalsozialismus wurde auch später im kommunistischen Staat der DDR ein Gruß eingeführt, der im Schulalltag immer wieder verwendet wurde. Weiters waren auch die Appelle, die immer wieder während eines Schultages durchgeführt wurden, durchdrungen von den Symbolen der Diktatur.

Diese Dinge waren insofern wichtig, als dass sie ständig von Schülern und Schülerinnen wahrgenommen wurden, demnach ihre Umgebung durchzog und ihnen unbewusst die Bedeutung des Regimes in ihrer gesamten Lebenswelt vor Augen führte.

Auch in den Ferien wollte man mit der Indoktrination der Kinder und Jugendlichen nicht pausieren und veranstaltete demnach Ferienlager, um auch außerhalb der

¹⁸⁰ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 98.

Schulzeit die Beeinflussung der jungen Bevölkerung nicht abreißen zu lassen. In beiden Regimen wurden diese auf ähnliche Weise durchgeführt.

Eine Eigenheit stellt sich heraus, wenn man die besonderen Erziehungsmethoden der DDR betrachtet. Es wurde dort großer Wert auf spezielle Erziehungsmittel gelegt, deren Erfolg oder Misserfolg bei der Anwendung auch analysiert wurde. „Lob und Tadel“ als Motivation bzw. Anreiz fanden sogar Beachtung in der Schulordnung. Dies mag auch mit neuen Erkenntnissen aus der Erziehungswissenschaft in den Nachkriegsjahren begründet sein.

4.2. Die Situation der Lehrpersonen

Die Lehrer und Lehrerinnen spielten insofern eine wichtige Rolle, als dass sie die Personen waren, die den Kindern und Jugendlichen die staatliche Gesinnung vermitteln sollten. Sie waren den Lernenden im schulischen System am nächsten und somit hauptverantwortlich für die Inhalte, welche an die Schüler und Schülerinnen herangebracht wurden. Dabei musste die gesamte Lehrerschaft hinter den Idealen des Staates stehen, um vom jeweiligen Regime als ausbildende Person akzeptiert zu werden.

Im Dritten Reich wurde viel im Bereich der Lehrerbildung verändert, um Lehrpersonen auszubilden, die an erste Stelle Träger des Nationalsozialismus waren. Alfred Bäumler schrieb 1942 in seinem Werk „Bildung und Gemeinschaft“, dass der Lehrer bzw. die Lehrerin von da an ein einfacher „Volksgenosse“ mit folgender Aufgabe sein sollte: „auf die Jugend seines Volkes durch Bildung erzieherisch einzuwirken und auf diese Weise das Seine zu leisten an dem Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft“.¹⁸¹ Ernst Kriek fand in seiner Schrift „Nationalpolitische Erziehung“ von 1934 Worte mit ähnlichem Inhalt: „Die deutsche Zukunft braucht nicht in erster Linie Träger einiger Fachwissenschaften, sondern Lehrer der deutschen Bildung, deutsche Bildner mit weitem Blick und Sinn.“¹⁸² Genauso wie bei den Erziehungszielen war auch bei den Lehrpersonen nicht mehr die fachliche Ausbildung an erster Stelle. Gefordert war vor allem die Loyalität gegenüber dem Regime. Das deutsche Volk stand an oberster Stelle und der Auftrag des Lehrkörpers war, die Kinder und Jugendlichen zu Trägern der

¹⁸¹ *Gamm*, Führung und Verführung, 189.

¹⁸² *Gamm*, Führung und Verführung, 207.

nationalsozialistischen Ideologie zu erziehen. Das Vermitteln von fachlichem Wissen wurde hinten angereicht.

Es gab zwei Lösungswege, die aus der gesamten Lehrerschaft im Dritten Reich Träger der nationalsozialistischen Ideologie machten. Zum einen wurden Umschulungen unternommen, für die hauptsächlich der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) zuständig war. Und zum anderen wurden Säuberungen aus politischen oder rassistischen Gründen durchgeführt. Legitimiert wurden die Entlassungsaktionen durch das Gesetz der Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933.¹⁸³

Folgende Absätze aus diesem Gesetz spielten im Zusammenhang mit den Säuberungen eine besonders wichtige Rolle:

- „Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen.“¹⁸⁴ Diese Gruppe von Lehrpersonen wurde von den Nationalsozialisten nicht länger an den Schulen beschäftigt, da sie nicht die, für ihr Empfinden notwendigen, Qualifikationen für den Beruf aufweisen konnten.
- „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen [...]“¹⁸⁵ Von diesem Gesetz ausgenommen waren „Nicht-Arier“, die im Ersten Weltkrieg für das deutsche Volk kämpften oder „deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind“.¹⁸⁶ Ansonsten wurden nur Lehrkräfte der „arischen Rasse“ geduldet.
- „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat

¹⁸³ vgl. Rolf Eilers, Die nationalsozialistische Schulpolitik (Köln 1963), 70.

¹⁸⁴ Albert Gorter, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit den Durchführungsbestimmungen des Reiches, der einzelnen Reichsverwaltungen und der Länder sowie ergänzenden Vorschriften, insbesondere für einzelne Berufskreise und des allgemeinen Reichs- und Landesbeamtenrechts (München 1933), 8f.

¹⁸⁵ Gorter, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 16.

¹⁸⁶ Gorter, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 16.

eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“¹⁸⁷ Vom Gesetz waren also auch Mitglieder anderer Parteien betroffen.

Jedoch beinhaltete die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums noch zwei weitere Absätze, die für Lehrer und Lehrerinnen im Dritten Reich von Bedeutung waren. Es wurde erlassen, dass Lehrpersonen „sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Dienstehnkomen [...] gefallen lassen [mussten], wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert[e].“¹⁸⁸ Das heißt, dass Versetzungen und gegebenenfalls ein geringeres Einkommen akzeptiert werden mussten. Der zweite Punkt konnte für eine Lehrperson den plötzlichen Dienstschluss bedeuten: „Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind.“¹⁸⁹ Für die Schulverwaltung stellte dies eine Vereinfachung dar, da aus fadenscheinigen Gründen ungewünschte Lehrkräfte jederzeit von der Schule entfernt werden konnten.

In Preußen wurden die strengsten Säuberungsmaßnahmen vorgenommen. Dieses Schicksal widerfuhr vor allem den Schulleitungen in Preußen. So wurden 16% der Lehrpersonen an dieser Position ausgewechselt. Die Mittel- und Volksschulen konnten nach Ostern 1933/34 den Unterricht vorerst nicht wieder aufnehmen und mussten die Ferien verlängern, da durch die Entlassungsaktionen ein zu großer Mangel an Lehrpersonen entstanden war. Besonders von den Säuberungen betroffen war der Lehrkörper an den Hochschulen für Lehrerbildung. Hier wurden 60% der Lehrer und Lehrerinnen entlassen. Auch in den anderen Ländern wurden Gegner des Regimes aus dem Schulwesen entfernt oder man griff auf andere Strafmaßnahmen, wie Degradierungen und Versetzungen, zurück, was politischen Gegnern die Übernahme des Schulwesens durch die Nationalsozialisten klarmachen sollte.¹⁹⁰ Am Ende des Jahres 1934 wurde schließlich diese erste Säuberungswelle beendet. Strenge Kontrollen und Bestrafungen für Regimegegner im Schulbereich standen jedoch an der Tagesordnung.¹⁹¹

¹⁸⁷ *Gorter*, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 20.

¹⁸⁸ *Gorter*, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 23.

¹⁸⁹ *Gorter*, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 26.

¹⁹⁰ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 68f.

¹⁹¹ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 72.

Das Regime setzte jedoch mehr auf eine Umschulung der Lehrpersonen, als auf eine Umbesetzung der gesamten Lehrerschaft. So wurde in großem Maß an der Ausbildung für Lehrer und Lehrerinnen gearbeitet. Hier spielte der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) eine wichtige Rolle. Dieser wurde 1927 als politischer Agitationsverband gegründet, was schließlich zur Auflösung aller anderen Lehrervereine führte. Als die Entwicklung des Verbunds abgeschlossen war, wurden 97% aller Lehrpersonen im Dritten Reich von diesem erfasst.¹⁹² Die Hauptaufgabe der Organisation war die Umschulung und Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen. Nachdem zunächst auch das Reichserziehungsministerium zu den Plänen der politischen Schulung der Lehrkräfte beigetragen hatte, kam es im Jahr 1936 schließlich zur genauen Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche des NSLB auf der einen Seite und des Ministeriums auf der anderen Seite. Für die ideologische Schulung war fortan der NSLB und für die fachliche Weiterbildung das Zentralinstitut für Erziehung zuständig.¹⁹³

Beide Institutionen unternahmen Schulungslager, die sich als sehr charakteristisch für die Ausbildung der Lehrkräfte im Dritten Reich herausstellten. Die Indoktrination war in diesen Lagern sehr gut möglich, da die Schulungsteilnehmer und -teilnehmerinnen nicht die Möglichkeit hatten, sich zurückzuziehen. Sie waren ständig in Kontakt mit den anderen Lehrpersonen und das gesamte Schulungsprogramm war von den Ansichten der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen. Sportlicher Drill, Arbeitsgemeinschaften, Vorträge, gemeinsame Lagerdienste, Ansprache, Feiern und „Kameradschaftsabende“ bestimmten dort den Tagesablauf. Die Erziehung der Lehrer und Lehrerinnen zu Trägern des Nationalsozialismus wurde in diesen Lagern verstärkt betrieben.¹⁹⁴

Ebenso wurde bezüglich der Ausbildung an den „Hochschulen für Lehrerbildung“, die ab 1933 diesen Namen trugen, einiges umgestellt. Für die politisch-weltanschauliche Schulung wurden die Fächer Vererbungslehre, Rassen- und Volkskunde sowie Wehrwissenschaft und Grenzlandkunde eingeführt. Der Gegenstand Religionslehre wurde mehr und mehr aufgelöst. Für den Sportunterricht an den Hochschulen war vorerst die SA, später jedoch der

¹⁹² vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 128.

¹⁹³ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 4.

¹⁹⁴ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 6.

Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund zuständig. Letzterer war auch verantwortlich für Morgenappelle und Feierstunden.¹⁹⁵

Auch im Prüfungswesen und bei den Aufnahmekriterien wurden Änderungen vorgenommen. So mussten Lehramtsstudierende der Hitlerjugend angehört haben und Mitglied der SA oder SS bzw. später des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes gewesen sein.¹⁹⁶ Besonders streng wurde die „Linientreue“ der Volksschullehrer und –lehrerinnen überprüft. Vor allem wurden Kenntnisse in den Fächern Rassenkunde, Rassengesetzgebung, Vererbungslehre und Volkskunde abverlangt. Außerdem musste die werdende Lehrperson über die Aufteilung der Erziehungsaufgabe zwischen Staat, Partei, Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht Berufsverband, Hitlerjugend, Schule und Familie Bescheid wissen. Neben diesem überprüfbaren Wissen mussten künftige Lehrpersonen auch eine Beteiligung am politischen Geschehen aufweisen können.¹⁹⁷

Ab 1940 fand eine erneute Änderung in der Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen statt. Die gesamte akademische Schulung wurde abgeschafft und ein „lückenloses Kontroll- und Indoktrinationssystem“ eingeführt.¹⁹⁸ Lehrinhalte wurden überarbeitet und neu festgelegt. Des Weiteren wurden die Bestände in den Bibliotheken vereinheitlicht, um überall den Zugang zu den gleichen Werken zu gewährleisten.¹⁹⁹

Viele Lehrer und Lehrerinnen stellten überzeugte Nationalsozialisten dar. Parteimitglieder rechneten teilweise mit Aufstiegschancen im schulischen Bereich.²⁰⁰ Im Jahr 1932 zählten lediglich 2-3% aller Lehrpersonen zum NSLB. Nach der Machtübernahme steigerte sich dieser Prozentsatz enorm: Am Ende des Jahres 1933 waren 95% aller Lehrer und Lehrerinnen Mitglieder des Verbands. Auch die Zahl der Parteimitglieder stieg an. Im Jahr 1936 waren 32% der Lehrkräfte Mitglieder der NSDAP, was den „höchsten Organisationsgrad unter

¹⁹⁵ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 6.

¹⁹⁶ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 72.

¹⁹⁷ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 8.

¹⁹⁸ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 9.

¹⁹⁹ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 9.

²⁰⁰ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 61.

Beamten“ darstellte.²⁰¹ Nun stellt sich jedoch die Frage nach den oppositionellen Lehrpersonen, die nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie konform gingen.

Dass es auch Lehrpersonen gab, die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber standen, steht außer Zweifel. Doch gab es nur wenige, die wirklich aktiven Widerstand leisteten.²⁰² Lutz van Dick stellt in seinem Buch „Lehreropposition im NS-Staat“ 13 Personen vor, die durch ihr Verhalten als Lehrperson mit dem Regime in Konflikt gerieten. Er definiert diese Lehrer und Lehrerinnen „unabhängig von politischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen“ als „jene Minderheit [...], die sich vor dem Hintergrund ihres ausgeübten Berufs in unterschiedlichen Alltagsformen verweigerte[n], ihre eigene Meinung zu wahren suchte[n] oder hilfreich für andere war[en].“²⁰³ Lutz van Dick ging es in seinen Untersuchungen um den „aufrechten Gang“, den zu beschreiten für die Lehrpersonen im Dritten Reich ein großes Risiko darstellen konnte. Der Grad der Auflehnung musste nicht hoch sein, die Folgen für das eigene Leben konnten jedoch enorm sein.

Die Lehrkräfte im Dritten Reich wurden einer enormen Indoktrination unterzogen und mit großem Aufwand zu Trägern der nationalsozialistischen Weltanschauung ausgebildet. Viele von ihnen traten nationalsozialistischen Verbänden, wie dem NSLB oder der Partei selbst, bei. Nach dem Untergang des Dritten Reichs wurde den Lehrern und Lehrerinnen dieses Verhalten zu Lasten gelegt.²⁰⁴ Gleichzeitig mit dem Vorwurf das nationalsozialistische Regime unterstützt zu haben, kam aber auch die Forderung nach der Umerziehung der deutschen Jugend.

Sehr schnell erkannte man die Notwendigkeit, die Erziehung in den Schulen zu reformieren und die Zielsetzungen neu zu formulieren. Dabei war die Rolle der Lehrperson eine besonders wichtige. Man sah es als dringende Notwendigkeit an, die Schüler und Schülerinnen durch geschultes und vor allem antinazistisches Lehrpersonal zu erziehen. Gemäß dem Antifaschismus, der an zentraler Stelle beim Wiederaufbau stand, mussten zukünftige Lehrer und Lehrerinnen in Ostdeutschland diesen aus innerer Überzeugung vertreten. Der Befehl Nr. 40 der Sowjetischen Militärverwaltung vom August 1945 richtete sich an den Direktor

²⁰¹ vgl. Lutz van Dick, *Lehreropposition im NS-Staat. Biographische Berichte über den „aufrechten Gang“* (Frankfurt am Main 1990), 12.

²⁰² vgl. Eilers, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, 74.

²⁰³ Lutz van Dick, *Lehreropposition im NS-Staat*, 24.

²⁰⁴ vgl. Johannes Niermann, *Lehrer in der DDR* (Heidelberg 1973), 15f.

der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, an die Landes und Provinzialpräsidenten, an die Landräte der Kreise und an die Bürgermeister der Städte und Bezirke innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone. Sie hatten die Aufgabe,

„alle Lehrer zu erfassen, die früher in der Schule tätig waren, und diejenigen von ihnen anzustellen, die keinen aktiven Anteil an faschistischen Organisationen und Gesellschaften genommen haben und fähig sind, demokratische Grundsätze im Unterricht und in der Erziehung der Kinder durchzuführen und das reaktionäre Wesen des Nazismus, der Rassentheorie und den militärischen Charakter des früheren deutschen Staates zu entlarven;“²⁰⁵

Man griff auf Lehrkräfte zurück, die im Faschismus dem Staat nicht als Erzieher dienten und auf solche, die, trotz ihres Lehrerdaseins im Dritten Reich, als zuverlässige Gegner des Nationalsozialismus galten. Man wollte einen neuen, vom Nationalsozialismus völlig befreiten Staat aufbauen. Die Erziehung der Kinder und Jugendlichen war die Voraussetzung für das Gelingen dieser Aktion. Lehrkräfte, die den Nationalsozialismus im Dritten Reich in irgendeiner Weise unterstützten, konnten ihren Beruf in Zukunft nicht mehr ausüben. Ehemalige NSDAP-Mitglieder oder ehemalige Angehörige einer nationalsozialistischen Organisation waren daher als Lehrer oder Lehrerinnen für den neuen Staat untragbar und wurden deswegen entlassen. Die Säuberungen der Lehrpersonen wurden nach Kriegsende in radikaler Weise durchgeführt und wurden für die sowjetische Besatzungsmacht zu einem zentralen Bestreben. Der Vorwurf, der den Lehrern und Lehrerinnen, die im Dritten Reich unterrichtet hatten, gemacht wurde, war von manchen Seiten her vernichtend. Bei einer gemeinsamen Kundgebung der KPD und der SPD im November 1945 behauptete Anton Ackermann, der ab 1949 ein Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der SED und Staatssekretär im Außenministerium war²⁰⁶, dass die Gräueltaten, die während des Nationalsozialismus passiert waren, nicht geschehen wären, „wenn nicht die überwältigende Mehrzahl der Lehrer und Erzieher widerstandslos und willenlos dem Naziungeist gedient, ja, ihm selbst verfallen gewesen wäre [...]“. Ackermann war ab 1946 als Mitglied des Zentralsekretariats der SED und unter anderem verantwortlich für die

²⁰⁵ vgl. Baske, Engelbert, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands, 1. Teil, 4.

²⁰⁶ vgl. Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix (Hg.), Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien (Berlin 2010), 18.

Volksbildung.²⁰⁷ Seine Aussagen hatten demnach Gewicht und durch die Säuberungen, die unternommen wurden, wurde seine Kritik am Lehrkörper auch durch die SMAD bestätigt.

Vor dem Untergang des Dritten Reichs waren ca. 40 000 Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen tätig. Davon waren 28 000 Mitglieder der NSDAP bzw. einer der Partei-gestützten Organisationen. Bis zum Ende der Säuberungen im Jahr 1948 wurden zumindest 20 000 von ihnen aus dem Dienst entlassen. In anderer Literatur findet man, dass es 70% der Lehrkräfte nach Kriegsende waren, die entlassen wurden.²⁰⁸ Eine genaue Zahl lässt sich jetzt jedoch nicht mehr festmachen, da Aufzeichnungen in diesem Bereich fehlen.²⁰⁹ Fest steht aber, dass es ein Nord-Süd-Gefälle in der Entnazifizierung der Lehrer und Lehrerinnen in der SBZ gab. Erst ab dem Frühjahr 1948 begann man in Sachsen-Anhalt monatlich 400 von den insgesamt 3000 Lehrern und Lehrerinnen zu entlassen. Man erklärte sich diesen Umstand durch die schlechte Arbeit der Kultur- und Erziehungsabteilung im Bezirk und eine mangelnde Zusammenarbeit mit dem Ministerium.²¹⁰

Durch die vielen Entlassungen kam es zu einem enormen Lehrermangel, welchen man auf schnellstem Weg beseitigen wollte. Man versuchte, den Beruf der Lehrperson in der Gesellschaft als möglichst attraktiv darzustellen, um den Mangel so rasch wie möglich auszugleichen. In diesem Zusammenhang seien die sogenannten „Neulehrer“ erwähnt, die ein besonderes Phänomen des neuen Schulsystems in der DDR darstellten. Sie setzten sich aus Lehrern und Lehrerinnen zusammen, die in den Schulen tätig waren, ohne eine ausreichende pädagogische Ausbildung genossen zu haben.²¹¹ Im Laufe des Jahres 1945 wurden bereits Personen für die Schulen herangezogen, die nach Erachten der Abteilung Volksbildung der SMAD über ausreichend Allgemeinbildung verfügten. In den weiteren Monaten wurden viele Kurse angeboten, um die Zahl der Lehrkräfte zu steigern. Im Befehl Nr. 162 der SMAD, der vor allem die „Säuberung der Lehrerschaft“ betraf, wurde auch die Einrichtung von weiteren Kursen für

²⁰⁷ vgl. *Müller-Enbergs*, Wer war wer in der DDR?, 18.

²⁰⁸ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 367.

²⁰⁹ vgl. *Füssl*, Die Umerziehung der Deutschen, 334.

²¹⁰ vgl. *Füssl*, Die Umerziehung der Deutschen, 335.

²¹¹ vgl. *Petra Gruner*, Die Neulehrer – ein Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft. Biographische Konstruktionen von Lehrern zwischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Erwartungen (Weinheim 2000), 11.

Neulehrer angeordnet.²¹² Nachdem man mit den Neulehrern eine großartige Chance sah, die gesamte Lehrerschaft auf schnellstmöglichem Weg von nationalsozialistischen Personen zu „befreien“, wurden Werbemaßnahmen getroffen, um Befähigte dazu zu bewegen, den Lehrerberuf zu ergreifen. Zum Beispiel startete die KPD-Zeitung „Deutsche Volkszeitung“ einen Aufruf für die achtmonatigen Ausbildungskurse für zukünftige Lehrer und Lehrerinnen.²¹³ Vorerst versuchte man primär die Stellen an den Volksschulen mit Neulehrern zu besetzen. Ab 1947 wurde auch an Berufsschulen der Schrei nach Neulehrern laut. Erst 1949/50 griff man auch an den Oberschulen auf Neulehrer zurück. Zuvor hatte man dort fachlich ausgebildete Akademiker bevorzugt.²¹⁴ Die Fachausbildung an den Schulen erhielt wieder einen höheren Stellenwert, weswegen man geschulte Lehrkräfte an den höheren Schulen heranziehen wollte. Generell war das Ansehen der Neulehrer in Gesellschaft aufgrund der fehlenden Qualifikation sehr schlecht.²¹⁵

Es ergab sich jedoch eine starke Fluktuation unter den Lehrern und Lehrerinnen. Viele der Neulehrer quittierten den Dienst wieder und gingen in die Wirtschaft, insbesondere in den Jahren 1948 bis 1951.²¹⁶ Das Zentralkomitee der SED sprach bei einer Tagung im Jänner 1951 von 7000 Lehrkräften im Schuljahr 1949/50, die ihren Beruf aufgaben. Das Ministerium für Volksbildung erklärte, dass dies bis Dezember 1950 auf ca. 20% aller Lehrpersonen zutraf.²¹⁷ Das Ministerium für Volksbildung suchte daraufhin nach einem Weg, diesem Rückgang an Ausbildnern entgegen zu wirken. Den Grund für die Dienstquittierungen sah man darin, dass es an zentraler Organisation fehlte. Darum formulierte der Parteivorstand der SED im Augst 1949 drei Grundforderungen an die Lehrpersonen:

- „1. Der Lehrer hat ein Kämpfer für die Ziele der politischen Führung zu sein. [...]*
- 2. Jeder Lehrer muß sich gegen den Krieg und für den Frieden einsetzen.*

²¹² vgl. Gruner, Die Neulehrer – ein Schlüssel-symbol der DDR-Gesellschaft, 63.

²¹³ vgl. Gruner, Die Neulehrer – ein Schlüssel-symbol der DDR-Gesellschaft, 64.

²¹⁴ vgl. Gruner, Die Neulehrer – ein Schlüssel-symbol der DDR-Gesellschaft, 64f.

²¹⁵ vgl. Füssl, Die Umerziehung der Deutschen, 342.

²¹⁶ vgl. Niermann, Lehrer in der DDR, 34.

²¹⁷ vgl. Niermann, Lehrer in der DDR, 35.

3. Jeder Lehrer hat sowjetfreundlich zu sein. Als Freund der Sowjetunion hat er sich Kenntnisse und Erfahrungen aus der Sowjetunion zu eigen zu machen.“²¹⁸

Von diesen Forderungen an die Lehrkräfte erhoffte man sich, einen stabilen Lehrkörper aufzubauen, von dem jeder bzw. jede Einzelne in seinen/ihren Ansichten völlig mit denen der Partei übereinstimmte. Die Lenkung und straffere Organisation durch die Partei sollte vor allem der Abwanderung von Lehrkräften entgegenwirken.

Für eine erfolgreiche Ausbildung von Lehrer und Lehrerinnen zu politischen Trägern des Systems musste auch das gesamte System der Ausbildungsstätten neu organisiert werden. 1945/46 wurden „Pädagogische Fakultäten“ gegründet.²¹⁹ Im Jahr 1952 begannen dort die letzten Studierenden ihre Ausbildung. Ab 1955 mussten nur noch zukünftige Oberstufenlehrer und -lehrerinnen eine Universität besuchen. Für die Lehrpersonen der Unterstufe und Mittelstufe führte man die „Institute für Lehrerbildung“ und die „Pädagogischen Institute“ ein.²²⁰

Eine weitere Form der Anpassung an das sowjetische System erfolgte im Jahr 1951, als es zu einer weiteren Erneuerung in der Ausbildung von Lehrkräften kam. Von da an war die „Lehrerbildung“ dreigeteilt: Die Unterstufenlehrer und -lehrerinnen für die Klassen 1 bis 4 mussten die „Institute für Lehrerbildung“ besuchen. Anstatt der Pädagogischen Fakultäten gab es die „Pädagogischen Institute“ für die Mittelstufenlehrer und -lehrerinnen, welche in den Klassen 5 bis 8 unterrichteten. Die Universitäten waren verantwortlich für die Ausbildung von Oberstufenlehrpersonal, die in den Klassen 9 bis 12 eingesetzt wurden.²²¹ Die zunächst provisorische Ausbildung von Lehrkräften wurde nun von zentraler Stelle aus organisiert.

Mit der Einführung der Zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule ergaben sich erneut auch Änderungen in der Ausbildung von Lehrkräften, jedoch blieb das System dreigeteilt. „Oberstufenlehrer“ waren von

²¹⁸ Niermann, Lehrer in der DDR, 35.

²¹⁹ vgl. Waterkamp, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 365.

²²⁰ vgl. Waterkamp, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 368.

²²¹ vgl. Waterkamp, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 369f.

nun an für die Klassen 5 bis 10 zuständig und Lehrpersonen für die Erweiterte Oberschule unterrichteten in den Klassen 9 bis 12.²²²

Die letzte relevante Veränderung im Ausbildungswesen der Lehrer und Lehrerinnen ergab sich im Jahr 1969. Die Ausbildung der Lehrpersonen der Klassen 5 bis 10 und jene der Klassen 9-12 wurde zusammengelegt und konnte an Universitäten, Pädagogischen Instituten oder der Pädagogischen Hochschule Potsdam genossen werden. Dieses Studium dauerte acht Semester lang und man schloss mit Diplom ab.²²³ Es gab demnach nur mehr zwei Ausbildungswege für zukünftige Lehrpersonen. Man konnte Unterstufenlehrer bzw. Unterstufenlehrerin oder sogenannter „Fachlehrer“ werden, als welcher man in den Klassen 5 bis 12 unterrichten konnte.

Weiters gab es ab 1950 „Institute für Berufsschullehrerausbildung“, an welchen man eine zunächst zweijährige, später dreijährige Ausbildung erfahren konnte. Bereits seit 1947 wurden auch an den Universitäten Schulungen für das zukünftige Berufsschullehrerpersonal angeboten. Ab 1958 wurden schließlich alle Lehrer und Lehrerinnen für Berufsschulen an der Universität ausgebildet.²²⁴

Die Ausbildung von Lehrkräften in der DDR veränderte sich nach 1969 nicht mehr maßgeblich, sondern blieb bis zur politischen Wende 1989 in ihrer Zweiteilung mit einer externen Berufsschullehrerausbildung bestehen.

So sehr man sich auch bemühte, die Lehrer und Lehrerinnen für die Ideen des Marxismus zu begeistern, so gab es trotzdem auch oppositionelle Lehrkräfte, die nicht mit den Ansichten der SED konform gingen. Zunächst gab es noch Lehrer und Lehrerinnen an Schulen mit anderen pädagogischen Konzepten. Diese Ausbildungsstätten wurden jedoch geschlossen, um ein einheitliches Schulsystem aufzubauen.²²⁵ Als oppositionelle Lehrperson in der DDR hatte man somit nur mehr die Möglichkeit, die eigene Meinung zu unterdrücken und sich dem System zu ergeben, gegen das System anzukämpfen, was für die eigene Person nicht ungefährlich war oder die Republikflucht. In der Zeit von 1953 bis 1958 verließen durchschnittlich 1500 Lehrer und Lehrerinnen die DDR. Jede sechste Person war

²²² vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 370.

²²³ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 371.

²²⁴ vgl. *Waterkamp*, Handbuch zum Bildungswesen der DDR, 372f.

²²⁵ vgl. *Füssl*, Die Umerziehung der Deutschen, 346.

davon unter 25 Jahre alt, was bedeutete, dass sie die Ausbildung erst nach 1945, somit in der SBZ bzw. DDR erhalten hatte.²²⁶

Lehrpersonen im Nationalsozialismus und im Kommunismus waren Vermittler zwischen dem Staat und der jungen Bevölkerung. Es wurde von der Partei vorgegeben, was den Kindern und Jugendlichen im Staat gelehrt werden sollte. Die gesellschaftliche Stellung einer Lehrperson war im Dritten Reich jedoch eine andere als in der DDR. Unter Hitler gab es viele Institutionen, die verantwortlich waren für die Erziehung Jugendlicher, doch vor allem war es die Hitlerjugend. Der Lehrer bzw. die Lehrerin als Erziehungsperson war hinten angereicht. In der DDR aber wurde der Beruf der Lehrperson wieder aufgewertet. So hieß es auch im „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“: „Die Lehrer und Erzieher genießen [...] die Wertschätzung der gesamten Gesellschaft und erhalten bei ihrer für das ganze Volk wichtigen Arbeit die volle Unterstützung des sozialistischen Staates.“²²⁷ In der Realität sah die Lage jedoch anders aus, da vor allem die Neulehrer von der Bevölkerung minder geschätzt wurden. Dennoch bemühte sich die SED um einen hohen Stellenwert der Lehrpersonen im Staat. So gab es auch mehrere Auszeichnungen, die Lehrkräfte in ihrer beruflichen Laufbahn erhalten konnten. Es wurden Medaillen an besonders bemühte Lehrer und Lehrerinnen vergeben, die höchste Anerkennung war jedoch die Verleihung des Titels „Verdienter Lehrer des Volkes“. Diese Auszeichnungen erhielten die Lehrpersonen jeweils am 12. Juni, dem „Tag des Lehrers“.²²⁸ Die Nationalsozialisten hingegen stellten die Führer der Hitlerjugend auf einen Sockel und reihten die Lehrer und Lehrerinnen hinten an, genauso wie sie den ganzen Schulbetrieb hinter die Aktivitäten der Hitlerjugend stellten.

Zahlreiche Entlassungen bei den Lehrkräften gab es in beiden Regimen. In der Sowjetischen Besatzungszone ging man allerdings viel radikaler vor, als zuvor im Dritten Reich. Die Säuberungen in der DDR betrafen über 50% der Lehrer und Lehrerinnen. Vergleichbare Werte fand man im Nationalsozialismus lediglich bei den Ausbildungskräften in den Ausbildungsinstituten für Lehrkräfte. Man setzte im Dritten Reich auf die Umschulungen und steckte viel Arbeit in die Ausbildung des Lehrkörpers. Das zentrale Organ dafür war der NSLB, welcher in der Erziehungsarbeit für Lehrer und Lehrerinnen eine entscheidende Rolle spielte. Die

²²⁶ vgl. *Füssl*, Die Umerziehung der Deutschen, 348.

²²⁷ *Baske, Engelbert*, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands, 2. Teil, 388.

²²⁸ *Niermann*, Lehrer in der DDR, 181f.

Aus- und Weiterbildung, welche zu einem großen Teil in Lagern stattfand, wurde genauestens geplant. In der DDR hingegen gab es nach Kriegsende keine geregelte Ausbildung für Lehrpersonen. Man wollte auf möglichst raschem Weg dem Mangel an Lehrkräften entgegensteuern und setzte zunächst auf eine schnelle Ausbildung, welche der Qualität dieser schadete.

In beiden Diktaturen waren die Lehrkräfte primär die Vermittler der jeweiligen politischen Weltanschauung. Lehrer und Lehrerinnen im Dritten Reich mussten die Ideale Hitlers vertreten und jene in der DDR mussten den Marxismus-Leninismus als Ideologie unter den Kindern und Jugendlichen verbreiten. Dass die Lehrpersonen als Vertreter selbst hinter diesen Weltanschauungen stehen mussten, war sowohl der NSDAP, als auch der SED bewusst. Dass jede einzelne Person, die im schulischen Bereich tätig war, dem Regime deswegen diene, weil sie aus tiefster Überzeugung Nationalsozialist bzw. Anhänger des Marxismus-Leninismus geworden war, muss jedoch in Frage gestellt werden.²²⁹

Und dann gab es noch die oppositionellen Lehrkräfte, die sich in gewisser Weise gegen die Diktatur auflehnten. Dass diese Lehrer oder Lehrerinnen nicht mit den Ansichten des Regimes konform gingen, konnte sich durch bloße Befehlsverweigerung bis hin zum aktiven Widerstand äußern und stellte für die Lehrperson im Dritten Reich ein großes Risiko dar.²³⁰ In der DDR äußerte sich das oppositionelle Lehrerverhalten bei einem großen Teil der Lehrkräfte durch Republikflucht. Für Lehrkräfte, die in der DDR blieben, zogen Verhaltensweisen gegen das Regime keine vergleichbaren Konsequenzen nach sich und spielten auch nach 1989 keine so große Rolle wie der Widerstand der Lehrer und Lehrerinnen im Nationalsozialismus.

Interessant ist auch die Betrachtung des Geschlechterverhältnisses unter den Lehrkräften im Dritten Reich und der DDR. Die Rolle der Frau im Nationalsozialismus war vor allem die der Mutter und Hausfrau. Der Großteil der weiblichen Bevölkerung im Nationalsozialismus beschäftigte sich mit der Familie und Kindererziehung. Trotzdem mussten 40% der Frauen arbeiten gehen.²³¹ Bedingt durch den Krieg wurden die ursprünglichen Forderungen an die Frau nicht mehr beachtet und so mussten auch Frauen in der Industrie und im

²²⁹ vgl. Charles B. *Lansing*, *From Nazism to Communism*, 6.

²³⁰ vgl. *Van Dick*, *Lehreropposition im NS-Staat*, 28.

²³¹ vgl. Ute *Benz* (Hg.), *Frauen im Nationalsozialismus* (München 1993), 28.

militärischen Bereich arbeiten.²³² In der Schule betrug der Frauenanteil im Lehrkörper lediglich 26-27%. Dieser Prozentsatz stieg in der DDR durch die völlige Umwälzung der Lehrkräfte an und erreichte 47,5%.²³³ Demnach herrschte fast eine Ausgewogenheit zwischen weiblichen und männlichen Lehrkräften.

4.3. Die Situation der Schüler und Schülerinnen

Das letzte Rädchen in der ideologisch bis ins kleinste Detail geplanten Maschinerie des Schulwesens im Nationalsozialismus sowie in der DDR ist der Schüler/die Schülerin selbst. Die Unterschiede in der Behandlung der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihres Geschlechtes, der „Rasse“ und ihrer politischen Einstellung zur jeweiligen Partei sollen hier analysiert werden. Das Vorgehen bei der Herausbildung einer politischen Elite durch die Gründung spezieller Schultypen und die Behandlung von Menschen mit körperlichen oder geistigen Benachteiligungen sollen in beiden Regimen aufgezeigt und verglichen werden.

Da die ideologische Vorstellung einer Frau durch das nationalsozialistische Regime als jene der Mutter und Hausfrau propagiert wurde²³⁴, hatte ein Mädchen nicht dieselben Ausbildungsmöglichkeiten wie ein Junge, dem im späteren Leben weiterreichende Aufgaben zgedacht wurden. In der Zeit der Weimarer Republik wurde fortschrittlicher und in Richtung Gleichberechtigung gedacht, weswegen die „Mädchenbildung“ ab 1937 im Rahmen der „Umgestaltung und Neuordnung des allgemeinen Schulwesens“ nach nationalsozialistischen Vorstellungen umgestellt werden musste.²³⁵ Diese Änderungen stellten vor allem eine Einschränkung für die weibliche Bevölkerung in den Ausbildungsmöglichkeiten dar.

Bis 1933 gab es für Mädchen die Möglichkeit einer höheren Schulbildung in Form einer sechsklassigen Schule mit sprachlichem und hauswirtschaftlichem Zweig. An die sprachliche Form anschließend konnten sie eine sprachliche oder naturwissenschaftliche Oberstufe besuchen. Diese beiden Schulen nannten sich „Lyzeum“ bzw. „Oberlyzeum“ und wurden vom Großteil der weiblichen Bevölkerung beansprucht. Ein Abschluss dieser Schulen erlaubte den

²³² vgl. *Benz* (Hg.), *Frauen im Nationalsozialismus*, 34f.

²³³ vgl. *Max G. Lange*, *Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands* (Frankfurt am Main 1954), 122f.

²³⁴ vgl. *Eilers*, *Die nationalsozialistische Schulpolitik*, 18f.

²³⁵ vgl. *Böhme, Hamann*, *Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit*, 86.

Abgängerinnen die Ausbildung zur Lehrerin an der Hochschule.²³⁶ Weiters gab es auch noch Realgymnasien und Studienanstalten mit Lateinunterricht, die den Mädchen zugänglich waren.²³⁷ Dies sollte sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten schnell ändern.

Bereits 1933 wurde erlassen, dass nur mehr 10% der Studienanfänger weiblich sein durften. Gleichzeitig wurden auch die Studien- und Berufsmöglichkeiten der Frau stark eingeschränkt. Leitungspositionen durften nur mehr Männer innehaben und ab 1936 konnten Frauen keine Richterinnen, Staats- oder Rechtsanwältinnen mehr sein. Für Ärztinnen waren die Anstellungschancen sehr gering.²³⁸

Ab 1934 in Preußen und ab 1936 galt reichsweit, dass Mädchen in Jungenschulen nicht mehr zugelassen waren.²³⁹ Und auch bei der elitären Ausbildung wurde die weibliche Bevölkerung völlig außer Acht gelassen. So gab es unter den 39 Nationalpolitischen Erziehungsanstalten nur zwei Mädchenschulen.²⁴⁰

Zudem wurde 1937 die gymnasiale Bildung für Mädchen durch das Reichserziehungsministerium abgeschafft. Nur wenige von ihnen konnten Jungenschulen besuchen, doch dabei wurde ihnen der Lateinunterricht in der Unter- und Mittelstufe verwehrt, wodurch ein Besuch der Oberstufe unmöglich gemacht wurde, da Latein als Voraussetzung für diese galt.²⁴¹ Ein weiterer Ausbildungsweg wurde somit verbaut.

Ab 1938 wurden schließlich mit der „Neuordnung des höheren Schulwesens“ die „Oberschulen für Mädchen“ eingeführt.²⁴² Hier gab es abermals einen sprachlichen und einen hauswirtschaftlichen Zweig. Bis zum Abitur wurde, auch in der sprachlichen Form der Schule, die Absolvierung von Fächern mit hauswirtschaftlichem Inhalt gefordert.²⁴³ Generell wurde für die Ausbildung der Mädchen den „Fächern des Frauenschaffens“ große Bedeutung beigemessen. Dazu zählten Kochunterricht, Haus- und Gartenarbeit im Werkunterricht, Handarbeit, Gesundheitslehre und -pflege und ein vierwöchiges Schnuppern in

²³⁶ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 86.

²³⁷ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 20.

²³⁸ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 88.

²³⁹ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 19.

²⁴⁰ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 20.

²⁴¹ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 20.

²⁴² vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 87.

²⁴³ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 20.

Säuglingsheimen, Kindergärten und Familien.²⁴⁴ So sollten die Mädchen bestmöglich auf ihre zukünftigen Aufgaben in der Familie vorbereitet werden.

Für Jungen standen in der schulischen Ausbildung alle Türen offen. Und für besonders begabte Schüler gab es die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, die Adolf-Hitler-Schulen und als Sonderfall die „NS-Deutsche Oberschule Starnberger-See“, die der Ausbildung zukünftiger Partei- und Staatsführer dienten.²⁴⁵ Letztere soll im Folgenden nicht näher erläutert werden.

Die ersten Nationalpolitischen Erziehungsanstalten wurden zu Hitlers Geburtstag, am 20. April 1933 eröffnet.²⁴⁶ Am Ende des Jahres 1938 bestanden bereits 21 dieser Eliteschulen und 1943 gab es im Dritten Reich insgesamt 39 Nationalpolitische Erziehungsanstalten.²⁴⁷

Um in den elitären Kreis der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt aufgenommen zu werden, mussten einige Bedingungen erfüllt sein. Aufnahmekriterien waren die Mitgliedschaft in der HJ, Gesundheit, Sportlichkeit, arische Abstammung und ein positives politisches Gutachten, das vom Kreisleiter erstellt wurde. Die Kosten für die Ausbildung wurden je nach finanzieller Lage der Familie bestimmt. Die Lehrkräfte in der dritten und vierten Schulstufe hatten die Aufgabe, besonders leistungsstarke Schüler dem Kreisschulrat zu melden, der dann dafür verantwortlich war, die Eltern vom Eintritt ihres Kindes in eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt zu überzeugen.²⁴⁸

In diesen Schulen fand eine sehr mangelnde fachliche Bildung der Schüler und Schülerinnen statt. Der Unterricht richtete sich nach den Lehrplänen der höheren Schulen und ab 1938 an jenen der der „Deutschen Oberschule“. An zentraler Stelle standen die sportliche Tätigkeiten der Schüler²⁴⁹ sowie eine militärische Ausbildung.²⁵⁰ Die Ausbildung in den Eliteanstalten war demnach ganz nach den nationalsozialistischen Erziehungszielen ausgerichtet.

²⁴⁴ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 87.

²⁴⁵ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 41.

²⁴⁶ vgl. *Dirk Gelhaus, Jörn-Peter Hüter*, Die Ausleseschulen als Grundpfeiler des NS-Regimes (Würzburg 2003), 50.

²⁴⁷ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 42.

²⁴⁸ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 45.

²⁴⁹ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 44.

²⁵⁰ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 45.

Die erste Adolf-Hitler-Schule wurde erst 1937 auf Initiative von Robert Ley, dem Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“, und Baldur von Schirach, dem Reichsjugendführer, gegründet.²⁵¹ Es gab einen wesentlichen Unterschied zwischen den beiden Eliteschulen im Dritten Reich. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten waren zunächst Teil des allgemeinen Schulwesens und somit unter staatlicher Aufsicht. Erst später entwickelten sie sich zu Eliteschulen. Die Adolf-Hitler-Schulen dienten jedoch von Beginn genau diesem Zweck. Außerdem schotteten sich die Adolf-Hitler-Schulen vom allgemeinen Bildungswesen und dem Reichserziehungsministerium ab und führten dazu eigene Lehrbücher ein. Ab 1938 konnten sich die Adolf-Hitler-Schulen durch die Gründung einer eigenen Akademie zur Ausbildung der Lehrkräfte völlig vom staatlichen Einfluss lösen.²⁵² Die Aufsicht über die Schulverwaltung der Adolf-Hitler-Schulen hatte die NSDAP inne und die Schüler, die ausgewählt wurden, diese Erziehungsanstalt zu besuchen, wurden nicht von Lehrpersonen in der Schule bestimmt, sondern von HJ-Führern vorgeschlagen.²⁵³ Ein Schulgeld wurde nicht eingehoben. Die Kosten übernahm die NSDAP.²⁵⁴ Die Adolf-Hitler-Schulen waren somit die Schulen der Partei und bestanden völlig unabhängig zum anderen Schulsystem.

Die Adolf-Hitler-Schulen wurden als sechsklassige Oberschulen für Jungen im Alter von 12 bis 18 Jahren geführt.²⁵⁵ Prüfungen, Zeugnisse und das Wiederholen von Klassen gab es für die Eliteschüler nicht. Wichtig war nach Robert Ley lediglich das Auftreten des Schülers als Träger der nationalsozialistischen Ideologie.²⁵⁶ Die Aufnahmekriterien für diese Schule waren ähnlich wie jene für die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten. Man musste sich in der Hitlerjugend besonders bewähren, arischer Abstammung sein und von der örtlichen Parteiführung vorgeschlagen werden. Schließlich fanden zweiwöchige Lager statt, um die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Schüler zu überprüfen.²⁵⁷

Schüler, die die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten besuchten, wurden in der Regel Offiziere in der Wehrmacht und kamen später auch vermehrt bei der

²⁵¹ vgl. *Gelhaus, Hülder*, Die Ausleseschulen als Grundpfeiler des NS-Regimes, 83f.

²⁵² vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 46f.

²⁵³ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 47.

²⁵⁴ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 114f.

²⁵⁵ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 114.

²⁵⁶ vgl. *Gelhaus, Hülder*, Die Ausleseschulen als Grundpfeiler des NS-Regimes, 85f.

²⁵⁷ vgl. *Böhme, Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit, 114f.

Waffen-SS zum Einsatz.²⁵⁸ Die ersten Abgänger der Adolf-Hitler-Schulen 1943 gingen in nationalsozialistische Ordensburgen, Ausbildungsstätten, die auch für die Ausbildung des Führungspersonals zuständig waren, über oder weiter in die Führerschulen der HJ. Der Plan, dass die Absolventen der Schule in der Erzieherakademie weiter zu Lehrkräften für die Adolf-Hitler-Schulen ausgebildet werden sollten, wurde nie ausgeführt.²⁵⁹

Die Ausbildung einer Elite, die die Führung im Staat weitertragen würde, war für die Nationalsozialisten von großer Bedeutung. Darum versuchten sowohl die Initiatoren der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, als auch jene der Adolf-Hitler-Schulen diese auszubauen. Die Zahl der Neuanfänger in letzteren beschränkte sich auf die Zahl von 600 Schülern pro Jahr.²⁶⁰ Dennoch waren die Eliteschulen im Dritten Reich sehr begehrt und erfüllten mit ihrer Aufgabe der Ausbildung von zukünftigem Führungspersonal eine wichtige Rolle für den Staat.

Im völligen Gegensatz dazu stand der Umgang der Nationalsozialisten mit Schülern und Schülerinnen, die nicht arischer Abstammung waren. Das Ziel der Partei war es, jüdische Kinder und Jugendliche von den deutschen zu trennen. Bereits 1933 wurde dazu der erste Schritt getan. Es wurde das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ erlassen. Dieses legte fest, dass an mittleren und höheren Schulen nur so viele jüdische Jugendliche aufgenommen werden durften, wie es dem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil entsprach. In der ersten Durchführungsverordnung wurde diese Zahl auf 1,5% festgelegt.²⁶¹ Von da an schickten viele jüdische Eltern ihre Kinder nicht mehr an deutsche Schulen. Trotzdem waren es im Jahr 1937 noch 40% der jüdischen Kinder und Jugendlichen, die deutsche Schulen besuchten.²⁶²

Schließlich wurden auch noch weitere Maßnahmen ergriffen, um die jüdische Bevölkerung aus dem staatlichen Schulbetrieb immer mehr auszuschließen. So konnte ab 1934 die jeweilige Schulleitung bestimmen, an welchen Feiern jüdische Schüler und Schülerinnen teilnehmen durften. Die Partizipation an Ausflügen zu Schullandheimen wurde im Jahr darauf für Juden und Jüdinnen gesetzlich verboten. Auch das Praktikumsjahr für jüdische Mädchen nach ihrer

²⁵⁸ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 46.

²⁵⁹ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 47f.

²⁶⁰ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 47.

²⁶¹ vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 258.

²⁶² vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 258.

hauswirtschaftlichen Ausbildung wurde ihnen untersagt und der jüdische Religionsunterricht wurde reichsweit abgeschafft. Finanzielle Hilfe durch den Staat verweigerte man jüdischen Schülern und Schülerinnen und Anerkennungen für schulische Leistungen wurden an diese nicht mehr vergeben.²⁶³ Die Situation für die jüdische Bevölkerung im Dritten Reich verschlechterte sich im Laufe der Zeit immer weiter.

Am 15. September 1935 wurden die „Nürnberger Rassengesetze“ erlassen, um die Vermischung von arischem mit jüdischem Blut endgültig zu unterbinden.²⁶⁴ Um dieses Gesetz zu bestärken, erließ das Reichserziehungsministerium, dass der Unterricht für jüdische und deutsche Kinder an den Volksschulen gänzlich zu trennen sei. Dies sollte ab dem Schuljahr 1936/37 durchgesetzt werden.²⁶⁵ Von da an besuchten auch immer weniger jüdische Schüler und Schülerinnen die höheren Schulen. Dieser Rückgang des jüdischen Anteils an Lernenden in der Schule wurde durch das „Novemberpogrom“ vom 9. auf 10. November 1938 abermals verstärkt. Kurz danach wurde jüdischen Kindern und Jugendlichen der Besuch deutscher Schulen völlig verboten.²⁶⁶

Die jüdischen Schulen standen nach dem Gesetz zwar unter staatlicher Aufsicht, von dieser machte die NSDAP jedoch kaum Gebrauch. Außerdem wurde kein Einfluss auf die Lehrpläne der Unterrichtsanstalten genommen und auch Anträge, wie zum Beispiel jener auf die Verwendung eines eigenen Schulbuchs für die jüdischen Schulen, wurden ohne weiteres genehmigt. Die Zeugnisse zur Reifeprüfung, die dort abgelegt wurden, wurden gekennzeichnet, um sie von jenen der arischen Schüler und Schülerinnen unterscheiden zu können. Die Lehrkräfte an den jüdischen Schulen setzten sich vor allem aus jenen Lehrern und Lehrerinnen zusammen, die im Zuge der Säuberungen in den ersten Jahren nach der Machtübernahme pensioniert wurden.²⁶⁷ Durch all diese Maßnahmen erlangte man die Abschottung des jüdischen Schulbetriebs von den deutschen Schulen.

²⁶³ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 100.

²⁶⁴ vgl. Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre [„Nürnberger Gesetze“], 15. September 1935, und die beiden ersten Ausführungsbestimmungen, 14. November 1935. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, online unter <http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0007_nue&object=facsimile&pimage=1&v=100&nav=&l=de> (02.10.2013).

²⁶⁵ vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 258f.

²⁶⁶ vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 259.

²⁶⁷ vgl. *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 101.

Als die Judenvernichtungsaktion bereits in brutaler Weise ablief, weitete man 1942 die Beschränkungen des Schulunterrichts auch auf jüdische „Mischlinge“ aus. Außerdem erfolgte auch die Aufhebung der Schulpflicht für jüdische Schüler und Schülerinnen. Und im Juni 1942 wurden schließlich alle jüdischen Schulen geschlossen und der Unterricht in öffentlichen Bildungsanstalten war für nicht-arische Kinder und Jugendliche ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich.²⁶⁸

Doch nicht nur aufgrund ihrer „Rasse“ wurden Schüler und Schülerinnen in den nationalsozialistischen Schulen benachteiligt bzw. ausgeschlossen. Auch geistige oder körperliche Krankheiten führten zur Exklusion. In diesem Fall spielte die „Hilfsschule“ des Dritten Reichs eine wichtige Rolle. Bereits in der Weimarer Republik bestanden Hilfsschulen für geistig oder körperlich eingeschränkte Kinder. Nach der Machtübernahme Hitlers gab es Tendenzen zur Abschaffung dieser Institutionen, doch muss berücksichtigt werden, dass schon vor dem Regierungswechsel ein Abbau der Hilfsschulen aus Kostengründen stattfand.²⁶⁹ Trotzdem blieben diese bestehen, doch die Funktion der Hilfsschule wurde im Nationalsozialismus völlig neu definiert.

Am 14. Juli 1933 wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen, worin genau erklärt wurde, wer als „minderwertig“ im Dritten Reich zu gelten hatte. Zusammenfassend betraf es alle, die an irgendeiner Art körperlicher oder geistiger Störung litten. Festgelegt wurde durch dieses Gesetz, dass diese Menschen durch Sterilisation unfruchtbar gemacht werden sollten, um der Verbreitung dieser Krankheiten entgegenzuwirken.²⁷⁰ Um einen Überblick über die erblich Erkrankten zu bekommen, mussten „alle nach den ministeriellen Bestimmungen als hilfsschulpflichtig anzusprechenden Kinder nach Möglichkeit [...] restlos der Hilfsschule zugewiesen werden“.²⁷¹ Die Hilfsschule hatte demnach die Aufgabe, alle nach Ansichten der Nationalsozialisten „minderwertigen“ Kinder und Jugendlichen zu sammeln, was im Erlass „Überweisung von Kindern in die Hilfsschule“ vom Februar 1935 festgehalten wurde.

²⁶⁸ vgl. *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 259.

²⁶⁹ vgl. Manfred *Höck*, Die Hilfsschule im Dritten Reich (Berlin 1979), 46.

²⁷⁰ vgl. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (14. Juli 1933). In: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, online unter <http://germanhistorydocs.ghidc.org/sub_document.cfm?document_id=1521&language=german> (02.10.2013).

²⁷¹ *Fricke-Finkelburg*, Nationalsozialismus und Schule, 137.

Kurz darauf erschien auch der Erlass zur „Sterilisation von Hilfsschulkindern“. Der Erlass forderte die Schulleitungen der Hilfsschulen dazu auf, den Staat bei den Maßnahmen, die für die Sterilisationen ergriffen werden mussten, zu unterstützen. Dass die Lehrkräfte an den Hilfsschulen dafür herangezogen wurden, die erbliche Belastung eines Lernenden an der Schule zu beurteilen und danach gemeinsam mit der für die Sterilisation verantwortliche Institution zu beraten, sorgte für einen Bruch zwischen den Eltern und den Lehrkräften.²⁷² Zum Teil widersetzten sich die Eltern, ihre Kinder in die Hilfsschule einzuweisen, da ihnen dort die Unfruchtbarmachung drohte.²⁷³

Im Zuge der Umgestaltung der Volksschule wurde der Hilfsschule ab 1937 eine neue Aufgabe zuteil. Es wurden leistungsschwache Kinder aus der Volksschule überstellt, um diese von den Schülern und Schülerinnen mit guten und hohen Leistungen zu trennen.²⁷⁴ Und eine letzte Aufgabe wurde besonders während des Krieges an die Hilfsschulen gestellt: Sie sollten aus den dortigen Schüler und Schülerinnen „nach Maßgabe ihrer Kräfte arbeits- und erwerbsfähige Glieder des deutschen Volkes“ machen.²⁷⁵ Diese Funktion sollte auch dazu dienen, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen, welche durch die fortschreitende Euthanasie beunruhigt waren.

Die insgesamt drei Funktionen der Hilfsschule, die Funktion als „Sammelbecken von Minderwertigen“, die Aufnahme von Leistungsschwachen und die Erziehung zu „brauchbaren Gliedern der Volksgemeinschaft“, wurden in den Richtlinien für „Erziehung und Unterricht in der Hilfsschule“ im Jahr 1942 gesetzlich festgehalten. Dadurch ergab sich, dass die Sport- und Werkerziehung in den Hilfsschulen vorrangig war.²⁷⁶ Es wurde versucht, aus den Schülern und Schülerinnen dieser Institution einen Nutzen für das Volk zu ziehen. Außerdem erhielten die Lernenden in der sechsklassigen Hilfsschule Unterricht in den Fächern „Heimatkundlicher Unterricht“, „Deutsch“, „Gesang“, „Rechnen“ sowie Religion.²⁷⁷

Der nationalsozialistische Staat machte die Ausbildung betreffend einen Unterschied zwischen Mädchen und Jungen, erhob die elitäre Bildung an speziellen

²⁷² vgl. Höck, Die Hilfsschule im Dritten Reich, 105f.

²⁷³ vgl. Eilers, Die nationalsozialistische Schulpolitik, 103.

²⁷⁴ vgl. Höck, Die Hilfsschule im Dritten Reich, 73f.

²⁷⁵ Erziehung und Unterricht in der Hilfsschule (Berlin 1942), In: Fricke-Finkelnburg, Nationalsozialismus und Schule, 143.

²⁷⁶ vgl. Fricke-Finkelnburg, Nationalsozialismus und Schule, 134f.

²⁷⁷ vgl. Fricke-Finkelnburg, Nationalsozialismus und Schule, 156.

Schulen für Begabte zu einem wichtigen Ziel, spaltete das jüdische Schulwesen zunächst vom deutschen ab und verbot es schließlich völlig und führte die aus der Weimarer Republik stammende Hilfsschule in ihrer neuen Funktion als Auffangbecken für „minderwertige“ Kinder und Jugendliche weiter. Die Heranwachsenden im Dritten Reich waren gegen diese Bestimmungen völlig machtlos. Geschlecht, Abstammung und gesundheitlicher Zustand waren im nationalsozialistischen Regime entscheidend für die schulische Laufbahn eines Kindes. Die Schüler und Schülerinnen, die durch einen dieser Punkte benachteiligt waren, konnten nichts an ihrer Situation ändern. Alle anderen, die von keinem dieser Fälle betroffen waren, hatten die Chance, im Dritten Reich Karriere zu machen, unabhängig vom sozialen und finanziellen Hintergrund. Voraussetzung dafür war jedoch die politische Bekennung zum Nationalsozialismus. Obwohl man ein „sorgloses“ Leben führen konnte, wenn man sich der Partei anschloss und Mitglied in der HJ wurde, gab es doch junge Menschen, die sich dem Nationalsozialismus nicht beugten.

Es war dem nationalsozialistischen Regime nicht gelungen, alle Heranwachsenden im Dritten Reich für die Partei bzw. die Hitlerjugend zu gewinnen. Die sich widersetzende Jugend fand sich in verbotenen Arbeiterjugendverbänden, kirchlichen Jugendgruppen, in der illegalen bündischen Jugend und in den von der Partei als „wilde“ Gruppen bezeichneten Zusammenschlüssen wieder.²⁷⁸ Bevor diese Gruppen entstanden, gab es andere Organisationen, die die Nationalsozialisten als Gefahr für das Regime ansahen und deswegen ihr weiteres Bestehen verhinderten.

Vor 1933 gab es den „Kommunistischen Jugendverband“, die „Sozialistische Arbeiterjugend“ und die „Naturfreunde“ als Organisation der Sozialistischen Arbeiterpartei. Diese setzten sich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zunächst noch zur Wehr. Nachdem sie sich jedoch als einzelne, parteizugehörige Verbände nicht durchsetzen konnten, unternahm man den Versuch eines überparteilichen Zusammenschlusses. Diese Unternehmung scheiterte aber durch die brutale Vorgehensweise der Nationalsozialisten in ihrer Verfolgung.²⁷⁹

²⁷⁸ vgl. Arno Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“ (Weimar 1996), 19.

²⁷⁹ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 19f.

Die einzigen Organisationen, die noch länger neben der Hitlerjugend bestehen blieben, waren die konfessionellen Gruppen. Dabei stellte sich die „Katholische Jugend“ als die stärkste non-konforme Gruppe heraus. Der NSDAP gelang die Sicherung der Situation bei den evangelischen Jugendgruppen und man gliederte diese in das System ein, um sie später aufzulösen. Die katholischen Verbände aber konnten erst 1937/38 endgültig verboten werden.²⁸⁰

Der „Bündischen Jugend“ als eine weitere oppositionelle Gruppe blieben Jugendliche im Dritten Reich treu, auch als die Hitlerjugend bereits einen enormen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen konnte. Als die HJ zur Staatsjugend wurde, wollte man die Bündische Jugend illegal noch weiterführen. Dieses Unternehmen wurde jedoch durch die Partei verhindert und Anfang 1941 stellte die Reichsjugendführung zufrieden fest, die „bündischen Umtriebe“ zerschlagen zu haben.²⁸¹ Es bildeten sich jedoch noch mehrere illegale Gruppen, wie die „Edelweißpiraten“ oder die „Swing-Jugend“. Diese oppositionellen Zusammenschlüsse Jugendlicher bezeichneten die Nationalsozialisten als „Cliques“. Sie entwickelten sich, da die Selbstbestimmung in der HJ zu kurz kam und den Jugendlichen zu wenige Freiheiten eingeräumt wurden. Vor allem in den Kriegsjahren traten diese verstärkt auf. Was die gemeinsamen Aktivitäten der Gruppen betraf, so wurden Ausflüge und Wanderungen unternommen oder zum Beispiel Zelten gefahren. Die Reichsjugendführung klagte, dass die jungen Menschen der „wilden Gruppen“ singend durch Städte zogen.²⁸² Die „Edelweißpiraten“ sprachen vor allem die Jugendlichen in den Arbeiterwohnquartieren an, wohingegen die „Swing-Jugend“ sich westlich orientierte und ihren Schwerpunkt im großstädtischen Gewerbebürgertum hatte.²⁸³

Die Angehörigkeit zu diesen Gruppen zeigte die non-konforme Einstellung der Jugendlichen gegenüber dem Regime und offenbarte ihr Verlangen nach Freiheit. Es wurde aber auch aktiver Widerstand durch Jugendliche geleistet, was besonders durch die „Weiße Rose“, die Gruppe um die Geschwister Sophie und Hans Scholl, bekannt ist. Die Anhänger dieser Widerstandsgruppe wurden alle hingerichtet. Dieses Schicksal erlitten aber auch andere jugendliche

²⁸⁰ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 21f.

²⁸¹ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 23f.

²⁸² vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 26.

²⁸³ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 27.

Widerstandskämpfer.²⁸⁴ So zahlreich wie die Anhänger der Edelweißpiraten oder der Swing-Jugend waren diese jedoch nicht, was durch das erhebliche Risiko, welches die jungen Leute durch die aktive Arbeit gegen die Nationalsozialisten eingingen, zu erklären ist. Trotzdem gab es offensichtlich zahlreiche junge Menschen im Dritten Reich, die gegen das Regime rebellierten. Der Reichsführer SS sprach in einem Bericht vom Jahr 1942 von „einige[n] Hundert Jugendlichen“, die sich in Hamburg zusammengeschlossen hatten.²⁸⁵ In einem weiteren Bericht der Geheimen Staatspolizei vom selben Jahr ist die Rede von 10 Gruppen in Düsseldorf mit 282 Mitgliedern, 10 Gruppen in Duisburg mit 260 Mitgliedern, 4 Gruppen in Essen mit 124 Mitgliedern und 4 Gruppen im Wuppertal mit 72 Mitgliedern, die zerschlagen wurden.²⁸⁶ Für die Partei bedeuteten diese Zusammenschlüsse von jungen Leuten eine Gefahr für das System, weswegen vehement gegen diese vorgegangen werden musste. Schließlich kann man behaupten, dass es oppositionelle Gruppen in der jungen Bevölkerung gab, deren Auflösung für die Nationalsozialisten keine leichte Aufgabe darstellte und die gerade deswegen eine große Rolle im Dritten Reich spielten.

Die Bevorzugungen bzw. Benachteiligungen, die im Nationalsozialismus bei Schülern und Schülerinnen eklatant waren, kamen im Kommunismus in der DDR bei weitem weniger zu tragen.

Nach dem Untergang des Dritten Reichs wurde auch die Rolle der Frau völlig neu definiert. Die Emanzipation der Frau war ein völlig neues Thema in ganz Deutschland. In der DDR strebte man die Gleichberechtigung der Frau an, doch ob dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wurde, muss kritisch durchleuchtet werden.²⁸⁷ Auf jeden Fall gab es Förderungen für Frauen, die zur gleichberechtigten Entwicklung beitragen sollten. So hatte man zum Beispiel in Betrieben und Einrichtungen „Frauenförderungspläne“ aufzustellen. Außerdem hatten Frauen, die wegen familiärer Verpflichtungen kein reguläres Studium absolvieren konnten, die Möglichkeit, ein Frauensonderstudium an Hoch- und Fachschulen zu belegen.²⁸⁸ Im Bereich der Schule setzte man ebenso stark auf eine Gleichstellung

²⁸⁴ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 28.

²⁸⁵ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 27.

²⁸⁶ vgl. Klönne, Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 26.

²⁸⁷ siehe Grit Bühler, Mythos Gleichberechtigung in der DDR. Politische Partizipation von Frauen am Beispiel des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (Frankfurt am Main 1997).

²⁸⁸ vgl. Döbert, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 36.

von Jungen und Mädchen. Lediglich die vormilitärische Erziehung war den Buben vorbehalten.

Im Bereich der elitären Erziehung gab es in der DDR keine mit den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten oder den Adolf-Hitler-Schulen vergleichbaren Institutionen. Es gab zwar Spezialklassen, um Begabte außerhalb des regulären Unterrichts noch zusätzlich zu fördern, Schulen, die nur dem Zweck dienten, die zukünftige Führungsschicht der Partei aufzubauen, gab es in der DDR jedoch nicht. Dort sollten alle Schüler und Schülerinnen die gleiche Bildung erhalten und die Bildung einer Elite wäre im völligen Gegensatz zu den ideologischen Zielsetzungen der SED gestanden.

Schüler und Schülerinnen, die vom Schulunterricht aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihres Geschlechts ausgeschlossen wurden, gab es in der DDR nicht. Schon im „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ wurde festgehalten, dass alle das „gleiche Recht auf Bildung“ hatten.²⁸⁹ Der Ausschluss vom Schulunterricht wurde über keine Bevölkerungsgruppe in der DDR verhängt. Ganz im Gegenteil, es gab in der DDR Sorbische Schulen in den Bezirken Cottbus und Dresden, die als zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen geführt wurden. Der Unterricht dort wurde von der ersten bis vierten Klasse in sorbischer Sprache gehalten und danach noch in den gesellschaftswissenschaftlichen und in den künstlerischen Unterrichtsgegenständen.²⁹⁰ Weiters wurde in der DDR ein Sonderschulwesen aufgebaut, das auch Kindern mit diversen Behinderungen eine für sie geeignete Ausbildung ermöglichte. Es wurden dazu verschiedene Schulen, wie Gehörlosenschulen, Blindenschulen, Sehschwachenschulen, Sprachheilschulen, Körperbehindertenschulen und dergleichen errichtet.²⁹¹ Diese Ausbildungsstätten gab es in Form von achtklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Hilfsschulen, zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Gehörlosenschulen oder zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen. Um jeden Schüler und jede Schülerin dort individuell zu fördern, mussten unterschiedliche, auf das jeweilige Kind angepasste Methoden angewandt

²⁸⁹ vgl. *Baske, Engelbert*, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. 1. Teil, 25.

²⁹⁰ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 120.

²⁹¹ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 114.

werden.²⁹² Es wurde dafür gesorgt, dass jeder Absolvent und jede Absolventin dieser Schulen eine Berufsausbildung abgeschlossen hatte, wenn der Grad der Behinderung dies zuließ.²⁹³ Betrachtet man diese Entwicklungen, so lässt sich feststellen, dass der Umgang mit körperlichen und geistigen Krankheiten nach der Zeit des Nationalsozialismus zur Gänze umgestaltet wurde.

In beiden diktatorischen Regimen gab es Schüler und Schülerinnen, die nicht dem Idealbild eines Kindes bzw. Jugendlichen entsprachen. Dass es einen wesentlichen Unterschied zwischen den Umgangsweisen der Nationalsozialisten und jenen der Kommunisten mit diesen Lernenden gab, muss betont werden. In der DDR waren es jugendliche Randgruppen, die sich im Laufe der Zeit und verstärkt in den letzten Jahren der DDR bildeten, welche man nicht akzeptieren wollte, gegen welche man aber nicht körperlich vorging, sondern versuchte, sie wieder zu überzeugten Kommunisten zu erziehen. Im Nationalsozialismus hingegen wurde radikal gegen Schüler und Schülerinnen vorgegangen, die nicht „arischen Blutes“ waren oder in anderer Weise die Abneigung der Partei hervorriefen. Zunächst versuchte man, die jüdischen Schüler und Schülerinnen lediglich von den deutschen Schulen fernzuhalten und richtete für sie externe Schulen ein, die von den staatlichen deutschen Schulen ausgegliedert waren. Mit steigender Judenverfolgung wurden jedoch auch die Maßnahmen gegen eine schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen jüdischer Abstammung radikaler und der Schulunterricht für diesen Teil der Bevölkerung wurde verboten. Die Exklusion von Juden und die Zusammenführung aller geistig und körperlich Kranken in der Hilfsschule waren Phänomene des Nationalsozialismus, die nach dem Untergang des Dritten Reichs in Deutschland nie wieder auftraten.

Es gab in der DDR allerdings auch jene Jugendlichen, die dem gesamten Regime völlig zuwider liefen. Die jungen Leute, deren Auftreten nicht den Vorstellungen der SED entsprach, waren jedoch auch diejenigen, die gegen das System der SED bewusst rebellierten und sich immer mehr am Leben außerhalb Ostdeutschlands orientierten. Ab den späten 60er-Jahren fand ein „Mentalitätswandel“ bei den Jugendlichen der DDR statt.²⁹⁴ Es kam bei den jungen Leuten vermehrt zur

²⁹² vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 116.

²⁹³ vgl. *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten, 117.

²⁹⁴ vgl. *Walter Friedrich*, Zum Wandel der Mentalität ostdeutscher Jugendlicher seit den 70er Jahren. In: *Peter Büchner, Heinz-Hermann Krüger* (Hg.), *Aufwachsen hüben und drüben* (Opladen 1991), 226f.

Orientierung an westlichen Kulturidealen, Lebenskonzepten und Verhaltensmodellen, über welche sie durch Medien Zugang hatten. Die Jugendlichen legten plötzlich mehr Wert auf das Individuum und die soziale Differenziertheit in der Gestaltung des eigenen Lebens. Dies hatte auch Auswirkungen auf das Alltagsleben. Junge wie auch ältere Menschen in der DDR wollten ein selbstbestimmtes Leben führen. Außerdem konnte man sich immer weniger mit der Politik der SED identifizieren. So kam es auch dazu, dass sich Jugendliche von staatlichen Organisationen wie der FDJ distanzieren. Und sehr entscheidend war, dass der Wunsch der Jugend nach einer Lebensgestaltung in ihrem eigenen Sinn immer größer wurde.²⁹⁵

Je schlechter die Lage in der DDR für die Bevölkerung wurde und je mehr die Jugendlichen erkannten, dass sich die sozialistischen Zielsetzungen nicht umsetzen ließen, desto mehr sagten sie sich vom Staat und der Politik der SED los. Die Jugendlichen traten Gruppen mit teilweise sehr unterschiedlichen politischen Anschauungen bei, wie den „Punks“, den „Heavy Metals“, den „Skinheads“ oder den „Grufties“.²⁹⁶ Trotzdem hatten diese Formierungen eines gemeinsam: Sie traten gegen die „spießbürgerliche“ Gesellschaft der DDR auf.

Als konfessionelle Jugendorganisation konnte die „Junge Gemeinde“ in der DDR bestehen bleiben. Da die Staatsführung jedoch die Versammlung von Regimegegnern in dieser Gruppe als Problem wahrnahm, ging sie gleich von Beginn an gegen diese evangelische Organisation vor. Die Sowjetunion forderte die SED jedoch dazu auf, nicht in solch strengem Maß gegen die Anhänger dieser Gruppierungen vorzugehen. Darum wurden diese auch nicht aufgelöst, sondern waren weiterhin eine Zulaufstelle für mit der Politik non-konforme Personen.²⁹⁷

Aus Mitgliedern der Jungen Gemeinde kristallisierte sich 1953 auch der „Eisenberger Kreis“ heraus. Diese Gruppe leistete aktiven Widerstand gegen das kommunistische Regime. Sie forderte freie Wahlen, Meinungsfreiheit, unabhängige Jugendorganisationen, die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) und die ungehinderte Reisefreiheit. Diese Gruppierung blieb im Vergleich

²⁹⁵ vgl. *Friedrich*, Zum Wandel der Mentalität ostdeutscher Jugendlicher seit den 70er Jahren, 226.

²⁹⁶ vgl. Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss). In: Das Bundesarchiv, online unter <http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/dienstorte/rastatt/raumblatt_jugendoppositionddr.pdf> (01.10.2013).

²⁹⁷ vgl. Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss).

zu anderen illegalen Zusammenschlüssen lange bestehen. Erst 1957 konnte ein Spitzel der Stasi die Mitglieder aufdecken und es wurden Haftstrafen bis zu 15 Jahren über die Beteiligten verhängt.²⁹⁸

Nicht nur der aktive Widerstand war eine Form der Auflehnung gegen das Regime. Eine große Rolle spielten in der DDR auch besondere Zeichen, die die Non-Konformität mit dem politischen System zum Ausdruck brachten. Alleine das Tragen von Jeans und Miniröcken stellte eine Ablehnung gegenüber der Politik in der DDR und die Zuneigung gegenüber dem Lebensstil des Westens zur Schau. Die „Beat-Bewegung“, die in den 60er-Jahren in England und den USA entstanden war und als deren Träger die „Beatles“ galten, griff auch auf die Jugendlichen der DDR über. Jugendliche, die sich dieser anschlossen, wurden als „Gammler“, „Langhaarige“, „Verwahrloste“ oder „Herumlungernde“ bezeichnet.²⁹⁹ Diese Bewegung war unpolitisch und stand für Lebensfreude, persönliche Unabhängigkeit und die Leichtigkeit des Alltags. Da diese Einstellung nicht mit den Ansichten der SED einherging, wurde massiv gegen die Beat-Bewegung vorgegangen. Schülern wurden in der Klasse die Haare abgeschnitten und bei Demonstrationen, die sich gegen diese verschärfte Maßnahmen richteten, wurden im Oktober 1965 97 Jugendliche ohne die Zuziehung eines Gerichts in Arbeitslager gebracht.³⁰⁰

Eine weitere Formierung, die sich in den 1970er-Jahren in Großbritannien entwickelte und sich auch auf die DDR ausbreitete, war die der Punks. Sie waren Anhänger der Rockmusik und standen für ungehemmten Drogenkonsum und sprachen sich gegen die westliche Wohlstandsgesellschaft aus. Gegen diese Gruppierung, die ca. 1000 Mitglieder zählte, ging man durch Abrasieren des Irokesen-Haarschnitts, Hausdurchsuchungen und Gefängnisstrafen vor.³⁰¹

Schockiert zeigte man sich, als es in den 1980er-Jahren verstärkt zum Auftreten von Rechtsradikalismus in der DDR kam. Skinheads hielten an „deutschen“ Werten, wie Fleiß, Ordnung und Sauberkeit fest. Weiters kritisierten sie am Sozialismus, dass er Schmarotzer förderte und ein System, das auf Leistung basierte, ablehnte.

²⁹⁸ vgl. Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss).

²⁹⁹ vgl. *Mählert*, Blaue Hemden – Rote Fahnen, 166.

³⁰⁰ vgl. Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss).

³⁰¹ vgl. Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss).

Diese Gruppen traten vor allem als private Personengruppen oder Fußballfans auf. Man konnte nicht jedem Skinhead unterstellen, ein Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie gewesen zu sein. Viele von ihnen wollten durch ihr Auftreten vor allem schockieren, da der Faschismus als größter Feind in der DDR galt.³⁰²

Zusammenfassend kann man behaupten, dass sich auch in der DDR viele Jugendliche oppositionellen Gruppen anschlossen, um ihren Unmut gegenüber dem diktatorischen System auszudrücken. Die jugendliche Opposition in der DDR bildete sich vor allem deswegen, da sich die jungen Menschen ihrer Freiheit beraubt und vom Regime unterdrückt fühlten. Viele der Gruppierungen, vor allem die Punks und die Anhänger der Beat-Bewegung mit ihren langen Haaren rebellierten allein schon durch ihr Äußeres gegen das Regime. Dass die Öffnung der Grenzen eine Befreiung für den Großteil der Jugendlichen darstellte, zeigt, wie wenig sich die junge Bevölkerung mit der Weltanschauung der SED noch identifizierte.

In beiden Diktaturen war es der einfachste Weg für die Heranwachsenden, sich den Forderungen des jeweiligen Regimes anzupassen. Die persönliche Karriere hing stark davon ab, wie man zur Partei stand. Anhänger der jeweiligen Weltanschauung wurden vom Staat gefördert und konnten Erfolge im beruflichen und auch persönlichen Leben erzielen. Die Nationalsozialisten sowie die Kommunisten wollten alle Kinder und Jugendlichen im Staat erreichen und glaubten, durch geeignete Erziehung die junge Bevölkerung beugen zu können. Die politische Indoktrination war jedoch nicht bei allen Kindern und Jugendlichen erfolgreich. Es gab trotz den enormen Anstrengungen der jeweiligen Partei in beiden Regimen junge Leute, die oppositionelles Verhalten an den Tag legten. So sehr man in beiden Diktaturen auch am Schulsystem und den Erziehungstheorien arbeitete, es konnte nicht verhindert werden, dass die jungen Menschen durch persönliche Erfahrungen in Lebensbereichen auf die der Staat keinen Einfluss hatte, geprägt wurden und daher auch eigene Meinungen vertraten. Obwohl sich ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen dem politischen System unterwarf, gab es doch in beiden Regimen welche, die sich auflehnten und ihre eigene Weltanschauung nicht durch die Indoktrination der Parteien verloren.

³⁰² vgl. Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss).

5. Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit diene dem Vergleich des Schulwesens im Dritten Reich mit jenem in der DDR. Es ging dabei um nationalsozialistische und kommunistische Erziehungsziele und wie diese im Schulalltag zum Tragen kamen. Dazu wurden die Schulsysteme beider Diktaturen in drei Bereiche unterteilt und diese jeweils einander gegenübergestellt und verglichen.

Der erste Bereich betraf die ideologischen Vorstellungen der beiden Regime. Im Nationalsozialismus wurden die Erziehungsziele durch Adolf Hitler formuliert. Er räumte seinen Ausführungen zu Erziehung von Kindern und Jugendlichen in seiner Schrift „Mein Kampf“ viel Platz ein. Jeder Heranwachsende musste sich im deutschen Volk auflösen und dieses stärken. An erster Stelle der Erziehung stand körperliche Betätigung. Die Sportlichkeit der jungen Bevölkerung stand somit noch vor der Ausbildung charakterlicher Eigenschaften wie Entschlusskraft, Verantwortungsfreudigkeit und Opferbereitschaft. Die fachliche Schulung war für Hitler hinter dem Sportunterricht und der Charakterbildung gereiht. Besonders geprägt war die ideologische Erziehung im Dritten Reich durch die rassistischen Vorstellungen, die von Hitler und seine Anhänger verbreitet wurden. In der DDR verfolgte man die Erziehungstheorien von Marx und Engels, die durch die SED in Ostdeutschland vertreten wurden. Man wollte eine einheitliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen und man maß der Aneignung von Wissen wieder mehr Bedeutung zu. Sehr wichtig war den Kommunisten die polytechnische Ausbildung der Schüler und Schülerinnen.

Im zweiten Bereich der Arbeit wurde auf die Instanzen eingegangen, die für die Schulentwicklung im jeweiligen Staat verantwortlich waren und die ideologischen Vorstellungen der Führung im Schulsystem umsetzten. Im Nationalsozialismus kam es bei der Aufteilung der Funktionen im Schulwesen zu großen Streitigkeiten zwischen dem Erziehungsministerium auf der einen und dem Reichsjugendführer auf der anderen Seite. Der Reichsjugendführer im Dritten Reich hatte ein großes Mitbestimmungsrecht, was die Erziehung der Kinder und Jugendlichen anbelangte, da er durch Adolf Hitler stets Unterstützung fand. Dieser Umstand führte zu den Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Ministerium und der Partei. In der DDR kam es zu keinen Schwierigkeiten in der Aufgabenverteilung. Für den schulischen Bereich war das Ministerium für Volksbildung zuständig. Die Akademie der

pädagogischen Wissenschaften, die auch für die Weiterentwicklung in der Erziehungsarbeit zuständig war, war dem Ministerium unterstellt und unterstützte seine Arbeit.

Außerdem wurden in diesem Teil der Arbeit die Entwicklung und der Aufbau der Schulsysteme analysiert. Der Reichsinnenminister, Wilhelm Frick, betonte bereits 1933, dass das gesamte Schulwesen reformiert werden musste. Ab 1937 bestand schließlich das Schulsystem im Nationalsozialismus in seiner dreigliedrigen Form. Der Aufbau eines neuen Schulsystems in der DDR gestaltete sich durch die Kriegsschäden komplizierter. Nach 14-jähriger Arbeit legte man sich schlussendlich auf ein 10-klassiges allgemeinbildendes Schulwesen fest, das auch polytechnische Themen beinhaltete. Der Praxis-nahe Bezug im Schulwesen der DDR spiegelt die Ideologie der Kommunisten in der Erziehungsarbeit wieder. Beide Regime hielten nach der jeweiligen Machtübernahme eine völlige Neuordnung der Schule für dringend notwendig, doch ansonsten lassen sich im Aufbau und der Organisation des Schulsystems keine Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Diktaturen feststellen.

In diesem Kapitel der Arbeit wurden außerdem die außerschulischen Organisationen und deren Rolle für das jeweilige Schulwesen behandelt. Dabei stellte sich heraus, dass die HJ und ihre Unterorganisationen eine wichtigere Erziehungsfunktion nach Ansicht der Parteiführung erfüllten, als die Schule. Deswegen wurde der Schulunterricht den Aktivitäten der HJ stets nachgereiht, weswegen es auch häufig zu Unterrichtsausfällen kam. Dies stand im Gegensatz zur gemeinsamen Arbeit der FDJ und der kommunistischen Schule in der DDR. Die Jugendorganisation zog mit der Schule an einem Strang.

Der dritte Bereich der Arbeit befasste sich schlussendlich mit dem alltäglichen Schulbetrieb und den Hauptakteuren im Schulsystem, den Lehrpersonen und den Schülern und Schülerinnen.

Die Indoktrination der Lernenden während des Schulalltags gestaltete sich in beiden Systemen sehr ähnlich. Große Feiern durchzogen ein Schuljahr, um den Schülern und Schülerinnen die Macht des jeweiligen Regimes zu demonstrieren und um ihnen das Gefühl zu geben, ein Teil des Ganzen zu sein. Für den Nationalsozialismus war es charakteristisch, dass man während des Schuljahres viele Schulfeste veranstaltete zu welchen die Heranwachsenden die Uniformen

der Hitlerjugend tragen mussten, was ihnen noch mehr das Gefühl gab, völlig im Volk aufzugehen. In der Diktatur der SED stellte die Jugendweihe ein besonderes Ereignis im Leben eines Jugendlichen dar. Die jungen Leute bekannten sich dabei offiziell zum kommunistischen System. Neben diesen Großveranstaltungen gab es noch kleine Symbole, wie den Hitlergruß oder „Freundschaft!“ als Grußformel der FDJ. Aber auch Appelle, die immer wieder während des Schulbetriebs veranstaltet wurden, spielten eine wichtige Rolle in der Beeinflussung der Lebenswelt der Heranwachsenden.

Bei der Betrachtung der Lehrpersonen stellte sich heraus, dass der Stellenwert dieser Berufsgruppe in den beiden Diktaturen gänzlich unterschiedlich war. Nachdem die ganze Schule als Institution im Dritten Reich nach Ansichten der Nationalsozialisten keine so große Rolle in der Erziehung zu spielen hatte, wurden auch die Lehrer und Lehrerinnen in ihrer Funktion als Erzieher nicht als wichtig erachtet. In der DDR hingegen wurde die Position des Lehrers bzw. der Lehrerin wieder gestärkt, was damit zusammenhing, dass auch die Schule eine Aufwertung erfuhr. Was in beiden Diktaturen gleich betrieben wurde, waren die Entlassungen der Lehrkräfte zu Beginn der jeweiligen Herrschaft. Die Lehrpersonen mussten Träger der Ideologie sein, deswegen konnten Lehrer und Lehrerinnen mit anderen politischen Ansichten in beiden Systemen nicht geduldet werden. Im Nationalsozialismus wurde außerdem noch gegen jüdisches Lehrpersonal vorgegangen, was durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ermöglicht wurde. In der Sowjetischen Besatzungszone ging man radikal gegen Lehrpersonen mit nationalsozialistischem Hintergrund vor. Die Säuberungsaktionen in der DDR betrafen einen hohen Prozentsatz des Lehrkörpers, wohingegen man im Dritten Reich noch mehr auf eine politische Umerziehung der Lehrpersonen setzte. In beiden diktatorischen Systemen wurde die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen reformiert, um sicherzustellen, dass nur Personen, die die jeweilige Weltanschauung tatsächlich teilten, an den Schulen unterrichteten. In der DDR wurde die Ausbildung neuer Lehrkräfte zunächst beschleunigt, da es durch die vielen Entlassungen zu einem extremen Lehrermangel gekommen war. In beiden Regimen gab es Lehrpersonen, die nicht im Bewusstsein der jeweiligen Weltanschauung des Systems handelten. Dieses oppositionelle Verhalten konnte sich durch bloße Befehlsverweigerungen, aber auch durch aktiven Widerstand ausdrücken. In der DDR gab es viele Lehrkräfte, die Republikflucht begingen, was dem Regime der SED vollkommen zuwider lief.

Das wichtigste Glied im gesamten Schulsystem beider Diktaturen waren die Schüler und Schülerinnen, deren wichtige Rolle für das diktatorische System in beiden Regimen verankert war. Dennoch gab es Unterschiede in der Behandlung der Heranwachsenden bei der Betrachtung einiger Aspekte. Bezüglich der Geschlechterrollen konnte ein gravierender Unterschied zwischen den beiden Diktaturen festgestellt werden. Im Dritten Reich waren die Aufgaben einer Frau ganz klar festgelegt: Sie musste dem Staat Kinder gebären und als Hausfrau für das Wohl der Familie sorgen. In der DDR hingegen setzte man auf die Gleichberechtigung der Frau. Spezielle Schulen, die der Ausbildung der Elite im Nationalsozialismus dienten, gab es in vergleichbarer Weise im SED-Regime nicht. Eine Elitenbildung wäre im vollkommenen Gegensatz zur gleichen Bildung für alle gestanden, die in der Ideologie der DDR begründet war. So standen die Schulen in der DDR allen Heranwachsenden offen. Jüdische Kinder und Jugendliche wurden im Dritten Reich zunächst aus den deutschen Schulen ausgeschlossen und in eigene jüdische Schulen gesteckt, die später jedoch aufgelöst wurden. Die Hilfsschule, die eine Ausbildung für geistig und körperlich kranke Kinder und Jugendliche bot, verstanden die Nationalsozialisten als Sammelplatz für alle, die im System als „minderwertig“ galten. In der DDR hingegen verfolgten Sonderschulen das Ziel, auch körperlich und geistig beeinträchtigte Kinder zu fördern und ihnen die Chance auf eine individuelle Ausbildung zu geben.

Beide Diktaturen versuchten unter großen Bemühungen, die Kinder und Jugendlichen so stark zu beeinflussen, dass diese den Ansichten der Partei folgten. Trotzdem fanden sich in beiden Regimen Gruppen von Jugendlichen, die gegen die politische Macht in unterschiedlicher Weise rebellierten. Im Dritten Reich entstanden diese Zusammenschlüsse vor allem während der Kriegsjahre, als der fortwährende Krieg den Glauben der jungen Bevölkerung an Adolf Hitler schwinden ließ. In der DDR fanden sich diese Gruppen bereits in den 1960-Jahren zusammen. Die schlechten Lebenszustände und die Unterdrückung der Freiheit der Jugendlichen ließ sie zu Gegnern des Regimes werden.

Der Vergleich der Diktaturen in diesen drei großen Bereichen lässt zu, die zentralen Fragestellungen der vorliegenden Arbeit nach dem Einfluss der Ideologie auf das Schulwesen und nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Schule in den Diktaturen zu beantworten.

Wie wirkten sich unterschiedliche ideologische Werte auf das Schulwesen eines Staates aus? Man muss zunächst erkennen, dass die Ideologie, die der jeweilige Staat vertrat, entscheidend war für die Erziehungsziele, die durch den Unterricht in der Schule verfolgt werden sollten. Im Nationalsozialismus und im Kommunismus der DDR wurde das gesamte Schulwesen nach der Herrschaftsübernahme zur Gänze umgestaltet. Die Aufgaben der Schule wurden bezüglich der jeweiligen Weltanschauung völlig neu definiert. Die Ideologie war demnach im Dritten Reich und in der Sowjetischen Besatzungszone von Beginn an allgegenwärtig und die Verbreitung dieser stand für beide Regime im Vordergrund. Die pädagogische Arbeit musste schließlich nach dieser ausgerichtet werden.

Welche Unterschiede lassen sich bei der Betrachtung der Schulsysteme und der Erziehung in den Schulen im nationalsozialistischen Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik festmachen? Zu allererst müssen bei dieser Frage die menschenverachtenden Vorgehensweisen der Nationalsozialisten angeführt werden, die einzigartig waren und in der DDR keine Entsprechung fanden. Holocaust und Euthanasie fanden im Dritten Reich statt und vergleichbare Vergehen sollten nicht mit der DDR in Verbindung gebracht werden. Im Schulwesen gab es bedingt durch die Rassentheorie der Nationalsozialisten Ausschlüsse von Schülern und Schülerinnen aus dem Unterricht. Davon war vor allem die jüdische Bevölkerung betroffen. Kinder mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung fanden auch keinen Platz in der nationalsozialistischen Schule und wurden in Hilfsschulen abgeschoben, die ein Sammelbecken aller nach Ansichten der Partei „Minderwertigen“ darstellte. Unter der SED-Diktatur setzte man jedoch auf eine gleiche Bildung für alle, ungeachtet ihrer Herkunft. Außerdem forcierte man die Förderung von geistig und körperlich eingeschränkten Kindern und Jugendlichen und baute für diese ein Sonderschulwesen auf. Die Exklusion mancher Schüler und Schülerinnen vom Schulbetrieb und der Umgang mit geistig oder körperlich Beeinträchtigten stellten die wohl größten Unterschiede im Schulwesen der beiden Diktaturen dar und waren in den grundverschiedenen Ideologien begründet.

Unterschiede ließen sich jedoch auch bei weiteren Bereichen im Schulwesen feststellen. Bei der Umsetzung der ideologischen Werte war erkennbar, dass die Zusammenarbeit in der Verwaltung im Dritten Reich zu Streitigkeiten führte, da

sich die Reichsjugendführung mit der HJ als zusätzliche Erziehungsinstanz etablierte und die Schule von ihrer Rolle als wichtigste staatliche Institution diesbezüglich verdrängte. In der Diktatur der SED gab es neben dem Ministerium für Volksbildung, das für die Entwicklung des Schulwesens zuständig war, keine weitere Instanz mehr, die sich in Fragen der Erziehung im Staat einmischte. Dass die Schule im Dritten Reich in ihrer Arbeit eingeschränkt wurde, hängt wohl mit den persönlichen Ansichten Adolf Hitlers gegenüber der schulischen Ausbildung zusammen. Er schätzte den Wert der Schule als sehr gering ein und sorgte für die Gründung einer weiteren Erziehungsinstanz, die seinen Vorstellungen entsprach. Seine Ansichten fanden auch in den Aufgaben der Schule Ausdruck. Die Aneignung fachlichen Wissens stand in der nationalsozialistischen Schule nicht im Vordergrund, sondern wurde hinter die sportliche und charakterliche Erziehung gereiht. In der DDR erhielt die fachliche Schulung eine Aufwertung und vor allem die polytechnische Ausbildung wurde in großem Ausmaß gefördert. Die kommunistische Weltanschauung steckte hinter dieser Entwicklung, die den Arbeiter ins Zentrum rückte.

Das Verhältnis zwischen Schule und außerschulischer Jugendorganisation war im Dritten Reich ein völlig anderes als in der DDR. Adolf Hitler erhob die HJ zur wichtigsten Erziehungsinstanz im Dritten Reich, wodurch die Schule in ihrer Arbeit häufig eingeschränkt wurde. Die FDJ im SED-Regime arbeitete jedoch mit der Schule zusammen und war auf die Unterstützung der Lehrpersonen angewiesen.

Der Aufbau eines geeigneten Lehrkörpers, in dem alle Mitglieder der Ideologie des Staates loyal gegenüberstanden, versuchte man in den beiden Regimen mittels Säuberungen und Umschulungen zu erreichen. Am Beginn des Dritten Reichs setzte man vor allem auf die Umerziehung der Lehrerschaft. Politische Gegner und Lehrpersonen jüdischer Abstammung wurden zwar aus dem Lehrkörper verdrängt, die übriggebliebenen Lehrer und Lehrerinnen wollte man aber durch eine geeignete Ausbildung zu Trägern der nationalsozialistischen Weltanschauung machen. In der Sowjetischen Besatzungszone ging man radikaler vor. Der Großteil der Lehrpersonen wurde entlassen, um das nationalsozialistische Gedankengut zur Gänze aus der Schule zu vertreiben.

Die Vorstellungen von der Ausbildung der Mädchen waren durch das unterschiedliche Bild von Frauen in der Gesellschaft beeinflusst. Während des

Nationalsozialismus war die Rolle der Frau auf die der Mutter und Hausfrau beschränkt. Deswegen führte man auch eine eigene Mädchenbildung ein, die die Schülerinnen auf ihr zukünftiges Leben vorbereiten sollte. In der DDR strebte man jedoch die Gleichberechtigung der Frau an und machte somit keinen Unterschied mehr zwischen der Ausbildung von Jungen und Mädchen. Eine elitäre Ausbildung an den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und den Adolf-Hitler-Schulen gab es hauptsächlich nur für Jungen. Die zukünftige Parteiführung sollte sich aus geeigneten Männern zusammensetzen. Die Elitebildung, wie sie im Dritten Reich stattfand, wurde nach Kriegsende abgeschafft und wurde in der DDR nicht mehr durchgeführt.

Gibt es Gemeinsamkeiten im Schulwesen der beiden Diktaturen, wo doch die DDR den Antifaschismus als höchsten Leitsatz ansah? Die Gemeinsamkeiten der beiden Regime bezogen sich vor allem auf die Organisation des Schulsystems. Man griff zu den gleichen Maßnahmen, um die eigene Ideologie im Schulwesen zu festigen. So stand am Beginn des nationalsozialistischen Regimes und in der Sowjetischen Besatzungszone die Umgestaltung des Schulwesens im Zentrum. Die Aufgaben der Schule wurden in beiden Diktaturen neu definiert und die jeweilige Ideologie in die Erziehungsziele eingebunden.

Die ständige Indoktrination der Kinder und Jugendlichen während des Schuljahres und an jedem einzelnen Schultag war charakteristisch für die Schule in beiden deutschen Diktaturen. Sehr ähnliche Mittel wurden zur ideologischen Beeinflussung der Schüler und Schülerinnen herangezogen: Appelle, gemeinsame Feierlichkeiten und Symbole wie der Hitlergruß und die Grußformel der FDJ wurden in beiden diktatorischen Systemen eingeführt.

Eine weitere Gemeinsamkeit stellte der Versuch zum Aufbau eines Lehrkörpers dar, der mit voller Überzeugung für das jeweilige Regime auftrat. Entlassungsaktionen und die anschließende Neuordnung in der Ausbildung von Lehrkräften waren beides Mittel, die von den Nationalsozialisten sowie von den Kommunisten angewendet wurden.

Obwohl die Schule in beiden Diktaturen einen Ort der ideologischen Indoktrination darstellte, konnten es die Parteien nicht verhindern, dass durch Lehrpersonen und Schüler bzw. Schülerinnen oppositionelles Verhalten an den Tag gelegt wurde. Dieses sah im Fall der Lehrer und Lehrerinnen so aus, dass sie

Anordnungen verweigerten, im Fall des Dritten Reichs sogar aktiven Widerstand leisteten und im Fall der DDR Republikflucht begingen. Jugendliche schlossen sich non-konformen und teilweise verbotenen Gruppierungen an und stellten so ihre Abneigung gegenüber dem jeweiligen Regime zur Schau.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Unterschiede zwischen dem Schulwesen im Dritten Reich und jenem der DDR in den Bereichen finden ließen, die unter direktem Einfluss der jeweiligen Ideologie standen. Gemeinsamkeiten traten bei den Maßnahmen auf, die man ergriff, um die jeweilige Weltanschauung in der Schule umzusetzen. Da es sich bei den beiden Diktaturen um totalitäre Systeme handelte, Regime also, die die gleichen Wesenszüge aufwiesen, wurden auch die gleichen Mittel angewendet, um das Ziel der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung durchzusetzen.

Die Kinder und Jugendliche spielten in den diktatorischen Systemen eine besonders entscheidende Rolle. Dass das Regime bestehen blieb, hing von der Loyalität, die die junge Bevölkerung der Staatsführung entgegenbrachte, ab. Im Fall des Nationalsozialismus war es Adolf Hitler gelungen, den Großteil der Heranwachsenden auf seine Seite zu ziehen. Ob die jungen Menschen wirklich aus innerer Überzeugung oder doch nur aus Opportunismus handelten, kann in Frage gestellt werden. Ebenso gab es auch in der DDR Jugendliche, die die ideologischen Vorstellungen der Führungspartei teilten und sich aus innerer Überzeugung mit ihrem Tun und Denken für das Regime einsetzten.

Aus heutiger Sicht erscheint die Identifizierung mit dem kommunistischen Staat der DDR als weniger verwerflich als jene mit dem nationalsozialistischen Dritten Reich. Holocaust und Euthanasie wurden nach dem Untergang des Dritten Reichs als schlimmstes Unrecht, das je an der Menschheit begangen wurde, empfunden. Die Kritik am Vergleich der beiden Diktaturen ist somit nachzuvollziehen. Trotzdem erscheint ein Vergleich der beiden Regime als totalitäre Systeme, die sich in derselben historischen Epoche am selben Schauplatz bildeten, als sinnvoll. Bei dieser Angelegenheit sollte man allerdings stets im Hinterkopf behalten, dass die beiden Diktaturen zwar vergleichbar, jedoch nicht gleichzusetzen sind.

6. Literatur

Hannah *Arendt*, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (München 1986).

Hans-Günther *Assel*, Die Perversion der politischen Pädagogik im Nationalsozialismus (München 1969).

Siegfried *Baske*, Martha *Engelbert* (Hg.), Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. 1. Teil. 1945-1958 (Berlin 1966).

Siegfried *Baske*, Martha *Engelbert* (Hg.), Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. 2. Teil. 1959-1965 (Berlin 1966).

Ute *Benz* (Hg.), Frauen im Nationalsozialismus (München 1993).

Rudolf *Benze*, Erziehung im Großdeutschen Reich. Eine Übersicht über ihre Ziele, Wege und Einrichtungen (Frankfurt am Main 1939).

Günther *Böhme*, Christine *Hamann*, Schulalltag zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Erinnerungen an die Schulzeit im Nationalsozialismus und ihr historischer Hintergrund (Idstein 2001).

Nele *Brüggemann*, Susan *Jäkel*, Tabea *Riemer*, Schulinspektion – ein historischer Vergleich. In: Matthias *von Saldern*, Schulinspektion. Fluch und Segen externen Evaluation (Norderstedt 2011).

Grit *Bühler*, Mythos Gleichberechtigung in der DDR. Politische Partizipation von Frauen am Beispiel des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (Frankfurt am Main 1997).

Mergim *Bytyci*, FDJ – Freizeitorganisation oder politische Waffe? (Norderstedt 2007).

Jutta *Chalupsky*, Achim *Hoffmann*, Lernen in der Schule. Zum Verhältnis von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Angeboten in ostdeutschen Schulen. In: Peter *Büchner*, Heinz-Hermann Krüger (Hg.), Aufwachsen hüben und drüben (Opladen 1991).

Hans *Döbert*, Das Bildungswesen der DDR in Stichworten. Inhaltliche und administrative Sachverhalte und ihre Rechtsgrundlagen (Berlin 1995).

- Nicole *Dombrowski*, Die Entnazifizierung in der SBZ unter besonderer Berücksichtigung des Lehrkörpers an Schulen und Universitäten (Berlin 2005).
- Günter *Dresselhaus*, Das deutsche Bildungswesen zwischen Tradition und Fortschritt – Analyse eines Sonderwegs (Münster 1997).
- Rolf *Eilers*, Die nationalsozialistische Schulpolitik (Köln 1963).
- Renate *Fricke-Finkelburg* (Hg.), Nationalsozialismus und Schule. Amtliche Erlasse und Richtlinien. 1933-1945 (Opladen 1989).
- Carl Joachim *Friedrich*, Totalitäre Diktatur (Stuttgart 1957).
- Walter *Friedrich*, Zum Wandel der Mentalität ostdeutscher Jugendlicher seit den 70er Jahren. In: Peter *Büchner*, Heinz-Hermann *Krüger* (Hg.), Aufwachsen hüben und drüben (Opladen 1991).
- Karl-Heinz *Füssl*, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945-1955 (Paderborn 1995).
- Hans-Jochen *Gamm*, Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus (München 1990).
- Dirk *Gelhaus*, Jörn-Peter *Hülter*, Die Ausleseschulen als Grundpfeiler des NS-Regimes (Würzburg 2003).
- Albert *Gorter*, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit den Durchführungsbestimmungen des Reiches, der einzelnen Reichsverwaltungen und der Länder sowie ergänzenden Vorschriften, insbesondere für einzelne Berufskreise und des allgemeinen Reichs- und Landesbeamtenrechts (München 1933).
- Petra *Gruner*, Die Neulehrer – ein Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft. Biographische Konstruktionen von Lehrern zwischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Erwartungen (Weinheim 2000).
- P. N. *Grusdew*, Marx/Engels über Erziehung und Bildung (Berlin 1960).
- Karl-Heinz *Günther*, Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin 1989).

Heinz-Gerhard *Haupt*, Jürgen *Kocka* (Hg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung* (Frankfurt am Main 1996).

Adolf *Hitler*, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band (München 1943).

Manfred *Höck*, *Die Hilfsschule im Dritten Reich* (Berlin 1979).

Margot *Honecker*, *Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik* (Berlin 1986).

Manfred *Isemeyer*, Klaus *Sühl* (Hg.), *Feste der Arbeiterbewegung: 100 Jahre Jugendweihe* (Berlin 1989).

Arno *Klönne*, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner* (Köln 2003).

Arno *Klönne*, *Jugend im Nationalsozialismus – Ansätze und Probleme der Aufbereitung*, In: Wolfgang *Keim* (Hg.), *Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft* (Frankfurt am Main 1988).

Arno *Klönne*, *Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“* (Weimar 1996).

Max G. *Lange*, *Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands* (Frankfurt am Main 1954).

Charles B. *Lansing*, *From Nazism to Communism. German schoolteachers under two dictatorships* (Cambridge 2010).

Achim *Leschinsky*, *Schule in der Diktatur. Die Umformung der Schule im Sowjetkommunismus und im Nationalsozialismus*, In: *Zeitschrift für Pädagogik*. Beiheft 42 (Weinheim 2000).

Karl Christoph *Lingelbach*, „*Erziehung*“ unter der NS-Herrschaft – methodische Probleme ihrer Erfassung und Reflexion. In: Wolfgang *Keim* (Hg.), *Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft* (Frankfurt am Main 1991).

Ulrich *Mählert*, Gerd-Rüdiger *Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend* (Opladen 1996).

- Helmut *Müller-Enbergs*, Jan *Wielgoßs*, Dieter *Hoffmann*, Andreas *Herbst*, Ingrid *Kirschey-Feix* (Hg.), *Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien* (Berlin 2010).
- Gerhart *Neuner*, *Allgemeinbildung* (Berlin 1989).
- Johannes *Niermann*, *Lehrer in der DDR* (Heidelberg 1973).
- Othmar *Plöckinger*, *Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers „Mein Kampf“. 1922-1945* (München 2011).
- Heinz *Schreckenberg*, *Erziehung, Lebenswelt und Kriegseinsatz der deutschen Jugend unter Hitler. Anmerkungen zur Literatur* (Münster 2001).
- Ed *Stuhler*, *Margot Honecker. Eine Biografie* (Wien 2003).
- Heinz-Elmar *Tenorth*, Andreas *Paetz*, Sonja *Kudella*, „Politisierung des Schulalltags in der DDR.“ Skizze und erste Ergebnisse eines Forschungsvorhabens. In: Heinz-Hermann *Krüger*, Winfried *Marotzki* (Hg.), *Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR* (Opladen 1994).
- Lutz *van Dick*, *Lehreropposition im NS-Staat. Biographische Berichte über den „aufrechten Gang“* (Frankfurt am Main 1990).
- Veronika *Wabnitz*, Rezension zu: Lansing, Charles B.: *From Nazism to Communism. German Schoolteachers under Two Dictatorships* (Cambridge 2010). In: H-Soz- u-Kult, online unter <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-1-133>> (23.02.2011).
- Dietmar *Waterkamp*, *Handbuch zum Bildungswesen der DDR* (Berlin 1987).
- Birgit *Wolf*, *Sprache in der DDR: Ein Wörterbuch* (Berlin 2000).

7. Internetquellen

- Johannes *Dörries*, Vergleich der Diktaturen löst Streit aus. In: Mitteldeutsche Zeitung, online unter <http://www.mzweb.de/mitteldeutschland/lehrerfortbildung-vergleich-der-diktaturen-loest-streit-aus,20641266,17825026.html> (02.10.2013).
- Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (14. Juli 1933). In: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, online unter http://germanhistorydocs.ghidc.org/sub_document.cfm?document_id=1521&language=german (02.10.2013).
- Gesetz über die Hitlerjugend (1. Dezember 1936). In: Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, online unter http://www.germanhistorydocs.ghidc.org/sub_document.cfm?document_id=1564&language=german (02.10.2013).
- Jugendopposition in der DDR (Raumblatt in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss). In: Das Bundesarchiv, online unter http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/dienstorte/rastatt/raumblatt_jugendoppositionddr.pdf (01.10.2013).
- Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre [„Nürnberger Gesetze“], 15. September 1935, und die beiden ersten Ausführungsbestimmungen, 14. November 1935. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, online unter http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0007_nue&object=facsimile&pimage=1&v=100&nav=&l=de (02.10.2013).

Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit den Schulsystemen in den beiden großen, deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Die Behandlung des Themas wird in Form eines Vergleichs geführt, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Schule in den beiden totalitären Regimen aufzeigen zu können. Dabei werden zunächst die unterschiedlichen Ideologien und die damit in Verbindung stehenden Erziehungsziele erläutert. Der nächste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den bildungspolitischen Akteuren, die für die Umsetzung der jeweiligen Ideologie im Schulwesen verantwortlich waren. Anschließend daran werden die Organisation und der Aufbau des jeweiligen Schulsystems erklärt. Da die Hitlerjugend im Fall des Dritten Reichs und die Freie Deutsche Jugend im Fall der DDR großen Einfluss auf die Schulsysteme hatten, werden diese ebenfalls analysiert. Der letzte Teilbereich, der einem Vergleich unterzogen wird, ist der Schulalltag mit seinen politischen Akteuren. Dabei geht es um Rituale und Feierlichkeiten, die der Indoktrination der Schüler und Schülerinnen in der Schule dienen. Im Anschluss daran werden die Lehrpersonen in Bezug auf ihre gesellschaftliche Rolle, Entlassungsaktionen am Beginn der jeweiligen Diktatur, ihre Ausbildung und mögliches oppositionelles Verhalten Beachtung finden. Als letzter Punkt in der Arbeit wird der Umgang mit den Schülern und Schülerinnen im Dritten Reich und der DDR miteinander verglichen. Dabei werden die Aspekte Geschlecht, „Rasse“ und non-konformes Auftreten von jugendlichen Gruppierungen näher beleuchtet.

Lebenslauf

Name: **Judith Vrećun**

Ausbildung

Volksschule: 1995-1999 in Geboltskirchen (Oberösterreich)

Musikhauptschule: 1999-2003 in Haag am Hausruck (Oberösterreich)

BORG: 2003-2007 in Grieskirchen (Oberösterreich)

Reifeprüfung abgelegt mit Auszeichnung im Jahr 2007 am Borg Grieskirchen

Studium seit Herbst 2007 an der Universität Wien für Lehramt UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, UF Mathematik

Bisherige Arbeitserfahrung

Sommer 2007: Autobahnraststation Landzeit Aistersheim, Tätigkeiten im **Service**

Sommer 2008: Autobahnraststation Landzeit Aistersheim, Tätigkeiten im **Service**

Sommer 2009: Autobahnraststation Landzeit Aistersheim, Tätigkeiten im **Service**

Sommer 2010: Autobahnraststation Landzeit Aistersheim, Tätigkeiten im **Service**

seit Mai 2012: **Servicemitarbeiterin** bei der Firma T.S.T in Wien